97-84193-10

Brust, Karl

Die ursachen der größeren oder geringeren...

[Leipzig]

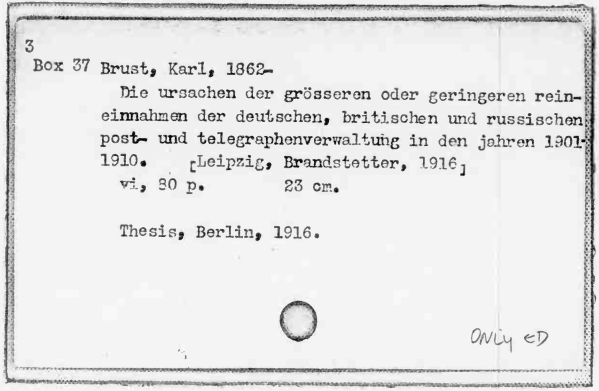
[1916]

97-84193-10
MASTER NEGATIVE #

COLUMBIA UNIVERSITY LIBRARIES
PRESERVATION DIVISION

BIBLIOGRAPHIC MICROFORM TARGET

ORIGINAL MATERIAL AS FILMED - EXISTING BIBLIOGRAPHIC RECORD


3
Box 37 Brust, Karl, 1862-
Die ursachen der grösseren oder geringeren reineinnahmen der deutschen, britischen und russischen post- und telegraphenverwaltung in den jahren 1901-1910. [Leipzig, Brandstetter, 1916]
vi, 80 p. 23 cm.

Thesis, Berlin, 1916.

ONLY ED

RESTRICTIONS ON USE: Reproductions may not be made without permission from Columbia University Libraries.

TECHNICAL MICROFORM DATA

FILM SIZE: 35mm REDUCTION RATIO: 11:1 IMAGE PLACEMENT: IA (IIA) IB IIB

DATE FILMED: 9-17-97 INITIALS: AP/RB

TRACKING # : 27803

FILMED BY PRESERVATION RESOURCES, BETHLEHEM, PA.

Univ. Exchange.
JAN 28 1922

Die Ursachen der größeren oder geringeren Reineinnahmen der deutschen, britischen und russischen Post- und Telegraphenverwaltung in den Jahren 1901—1910.

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der Doktorwürde

genehmigt

von der Philosophischen Fakultät

der

Friedrich-Wilhelms-Universität
zu Berlin.

Von

Karl Brust,
Postdirektor, z. Zt. Hauptmann,
aus Darmstadt.

Tag der Promotion: 14. Juli 1916.

121

Referenten:

Professor Dr. Sering,
Professor Dr. Ad. Wagner.

Meiner Frau.

Druck von Oscar Brandstetter in Leipzig.

Inhalt.

Seite

Einleitung 1

I. Die Einnahmen und Ausgaben der deutschen, britischen und russischen Postverwaltung.

A. Vergleichbarkeit der Roheinnahmen und Ausgaben 3
a) Vergleichbarkeit der Einnahmen 3
b) Vergleichbarkeit der Ausgaben 4

B. Die Roheinnahmen und Ausgaben sowie die Reineinnahmen der deutschen, britischen und russischen Postverwaltung in den Jahren 1901—1910 7
a) Allgemeines 7
b) Größe und Vergleich der Roheinnahmen und Ausgaben . . . 8
c) Größe und Vergleich der Reineinnahmen 9

II. Ursachen der Unterschiede in den Reineinnahmen der deutschen, britischen und russischen Post- und Telegraphenverwaltung in den Jahren 1901—1910.

A. Ursachen des Unterschiedes in der Höhe der Einnahmen 13
a) Die Frequenz 13
b) Der Tätigkeitsbereich der deutschen, britischen und russischen Postverwaltung und ihre Tarife, Portofreiheiten und Portovergünstigungen 18
1. Tätigkeitsbereich, Verschiedenheiten im Briefpost-, Postanweisungs- und Paketverkehr 18
2. Tarife, Taxen 21
α) Post-Tarife 21
αα) Allgemeines 21
ββ) Gewöhnliche Tarife 22
γγ) Sondertarife 26
β) Telegraphen-Tarife 27
γ) Fernsprech-Tarife 28
3. Portofreiheiten, Portovergünstigungen und unentgeltliche Leistungen für andere Verwaltungen 30

B. Ursachen des Unterschiedes in der Höhe der Ausgaben 33
a) Allgemeines 33
b) Allgemeine Verkehrsverhältnisse 33
c) Organisation der deutschen, britischen und russischen Postverwaltung 34
1. Organisation der eigentlichen Verwaltung und des Absatzes 34
2. Organisation des Betriebes 40
α) Bedeutung der Art der Geschäfte für die Einrichtung des Betriebes 40
β) Auswahl und Höhe der Bezahlung der Arbeitskräfte 42
αα) Kräfte mit geringerer Bezahlung 42
ββ) Niedrigere Ausgaben infolge geringerer Besoldung des Personals 47
d) Die hauptsächlichsten Ausgaben 48
1. Ausgaben für Personal 48
2. Kosten für die Landpostbestellung 50
3. Beförderungskosten 51
α) Kosten aus Anlaß der Beförderung von Postsendungen zu Lande 51
αα) Mit der Eisenbahn 51
ββ) Eigene Beförderungsgelegenheiten 52
β) Kosten aus Anlaß der Beförderung von Postsendungen über See 53
4. Kosten des Telegraphen- und Fernsprechbetriebes (Telegraphen- und Fernsprechbau- sowie Unterhaltungskosten) 54
5. Baukosten sowie Kosten für die Ausstattung und Bureaumaterialien 56
e) Pensionen, Witwen- und Waisengelder 57
Ergebnis 59
Literatur-Verzeichnis 65
Anlagen 67

Einleitung.

Unter den staatlichen und den wirtschaftlichen Betrieben überhaupt stehen die zentralisierten Verkehrsanstalten nach Umfang und Bedeutung für die Volksgemeinschaft an erster Stelle. Ihre Einrichtung und Wirksamkeit als Glied des Staats- und Volkshaushalts lassen sich an Hand der Ziffern ihrer Roheinnahmen und Ausgaben in der genauesten Weise darlegen. Über ihren finanziellen Erfolg entscheidet die Reineinnahme. Wenn nun auch die Erzielung von Überschüssen nicht als das eigentliche Ziel einer Verwaltung angesehen werden kann, die nach der herrschenden Ansicht im allgemeinen nach dem Gebührenprinzip verfahren soll, so ist es doch als ein größerer wirtschaftlicher Erfolg anzuerkennen, wenn bei gleich guter Erfüllung der Anforderungen des Verkehrs höhere Reineinnahmen erreicht werden.

Auf welche Ursachen nun die höheren oder niedrigeren Reineinnahmen der ältesten Verkehrsanstalt, der Post unter Einschluß ihrer jüngeren Zweige, der Telegraphie und des Fernsprechwesens, im deutschen, britischen und russischen Reiche zurückzuführen sind, soll im nachstehenden erörtert werden. Die drei Staaten sind gewählt worden, weil sie einmal zu den bedeutendsten Staaten Europas gehören, dann aber in Bezug auf ihre geographische Lage und ihr wirtschaftliches Leben große Gegensätze aufweisen: Deutschland ist ein Binnen- und Seestaat, Großbritannien ein Inselstaat und Rußland in der Hauptsache ein Binnenstaat. Während ferner in Deutschland und Großbritannien das Wirtschaftsleben hoch entwickelt ist, steht es in Rußland noch auf einer verhältnismäßig niedrigen Stufe. Es hat in vielen Gegenden dieses Landes noch stark naturalwirtschaftlichen Charakter; im Gegensatze zu Deutschland und Großbritannien stehen Produktion und Konsumtion meistens noch in örtlichem Zusammenhang miteinander. Ist die Bevölkerung in Deutschland überwiegend und in Großbritannien zum

größten Teil gewerbetätig und handeltreibend, so beschäftigt sie sich in Rußland hauptsächlich mit Landwirtschaft. Die Industrie hat nur in einigen Bezirken größere Bedeutung erlangt. Diese Verschiedenartigkeiten wirken auf das Verkehrsleben und damit auch auf die Entwicklung der Post, der Telegraphie und des Fernsprechwesens ein.

Die Reineinnahmen der Post- und Telegraphenverwaltung sind der Unterschied zwischen den Roheinnahmen und Ausgaben. Da nun im Rechnungswesen dieser Verwaltung nicht die kaufmännische, sondern die kameralistische Buchführung eingeführt ist, bei der in der Hauptsache nur ein Nachweis über die Bewegung der Geld-Einnahmen und Ausgaben geführt wird, während doch die kaufmännische Buchführung bezweckt, den Erfolg der gesamten Wirtschaft zu zeigen, so sind die Reineinnahmen nicht als Reinerträge im kaufmännischen Sinne anzusehen. In dem Budget und der Rechnung erscheinen die Reineinnahmen nicht. Unsere Untersuchung muß daher auf die Roheinnahmen und Ausgaben zurückgreifen. Bevor aber Roheinnahmen und Ausgaben für die einzelnen Verwaltungen gegenübergestellt und verglichen werden können, muß zunächst geprüft werden, ob die Roheinnahmen und Ausgaben vergleichbar sind, und, wenn sie nicht vergleichbar sind, müssen sie nach Möglichkeit vergleichbar gemacht werden. Erst auf Grund der auf diese Weise gewonnenen Ergebnisse können Betrachtungen über die Ursachen der größeren oder geringeren Reineinnahmen angestellt werden.

I. Die Einnahmen und Ausgaben der deutschen, britischen und russischen Postverwaltung.

A. Vergleichbarkeit der Roheinnahmen und Ausgaben.

a) Vergleichbarkeit der Einnahmen.

Bei der russischen Postverwaltung finden sich nur Post-, Telegraphen- und Fernsprech-Einnahmen. Die deutsche und die britische Verwaltung haben dagegen auch andere nicht aus dem Postbetriebe aufkommende Einnahmen. Für den Vergleich mit der russischen Verwaltung ist also festzustellen, wie diese Art von Einnahmen der deutschen und britischen Postverwaltung verrechnet wird. In dem Budget und der Rechnung der letztgenannten Verwaltungen sind die beiden Arten der Einnahmen so getrennt, daß die Posteinnahmen durch die anderen Einnahmen nicht berührt werden. Diese Trennung wird auf verschiedene Weise erreicht. Die deutsche Verwaltung zieht die Roheinnahmen aus nichtpostalischen Geschäften für andere Verwaltungen nicht durch den Etat der Postverwaltung und behandelt sie als sogenannte nichtetatsmäßige. In Großbritannien wird mit solchen Einnahmen zum Teil ebenso verfahren. So wird über den Absatz von Erlaubnisscheinen der Lizenzsteuern, deren Erhebung der Postverwaltung übertragen ist, mit der betreffenden Verwaltung, dem Inland Revenue Department, besonders abgerechnet. Die Zahl der verkauften Lizenzen, die Namen und Adressen der Inhaber werden der genannten Verwaltung entweder wöchentlich oder täglich von den Postanstalten angezeigt, durch welche die Scheine ausgestellt worden sind. Für eine andere Art solcher Einnahmen, welche die Penny-Stempel darstellen, deren Verrechnung seit den achtziger Jahren

durch Postwertzeichen erfolgt,[1]) wird am Ende des Rechnungsjahres der Betrag an den Posteinnahmen abgesetzt und an das Inland Revenue Department überwiesen.[2]) Sowohl bei der deutschen wie bei der britischen Postverwaltung werden mithin die Einnahmen, welche nicht aus dem Postbetriebe herrühren, von den Posteinnahmen getrennt, und infolgedessen wird die Höhe der Posteinnahmen durch jene anderen Einnahmen nicht beeinflußt.

Auf die Höhe der Einnahmen hat jedoch eine bei der britischen Postverwaltung bestehende Behandlung von Leistungen Einfluß, welche für andere Staatsverwaltungen ausgeführt werden. Der Wert dieser Leistungen wird nämlich geschätzt, und der Gesamtbetrag wird teils unmittelbar in Einnahme gestellt, teils durch Abschreibung von den Ausgaben vereinnahmt. Es handelt sich um die Beförderung von Postsendungen und Telegrammen sowie um die Vermittlung von Ferngesprächen für Behörden. Bei dem Vergleich mit den anderen Verwaltungen, welche dieses Verfahren nicht haben, darf der Wert dieser Leistungen an den Ausgaben nicht abgesetzt und auch nicht an den Einnahmen zugesetzt werden, muß vielmehr unberücksichtigt bleiben.

b) Vergleichbarkeit der Ausgaben.

Größer als bei den Einnahmen sind die Abweichungen bei den Ausgaben. Auch hier bestehen zwischen der deutschen und russischen Verwaltung keine Abweichungen, abgesehen davon, daß in Rußland die Pensionen nicht bei dem Etat der Postverwaltung verrechnet werden, sondern bei dem „Allgemeinen Pensionsfonds", wie dies früher auch bei vielen anderen Ländern der Fall war, und daß die Einrichtung der Witwen- und Waisengelder in Rußland noch nicht besteht. Mit Ausnahme der Pensionen in Rußland werden in den Etat und die Rechnung der deutschen und russischen Postverwaltung sämtliche Ausgaben aufgenommen, die der Betrieb der Verwaltung erfordert.

Im Gegensatz zu diesen beiden Verwaltungen hat die britische Postverwaltung in ihrem Voranschlag und ihren Rechnungen Verschiedenheiten, welche allerdings nur zum Teil die

[1]) Für 1910 601000 £ = 12,2 Mill. Mark. Report. 1910 a. a. O. S. 112. — The Post Office. a. a. O. S. 124.

[2]) Finance Accounts, a. a. O. Details of Receipts — Postal Receipts.

Vergleichbarkeit der Gesamtausgaben beeinträchtigen. Diese Verschiedenheiten haben ihren Grund teils in der Budget-Behandlung und Bewilligung,[1]) teils in der allgemeinen Verwaltungsorganisation. Gewisse Zahlungen, die nicht der alljährlichen Bewilligung durch das Parlament unterliegen und auf Gesetz oder Vertrag beruhen, nämlich Vergütungen an die Eisenbahngesellschaften für die Beförderung von Paketen und Beträge, deren Zahlung für die Benutzung von Kabeln an Gesellschaften erfolgt, werden an der Roheinnahme in Abzug gebracht und der verbleibende Restbetrag wird in Anschlag und Rechnung als Posteinnahme aufgeführt.[2]) An der Höhe der Reineinnahmen wird durch dieses Verfahren indessen nichts geändert: denn würden diese Beträge unter den Ausgaben verrechnet, dann wären die Einnahmen dementsprechend größer, der Unterschied zwischen Einnahmen und Ausgaben bliebe derselbe.

Bei einer genauen Durchsicht des Etats der britischen Postverwaltung, welcher nach seinen Abteilungen: Post, Postdampfer, Telegraphie, Fernsprechwesen einen historischen Aufbau hat, ist zu bemerken, daß die Baukosten und die Kosten für Bureaumaterialien fehlen und bei den Titeln anderer Verwaltungen aufgezeichnet sind. Das hängt mit der allgemeinen Organisation der Staatsverwaltung und damit zusammen, daß die Postbauangelegenheiten nicht wie bei uns, von der Postverwaltung, sondern von einem besonderen Amte, dem Staatsbautenamt,[3]) welchem alle Bauangelegenheiten für den Staat übertragen sind, erledigt werden, daß die Beschaffung der Bureaumaterialien und Drucksachen für alle staatlichen Behörden ebenfalls durch ein besonderes Amt, Office of Stationery, erfolgt und daß diese Ämter ihre eigenen Etats haben. In diesen sind nicht nur die Kosten für die Materialien und die Ausführung der Arbeiten enthalten, sondern auch die Kosten für das Personal, welches zur Bearbeitung der bezüglichen Angelegenheiten erforderlich ist. Da ferner das Staatsbautenamt neben der Sorge für die Instandhaltung und Instandsetzung der Gebäude auch die Sorge für die Einrichtung der Gebäude hat, so werden außer den Baukosten auch die Kosten für die Möbel nicht bei dem Etat der Postver-

[1]) Wagner, Finanzwissensch. a. a. O., Bd. 1, S. 239. Gneist, a. a. O. Bd. 2, S. 833 und 840.

[2]) Finance Accounts a. a. O. Details of Receipts, Postal Receipts.

[3]) Gneist, a. a. O. Bd. 2, S. 663. Hatschek, a. a. O., Bd. 3, S. 86 u. 87.

waltung verrechnet. Bei einem Vergleich der Ausgaben der britischen Postverwaltung mit den anderen Postverwaltungen müssen daher die Beträge für Bau und Bureaumaterialien zu den bei dem Postetat aufgeführten Kosten hinzugerechnet werden.

Eine Eigentümlichkeit bei den Ausgaben der britischen Postverwaltung besteht im weiteren darin, daß ähnlich wie bei den Einnahmen auch bei den Ausgaben gewisse Beträge abgeschrieben werden, die zu den Einnahmen gehören.[1]) Es handelt sich bei diesen Beträgen um Zuschüsse, welche von einzelnen Kolonien, wie Indien, Ceylon, Straits-Settlements, Canada usw. für die Unterhaltung von Postdampferlinien[2]) und von der allgemeinen Staatsverwaltung für die Unterhaltung von Seekabeln geleistet werden, ferner um Erlöse aus dem Verkauf von Altmaterial. Die Höhe der Reineinnahme wird hierdurch nicht berührt, wohl aber stellen sich durch diese Zuschüsse die Finanzen der britischen Postverwaltung im Verhältnis zu den Finanzen der deutschen und russischen günstiger, was später näher ausgeführt wird.

Eine weitere Verschiedenheit zwischen der deutschen und britischen Postverwaltung in der Behandlung der Ausgaben besteht hinsichtlich der Fernsprechbaukosten. Diese sind bei der deutschen Postverwaltung bis zum Jahre 1908 zu den laufenden Ausgaben gerechnet und aus dem ordentlichen Etat bestritten worden und werden erst von da ab nicht mehr durch diesen Etat verrechnet. Nur die Beträge zur Tilgung des bewilligten Kapitals und für die Zinsen gehen auf den ordentlichen Etat. In Großbritannien hat die Verrechnung der Fernsprechbaukosten stets auf diese Weise stattgefunden. Infolgedessen müssen bei einem Vergleiche der Gesamtausgaben der britischen Postverwaltung mit denen der deutschen bis zum Jahre 1908 und der russischen Postverwaltung auch die an Fernsprechbaukosten jährlich gezahlten Beträge in Betracht gezogen werden (vgl. Anl. 5). Schließlich ist noch die Frage zu berücksichtigen, ob und inwieweit den Postverwaltungen Leistungen anderer Staatsverwaltungen und sonstiger Einrichtungen unentgeltlich zufließen, und ob in dieser Hinsicht Verschiedenheiten bestehen, durch

[1]) Appropriation Accounts a. a. O. und Estimates, a. a. O., Revenue Departments, Post Office.

[2]) Appropriation Accounts a. a. O., Estimates a. a. O., Packet Service usw. Reports a. a. O. Foreign and Colonial Packet Services (App. D.).

welche die Höhe der Ausgaben und der Reineinnahme berührt wird. Es handelt sich hierbei in der Hauptsache um Vergünstigungen bei der Beförderung der Sendungen auf den Eisenbahnen, welche die Beförderungskosten für die Verwaltungen niedriger stellen. Die deutsche und die russische Postverwaltung genießen Vergünstigungen, die britische dagegen nicht. Diese Vergünstigungen werden aber bei der deutschen Postverwaltung wieder durch unentgeltliche Leistungen reichlich ausgeglichen, die ihr für andere Verwaltungen auferlegt sind, und auch dadurch, daß sie bei der Ausführung von Reichsgesetzen insbesondere der Versicherungsgesetze auf sozialpolitischem Gebiet mitzuwirken hat.[1])

B. Die Roheinnahmen und Ausgaben sowie die Reineinnahmen der deutschen, britischen und russischen Postverwaltung in den Jahren 1901—1910.

a) Allgemeines.

Die mitzuteilenden Zahlen sind regelmäßig der Hauptrechnung und den Übersichten über die wirtschaftlichen Ergebnisse in den Statistiken und Berichten der Verwaltungen entnommen. Außer den Übersichten für den ganzen Betrieb läßt die britische Postverwaltung besondere Übersichten für den Telegraphenbetrieb aufstellen und seit dem Jahre 1908 auch für den Fernsprechbetrieb. In Großbritannien wird nämlich alljährlich dem Parlament über die Einnahmen und Ausgaben der Telegraphie eine Rechnung vorgelegt, in welcher bis zu dem Jahre 1908 das Fernsprechwesen eingeschlossen war. In dieser Rechnung sind für Telegraphie und Fernsprechwesen die Kosten für Personal und Bau, die sich aus den Gesamtkosten für den ganzen Verwaltungsbetrieb nicht ausscheiden lassen, nach verhältnismäßigen Sätzen angegeben. Die Sätze werden von Zeit zu Zeit geprüft. Bei der Einführung dieser Art der Kostenverteilung wurde der verhältnismäßige Anteil für Telegraphie und Fernsprechwesen auf 25 % festgesetzt. Dieser Satz wurde im Jahre

[1]) Beim Vertriebe der Versicherungsmarken, bei der Zahlung der Renten usw.

1907 auf 23 % ermäßigt. Im Jahre 1908, bei der Abzweigung des Fernsprechwesens von der Telegraphie, wurden die Anteile auf 20,25 % und 2,75 % festgesetzt und im Jahre 1910 auf 19,25 und 3,25 geändert.[1]) Die britischen Rechnungen über Telegraphie und Fernsprechwesen beruhen also zum großen Teil auf Schätzungen. Die Rechnungen sind hier deshalb erwähnt worden, weil mit Bezug auf sie häufig schon bei uns die Ansicht geäußert worden ist, über die Kosten der Telegraphie und des Fernsprechwesens ließen sich auch für die deutsche Postverwaltung besondere Rechnungen aufstellen: man läßt unberücksichtigt, daß die Rechnungen der britischen Verwaltung nicht bloß wirkliche, für Zwecke der Telegraphie gemachte, sondern auch geschätzte Angaben enthalten.

Da die Ausgaben, welche unter dem Titel der Postverwaltungen in dem Etat aufgeführt sind, wie dargelegt, nicht ohne weiteres vergleichbar sind, so werden in dem Nachfolgenden bei Großbritannien immer zwei Arten von Ausgaben aufgeführt, die nach dem Etat sich ergebenden (in Klammern) und die vergleichbar gemachten. Die Aufwendungen an Fernsprechbaukosten der britischen Postverwaltung sind besonders, in der Anlage 5, aufgeführt.

b) Größe und Vergleich der Roheinnahmen und Ausgaben.

Die Roheinnahmen[2]) und Ausgaben der deutschen, britischen und russischen Postverwaltung für die Jahre 1901—1910 sind in der Anlage 1 zusammengestellt. Nach dieser Übersicht verhalten sich die rechnungsmäßigen Roheinnahmen und Ausgaben der Postverwaltung in runden Ziffern wie folgt:

[1]) The Post Office a. a. O. S. 77.

[2]) Von den Roheinnahmen sind auf den Telegraphen- und Fernsprechbetrieb entfallen

		im Jahre 1901	1905	1910
			Prozent	
bei der deutschen	Postverwaltung	17,2	20,7	24,6
bei der britischen	Postverwaltung	19,1	19,1	20,6
bei der russischen	Postverwaltung	38,5	39,0	32,7

(vgl. Anl. 12).

für das Jahr	Roheinnahmen deutsche Postverwaltung.	brit.	russ.	Ausgaben deutsche Postverwaltung.	brit.	russ.
1901	4	3,6	1	3,9[1])	3[2]) (2,9)	0,7[1])
1905	5	4	1,5	4,6	3,5 (3,3)	0,9
1910	7	4,9	2	6,3	4,2 (4,1)	1,3

In den genannten zehn Jahren sind gestiegen

a) die Roheinnahmen

der deutschen	Postverwaltung	von 413	auf 705	Mill. M. mithin um	70 %
britischen	Postverwaltung	„ 361	„ 493	„ „ „ „	36 %
russischen	Postverwaltung	„ 112	„ 205	„ „ „ „	83 %

b) die Ausgaben

d. deutschen	Postverwalt.	v. 393[1])	a. 633	Mill. M. mith. u. 61	%
britisch.	Postverwalt.	„ 305[2]) (295)	„ 426 (410)	„ „ „ „ 39 (38,9)	%
russisch.	Postverwalt.	„ 76	„ 130,5	„ „ „ „ 71	%

c) Größe und Vergleich der Reineinnahmen.

Ueber die Reineinnahmen der einzelnen Verwaltungen in den Jahren 1901—1910 gibt die Anlage 2 Aufschluß.

Die jährlichen Reineinnahmen betragen unter Berücksichtigung aller Ausgaben für den Betrieb[3])

		im Jahre 1901	1910	mithin mehr	%
		Millionen Mark			
bei der deutschen	Postverwaltung	20,2	72,1	51,9	256
bei der britischen	Postverwaltung	55,3 (65,2)[2])	66,7 (83,6)	11,4	20,7 (27)
bei der russischen	Postverwaltung	35,8	73,7	37,9	106

Die durchschnittliche jährliche Reineinnahme der deutschen Postverwaltung, unter Berücksichtigung der einmaligen Ausgaben,

[1]) Mit den einmaligen Ausgaben. Sie betragen für 1901 19,3, 1905 14,1 und 1910 15,7 Mill. Mark, vgl. Anl. 1, und umfassen hauptsächlich alle größeren Ausgaben für Grundstückserwerbe, Neubauten, Umbauten usw. Bei der russischen Postverwaltung sind die einmaligen Ausgaben einbegriffen.

[2]) Vergleichbar gemacht, jedoch ohne die Fernsprechbaukosten, welche nicht durch den Postetat gehen. (Vgl. Anl. 5). Die in Klammern gesetzten Zahlen sind die nach dem Postetat sich ergebenden.

[3]) Die Fernsprechbaukosten der britischen Verwaltung sind hier nicht einbegriffen. (Vgl. S. 8 u. Anl. 5).

bleibt hinter der Einnahme der britischen um jährlich 20 Millionen Mark zurück, es ist aber in Betracht zu ziehen, daß bei den Reineinnahmen der deutschen Postverwaltung in den genannten 10 Jahren eine wesentliche Steigerung zu verzeichnen ist, und daß die Steigerung von 256 % weit größer ist als die der Gesamteinnahme (70 %). Für die britische Verwaltung sind die Zahlen 20,7 und 36 %. Auch die Reinneinnahmen der russischen Postverwaltung sind in dem Zeitraum unserer Betrachtung erheblich gewachsen, aber doch nicht in dem Maße, wie die der deutschen Postverwaltung, nämlich nur um 106 % gegen 83 % der Gesamteinnahmen. Im Gegensatz zu dem Steigen der Reineinnahmen der deutschen und russischen Postverwaltung ist die Reineinnahme der britischen seit dem Jahre 1906 gesunken.

Die Bedeutung des finanziellen Erfolges für den Privathaushalt der Bürger tritt in den Kopfraten hervor. Es ist daher für einige Jahre die Reineinnahme auf den Kopf der Bevölkerung berechnet worden.

Die Kopfrate beträgt:

	deutschen		bei der britischen Postverwaltung.		russischen
für das Jahr	M.	M.	M.	M.	M.
1901	(0,82)[1]	0,41	(1,5)	1,3[2]	0,28
1905	(1,4)	1,1	(2,1)	1,7	0,4
1910	(1,58)	1,2	(1,8)	1,4	0,4

Hiernach ist die Reineinnahme pro Kopf im Anfang der Periode in Großbritannien viermal, in Deutschland nicht ganz doppelt, am Ende aber in den beiden westlichen Ländern etwa dreimal so groß wie in Rußland.

Es kommt aber nicht lediglich auf die Einnahme pro Kopf der Bevölkerung an; man muß auch die Verwaltung als Organismus für sich betrachten, um ein Urteil darüber gewinnen zu können, wie sie wirtschaftet. Leider ist das Anlagekapital und die Höhe seiner Verzinsung nicht zu ermitteln. Einen Maßstab für die Wirtschaftlichkeit der Geschäftsführung ergibt jedoch das Verhältnis der Ausgaben zu den Roheinnahmen (Betriebskoeffizient) und der Reineinnahmen zu den Roheinnahmen. In dem ersten Verhältnis kommt die Ergiebigkeit des staatlichen

[1]) Ohne die einmaligen Ausgaben.

[2]) Vgl. Anm. 2 S. 9.

Jahres-Aufwandes zum Ausdruck; bei dem Verhältnis der Reineinnahmen zu den Roheinnahmen wird der Ertrag aus dem Umsatz dargestellt.

Die Verhältniszahlen für die drei Postverwaltungen sind in der beigefügten Übersicht, Anlage 3, zusammengestellt.

Die Betriebskoeffizienten betragen:

für die

deutsche	Verwaltung	zwischen	84 %	i. J. 1906	und 95 %	i. J. 1901
britische	„	„	82,3 %	„ „ 1905	„ 86,3 %	„ „ 1910
russische	„	„	60 %	„ „ 1907	„ 68,1 %	„ „ 1901

Die deutsche Verwaltung hat danach die höchsten Verhältniszahlen, dann folgt die britische Verwaltung. Die Zahlen der deutschen Verwaltung sind, abgesehen von den Jahren 1907 und 1908,[1]) im allgemeinen gefallen, ebenso die der russischen, während bei den Zahlen der britischen Verwaltung gegen Ende der Periode eine Steigerung eingetreten ist.

Für das Verhältnis der Rein- zu den Roheinnahmen liegen die Zahlen

f. d. deutsche	Post-	0,6 i. J. 1909		14,9 i. J. 1906	
britische	ver-	zwisch. 13,3 „ „ 1910	und	17,4 „ „ 1906	
russische	walt.	31,8 „ „ 1901		39,5 „ „ 1904	

Hier hat die russische Postverwaltung die höchsten und die deutsche die niedrigsten Zahlen aufzuweisen. Die Schwankungen im Laufe der 10 Jahre betragen bei der britischen Postverwaltung bis 4 %, bei der russischen bis rund 8 % und bei der deutschen bis 14,3 %. Bemerkenswert ist, daß gegen Ende des Zeitabschnitts die Zahlen der britischen und russischen Verwaltung gefallen, die Zahlen der deutschen gestiegen sind.

Aus den vorstehenden Ausführungen ist ersichtlich, daß der Unterschied zwischen den Reineinnahmen der deutschen und der britischen Postverwaltung, wenn alle Ausgaben in Betracht gezogen werden, in dem ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts nicht so groß ist, wie für gewöhnlich angenommen wird. Nach unserem Dafürhalten wird diese unzutreffende Annahme darauf zurückzuführen sein, daß bei dem Vergleich unrichtigerweise die Zahlen der Reineinnahmen aus einer zum

[1]) Wegen der großen Aufwendungen aus Anlaß der Gehaltserhöhungen, vgl. Anl. 2. Anm.

Teil auf Schätzungen beruhenden Übersicht[1]) entnommen werden, welche von der britischen Verwaltung nur für den eigentlichen Postbetrieb aufgestellt wird und daher die Ausgaben für den mit Defizit[2]) arbeitenden Telegraphenbetrieb nicht enthält.

Abgesehen von den Jahren 1908 und 1909, welche außer Betracht bleiben müssen, da für diese Jahre Angaben für die britische Postverwaltung nicht zu erhalten waren (vgl. Anl. 1 Anmerkung), haben die Reineinnahmen in dem oben bezeichneten Jahrzehnt im Durchschnitt jährlich betragen:

	Millionen Mark
bei der deutschen Verwaltung rund	45
„ „ britischen „	65
„ „ russischen „	56

Für die deutsche Verwaltung stellt sich der Durchschnitt ungünstig wegen der großen Aufwendungen, die aus Anlaß der Gehaltserhöhungen gemacht worden sind (vgl. Anl. 2, Anmerk.). Man darf aber nicht nur nach diesen Durchschnittszahlen urteilen, man muß vielmehr auch berücksichtigen, wie sich die Reineinnahmen in den einzelnen Jahren zu einander verhalten. Dabei zeigt sich die erfreuliche Tatsache, daß während dieser Zeit die absolute Steigerung der jährlichen Reineinnahmen bei der deutschen Verwaltung etwa fünf mal so groß ist als die Steigerung bei der britischen Verwaltung. Hieraus läßt sich auf eine günstigere Gestaltung der Wirtschaftsführung der deutschen Verwaltung schließen. Bei einem Vergleich der Betriebskoeffizienten kommt dies noch schärfer zum Ausdruck. Wie oben erwähnt, ist der Betriebskoeffizient bei der deutschen Verwaltung in dem zehnjährigen Zeitraum gefallen, und zwar um 6%, bei der britischen dagegen ist eine Steigerung um 2,3% eingetreten. Im ganzen hat sich also der Betriebskoeffizient der deutschen Verwaltung gegenüber dem der britischen um 8% günstiger gestellt.

[1]) Reports a. a. O. Appendix.

[2]) Nach den Wirtschaftsübersichten der britischen Postverwaltung hat das Defizit betragen: Millionen Mark im Jahre

1901	1902	1903	1904	1905	1906		1907	1908	1909	1910
19,3	18,3	24,4	22,4	20,4	18,6	Telegr.	20,4	20,4	20,4	22,4
						Teleph.	1,0	1,0	0,8	0,9

II. Ursachen der Unterschiede in den Reineinnahmen der deutschen, britischen und russischen Post- und Telegraphenverwaltung in den Jahren 1901—1910.

Für die Höhe der Reineinnahme sind viele Faktoren und zwar solche der verschiedensten Art bestimmend. Nur in den wenigsten Fällen läßt sich aber die Wirkung des einzelnen Faktors zahlenmäßig darstellen. Zum Teil fehlen dazu alle Unterlagen, sie lassen sich entweder überhaupt nicht beibringen oder sind zwar vorhanden, werden aber von den Verwaltungen nicht veröffentlicht oder doch weiteren Kreisen nicht zugänglich gemacht. Die einen Faktoren sind von Bedeutung vornehmlich für die Einnahmen, die anderen für die Ausgaben. Als Faktoren der ersten Art sind zu betrachten die Frequenz der Benutzung der Post, die Art der zu vermittelnden Geschäfte und die Höhe der Tarife und Taxen. Zu den Faktoren der zweiten Art gehören die Organisation der Verwaltung und des Betriebes, die Höhe der Besoldungen, die Preise der Materialien, die Kosten für die Unterhaltung der Postverbindungen.

Im nachstehenden soll nun die Bedeutung der verschiedenen Faktoren erörtert werden, zunächst für die Einnahmen, dann für die Ausgaben.

A. Ursachen des Unterschiedes in der Höhe der Einnahmen.

a) Die Frequenz.[1])

Die Frequenz der deutschen, britischen und russischen Post ist aus der anliegenden Übersicht, Anl. 6, zu ersehen.

Auf den Kopf der Bevölkerung sind nach dieser Übersicht entfallen in:

[1]) Handbuch d. pol. Ökon. a. a. O. Bd. 3, S. 91.

im Jahre	Deutschland Post-	Deutschland Brief-[1] Sendungen	Großbritannien Post-	Großbritannien Brief- Sendungen	Rußland Post-	Rußland Brief- Sendungen
1901	98	91,7	96,7	92,4	6,5	6,3
1905	113,2	106,3	110,6	105,9	9,3	9
1910	133,2	125,1	117,4	111,9	12,1	11,7

In den Jahren 1901—1910 besteht demnach eine Steigerung um:

35,9% 36,3% 21,4% 21,1% 86,1% 85,7%

Deutschland hat also in den Jahren 1901—1910 die stärkste und Rußland die schwächste Frequenz von den drei Ländern. Wie aus der Tabelle ersichtlich, ist die stärkere Frequenz von Post- und Briefsendungen Deutschlands darauf zurückzuführen, daß Deutschlands Drucksachenverkehr mehr als doppelt so groß und sein Verkehr an Paketen, Postanweisungen und anderen Sendungen um etwa $^1/_3$ größer ist als in Großbritannien. Hingegen versenden die Bewohner dieses Landes mehr Briefe, Postkarten und Telegramme als die Deutschen, andererseits finden bei diesen wiederum viel mehr Ferngespräche statt. Von vornherein ist zu bemerken, daß auf diese Unterschiede im einzelnen postalische Bestimmungen einwirken. Die Beschränkungen im englischen Drucksachen- und Warenprobenverkehr haben zur Folge, daß die Versendung dieser Gegenstände in Briefen mehr gewählt wird als in Deutschland. Dies beeinflußt neben der zentralen Stellung Englands im Weltverkehr die größere Brieffrequenz dieses Landes. Wir kommen auf diese Einflüsse zurück.

Wir gehen aus von den allgemeinen Gründen, welche die allgemeine Postfrequenz beeinflussen.

Umfang und Intensität des Gedankenanstausches unter Überwindung räumlicher Entfernungen hängt zunächst ab von der Bevölkerungszahl. Doch hat von den drei Ländern das Land mit der größten Bevölkerungszahl, Rußland, auch nach der absoluten Menge der beförderten Sendungen die geringste Postfrequenz, wiederum ist bei Deutschland und Großbritannien die Gesamtfrequenz ungefähr gleichgroß. Deshalb sind andere

[1] Unter Briefsendungen sind hier Briefe, Postkarten, Drucksachen, Geschäftspapiere, Warenproben und Zeitungen zu verstehen.

Faktoren von größerer, ja entscheidender Bedeutung. Vor allem die Bevölkerungsdichtigkeit. Je dichter die Bevölkerung, desto mehr wird sich die gesellschaftliche Arbeitsteilung, dann auch der Verkehr entwickeln, Handel und Industrie sich entfalten, und desto größer wird die Intensität der Benutzung. Diese hängt freilich auch wieder davon ab, in welchem Maße die Posteinrichtungen dem Publikum zugänglich gemacht sind. In dünn bevölkerten Gegenden ist es im allgemeinen schwieriger, Gelegenheit zur Benutzung der Post zu geben. Einer Bevölkerung dagegen, die dichter wohnt und in größeren Wohnplätzen zusammengedrängt lebt, läßt sich besser und leichter die Möglichkeit, daher auch mehr Anregung geben, die Post zu benutzen. In welchem Umfange nun in den einzelnen Ländern Gelegenheit zur Benutzung der Post besteht, ist aus der Zahl der Postanstalten und insbesondere aus der Größe des Flächeninhalts zu ersehen, auf den eine Postanstalt entfällt, und aus der Zahl der Einwohner, die auf eine Postanstalt kommen. Die bezüglichen Angaben sind in der Anlage 7 zusammengestellt. Hinsichtlich der Verteilung der Postanstalten auf den Flächeninhalt stehen im Jahre 1910 Deutschland mit 12,9 qm und Großbritannien mit 13,1 qm auf fast gleicher Höhe. In Großbritannien ist aber die Zahl der Einwohner, die auf eine Postanstalt entfallen (1886) um etwa $^1/_8$ größer als in Deutschland (1615). Der Unterschied bei der Einwohnerzahl, welche in Deutschland und Großbritannien auf eine Postanstalt kommt — in Großbritannien mehr 16% — ist etwa gleich groß mit dem Unterschied, welcher bei der Bevölkerungsdichtigkeit dieser Länder besteht. Im Deutschen Reich kommen auf 1 qkm 125 Einwohner, in Großbritannien 143, mehr 18%, im europäischen Rußland nur 23,4 Einwohner. In den einzelnen Provinzen usw. dieser Länder ist die Bevölkerungsdichtigkeit allerdings sehr verschieden.[1]) Großbritannien hat

[1]) Von Großbritannien hat England die größte Dichte (233 Einwohner auf 1 qkm). Wales, Schottland und Irland haben eine geringere (89, 57 und 54 Einwohner auf 1 qkm). Die Dichte für das eigentliche Rußland ist mit 22,7, die für Polen mit 88,2 und für Finnland mit 8,7 Einwohnern auf 1 qkm berechnet. In den Gouvernements schwankt sie (1912) zwischen 165 in Petrikau (dreimal so stark wie in Ostpreußen) und 0,5 Einwohner auf 1 qkm in Archangelsk. Ebenso ist in den Verwaltungsbezirken der deutschen Reichspostverwaltung die Bevölkerungsdichte sehr verschieden. Im Bezirk Berlin, welcher die Stadt Berlin und seine Vororte umfaßt, fallen auf 1 qkm 28356 und im Bezirk Köslin nur 44 Einwohner.

also eine größere Bevölkerungsdichtigkeit, aber eine geringere allgemeine Postfrequenz als Deutschland. Aus einer größeren Bevölkerungsdichtigkeit kann mithin noch nicht unter allen Umständen auch auf eine größere Frequenz geschlossen werden.

Es soll nun weiter geprüft werden, welche Bedeutung für die Frequenz der Post in den einzelnen Ländern der Bildungsgrad besitzt, auf welcher Höhe hinsichtlich des Bildungsgrades die Bevölkerung in Deutschland, Großbritannien und Rußland steht, d. h. inwieweit die Elementarbildung, die Fähigkeit zu Lesen und zu Schreiben verbreitet ist, die zur Unterhaltung und Erledigung einer Korrespondenz gehört. Für die Verbreitung dieser Fähigkeit gibt die Zahl der Analphabeten einen Anhaltspunkt. Die Ermittelung der Zahl der Analphabeten in Großbritannien, Rußland und Deutschland erfolgt zwar nicht in einheitlicher Weise — in Großbritannien findet die Ermittelung bezüglich der Eheschließenden statt und in Deutschland und Rußland bei Personen, die in das Heer eintreten, — immerhin kann man sich aber nach diesen Zahlen einigermaßen eine Vorstellung machen über die Höhe des Bildungsgrades. In dem deutschen Reich waren unter 100 eingestellten Rekruten im Jahre 1909 0,02[1]) Analphabeten. Das frühere privilegium odiosum, die mangelnde Schulbildung der Polen ist fast verschwunden. Von Großbritannien hat Irland die größte Zahl Analphabeten. Unter 100 Eheschließenden befinden sich hier 18 Männer und 17 Frauen, welche Analphabeten sind, in England 5 Männer und 6 Frauen, in Schottland 3 Männer und 5 Frauen. In Rußland kommen nach der Rekrutierungsstatistik im Jahre 1895 auf 100 Ausgehobene 61 Analphabeten. Hieraus ergibt sich, daß die Reihenfolge der allgemeinen Postfrequenz (Deutschland, England, Rußland) derjenigen des allgemeinen Bildungsgrades parallel geht, — die Kraft, mit der diese Verursachung sich durchsetzt, spricht für ihre hervorragende Bedeutung.

Als ein weiterer Faktor für die Frequenz ist die Erwerbstätigkeit angeführt worden. Die allgemeine Ziffer für die Erwerbstätigkeit ist in Großbritannien und Deutschland etwa gleich groß (vgl. Anl. 8). Aber die Art der Erwerbstätigkeit ist für die Post von sehr verschiedener Bedeutung. Nicht alle Erwerbs-

[1]) Stat. Jahrbuch 1910, a. a. O. S. 356.

tätigen bedienen sich der Post in gleichem Umfange. Außerdem werden die einzelnen Geschäftszweige der Post, z. B. Brief-, Paketpost und Telegraphie, von den Berufsarten nicht gleichmäßig in Anspruch genommen. Nicht der Grad der Erwerbstätigkeit überhaupt, sondern die Verteilung der Berufsarten auf die Bevölkeruug macht sich demnach für die Frequenz geltend. Industrie, Handel und Verkehrsgewerbe sind auf die Post mehr angewiesen als Landwirtschaft, Handel und Verkehr wieder mehr als die Industrie. Die Stärke der Vertretung der einen oder anderen Berufsart wird daher bei der Frequenz zum Ausdruck kommen.

Die Verteilung der Erwerbstätigen auf die Berufsarten ist in der Uebersicht, Anlage 8, zusammengestellt. Hiernach umfassen die Berufsabteilungen

in	Handel und Verkehr %	Industrie %	Summe %
Deutschland	12,4	40	52,4
Großbritannien	24,2	44,9	69,1
Rußland	7,1	17,9	25

In Deutschland ist die relative Bedeutung der Berufstätigkeit in Handel, Verkehr und Industrie, welche für die Frequenz vor allem in Betracht kommt, erheblich geringer als in Großbritannien. Wenn nun auch dieses Land keine so hohe Gesamtfrequenz im Postverkehr aufzuweisen hat wie Deutschland, so ist doch die Frequenz im Briefverkehr, welche den größten Teil des Postverkehrs ausmacht und für die Einnahmen der Post ausschlaggebend ist, wesentlich größer als in Deutschland. Die Ursache an diesem Uebergewicht bei Großbritannien wird, abgesehen von den erwähnten dort bestehenden Beschränkungen für die Versendung von Drucksachen, Warenproben usw.,[1]) in der stärkeren Vertretung der beiden Berufsabteilungen Handel und Verkehr sowie Industrie liegen.

Geringeren Einfluß auf die Frequenz als die Erwerbs- und Berufstätigkeit hat die Binnenwanderung (Wanderung nach anderen Gegenden des eignen Landes) und die Auswanderung nach fremden, zum Teil überseeischen Ländern. Der Postverkehr, der auf Wanderungen zurückzuführen ist, dürfte sich in der Hauptsache auf Familienangelegenheiten beziehen. Um ein

[1]) Vgl. S. 14.

Urteil über den ungefähren Umfang dieses Verkehrs und seine Bedeutung für die Frequenz abgeben zu können, müßte man auf die Zahl der Wanderungen oder der Ab- und Ausgewanderten zurückgreifen können. Dies ist aber nur bei der Auswanderung nach überseeischen Ländern möglich. Für die Binnenwanderung wären auf Grund anderer Unterlagen Schätzungen zu machen. Zu einer solchen Schätzung für Deutschland gibt die Gebürtigkeit der Erwerbstätigen einen Anhalt. Die Angaben finden sich in der Übersicht über die Gebürtigkeit der Erwerbstätigen in den Berufsabteilungen.[1]) Da es aber hinsichtlich der beiden anderen Länder an ähnlichen zahlenmäßigen Unterlagen fehlt, so läßt sich auch kein Vergleich über die Größe und Bedeutung der Binnenwanderungen für die Frequenz anstellen.

Auswanderungen sind erfolgt in

Deutschland	25531	im	Jahre	1910
Großbritannien	288761	„	„	1909
Rußland (nur über deutsche Häfen)	105662	„	„	1910

In Großbritannien und Rußland werden die Auswanderungen infolge ihres Umfanges in größerem Maße auf die Frequenz wirken als in Deutschland. Mit Rücksicht darauf, daß es sich, wie gesagt, bei dem Postverkehr hier hauptsächlich nur um Familienbeziehungen handelt, wird die Bedeutung dieses Verkehrs für die Frequenz verhältnismäßig gering sein.

b) Der Tätigkeitsbereich der deutschen, britischen und russischen Postverwaltung und ihre Tarife, Portofreiheiten und Portovergünstigungen.

1. Tätigkeitsbereich, Verschiedenheiten im Briefpost-, Postanweisungs- und Paketverkehr.

Die Geschäfte umfassen im großen ganzen den Post-, Telegraphen- und Fernsprechbetrieb. Der Umfang und die Bedeutung der Geschäfte ist in den drei Betrieben ganz verschieden. Die einfachsten und wenigsten Geschäfte von den drei Verwaltungen hat die britische übernommen. (Vgl. Anl. 9.)

Sie vermittelt nur Brief-, Postanweisungs- und Paketverkehr. Daneben wird von ihr Telegraphen- und teilweise auch Fern-

[1]) Stat. Jahrbuch 1911, a. a. O. S. 8—13.

sprechbetrieb wahrgenommen. Außerdem besteht in Großbritannien auch Postsparkassendienst. Dieser kommt aber als Einnahmequelle nicht in Betracht. Er ist weit mehr von volkswirtschaftlicher Bedeutung. Endlich befaßt sich die britische Postverwaltung noch mit Lebens- und Leibrentenversicherung. Die Tätigkeit hierin ist sehr gering. Von der deutschen und russischen Verwaltung werden mehr Geschäfte vermittelt. Beide Verwaltungen haben neben Brief-, Postanweisungs- und Paketverkehr noch die Beförderung von Wert- und Nachnahmesendungen, sowie von Reisenden übernommen. Der Verkehr von Reisenden ist unbedeutend. In Großbritannien und Rußland bestehen für sämtliche Geschäfte im Vergleich zu Deutschland noch Einschränkungen. Die deutsche Verwaltung hat neben den genannten Geschäftszweigen noch Postauftragsdienst (Einziehung von Geldbeträgen), Zeitungsvertrieb (nicht zu verwechseln mit dem Zeitungsgeschäft der russischen und britischen Verwaltungen, welches sich lediglich auf die Beförderung der Zeitungen, nicht auch auf die Annahme und Ausführung der Bestellungen erstreckt) und seit Januar 1909 auch Überweisungs- und Scheckverkehr.

Bezüglich der vorher erwähnten Einschränkungen, welche in Großbritannien und Rußland bestehen, sei auf folgendes hingewiesen:

Briefpostverkehr. Im internen britischen Verkehr werden Drucksachen nur bis zum Gewicht von 2 Unzen (56,5 g) befördert gegen besondere ermäßigte Taxe. Dies hat zur Folge, daß Drucksachen, welche schwerer als 2 Unzen sind, als Briefe oder Pakete befördert werden müssen. Im weiteren sind auch Sendungen mit Warenproben und Geschäftspapieren im internen Verkehr ebenfalls als Briefe oder Pakete zu verschicken, da es für derartige Sendungen besondere ermäßigte Taxen wie in Deutschland und Rußland nicht gibt. Durch diese Beschränkungen ist es erreicht worden, daß in Großbritannien der Briefverkehr, der leicht zu bewältigen ist und daher auch nur geringe Betriebskosten verursacht, einen viel größeren Teil des Gesamtverkehrs bildet als in Deutschland und Rußland.

Postanweisungsverkehr. Dieser Verkehr wird von der britischen und russischen Verwaltung nicht in der ausgedehnten Weise, wie bei uns, vermittelt. Die britische Verwaltung lehnt es ab, den Empfängern die Postanweisungen nebst den Beträgen in das Haus zu bestellen. Die Empfänger müssen sich vielmehr

ihre Beträge bei den Postanstalten abholen. Außerdem ist die Postanweisung vom Absender unter Briefumschlag an den Empfänger zu übersenden. Dazu kommt, daß in Großbritannien für den Postanweisungsdienst nur etwa $^2/_3$ sämtlicher Postanstalten zugelassen sind, in Deutschland alle. In Rußland findet die Bestellung von Postanweisungen nur auf Verlangen des Empfängers oder Absenders bis zum Betrage von 500 Rbl. statt und auch nur an solchen Orten, wo Briefe mit Wertangabe bis zu diesem Betrage bestellt werden.

Von der britischen Verwaltung ist der Postanweisungsverkehr durch Einführung eines besonderen Dienstes — Postal Orders[1]) — seit 1881 eingeschränkt worden. Diese Postal Orders sind Karten, die über 41 feste durch 6 d. teilbare Beträge von 6 d. bis zu 1 £, sowie auf 1 £ 1 sh. lauten[2]) und bei jeder Postanstalt erhältlich sind. In der Mitte liegende Beträge, unter und über 6 d., können durch Aufkleben von Postwertzeichen, nicht mehr als 3 und im Gesamtwert von höchstens 5 d., zusammengestellt und verrechnet werden. Zufolge der Bestimmung, daß die Karten nur auf bestimmte Beträge lauten, auf ganze und halbe Schilling, ist die Verrechnung der Beträge sehr vereinfacht. Die Verwendung von Postfreimarken zur Darstellung von Teilbeträgen bis 5 d. trägt ebenfalls zur Erleichterung des Verrechnungsgeschäfts bei. Die Postal Orders sind von dem Käufer unter Briefumschlag dem Empfänger zuzusenden. Dieser hat dann die Karte bei der Postanstalt einzulösen. Ein etwa durch Postwertzeichen dargestellter und auf der Karte verklebter Betrag wird bar erstattet. Der durch Postal Orders vermittelte Barverkehr ist seit seiner Einführung sehr gestiegen. Im Jahre 1910 ist auf 132,2 Mill. Karten ein Gesamtbetrag von 50,5 Mill. £ ausgezahlt worden. Von diesem Betrag waren 0,29 Mill. £ durch Freimarken verrechnet. Demgegenüber steht in dem bezeichneten Jahr der Postanweisungsverkehr mit einem Betrage von 52,8 Mill. £ auf 14,4 Mill. Postanweisungen.[3])

Paketverkehr. Die britische Verwaltung befördert nur Pakete ohne Wertangabe. Das Meistgewicht ist gegenüber dem deutschen und russischen Verkehr sehr beschränkt. Es ist auf

[1]) Deutsche Verkehrszeitung 1909, a. a. O. S. 263 f. u. S. 271 f.
[2]) Post Office Guide a. a. O. 1910. S. 111.
[3]) Reports a. a. O. Appendix.

11 Pfund (4,98 kg) festgesetzt. Einschränkungen bestehen auch hinsichtlich der Ausdehnung der Pakete. Da für die Pakete in Deutschland das Meistgewicht auf 50 kg festgesetzt und die Ausdehnungsgrenze, das zulässige Volumen, wesentlich erweitert ist, so sind die britischen Pakete durchschnittlich kleiner als die deutschen und russischen, und aus diesem Grunde handlicher. Sie nehmen weniger Raum ein und lassen sich daher leichter in Körbe verpacken. Auf diese Weise wird das Bearbeiten bei ihrer Versendung erheblich erleichtert. Mit der Erleichterung des Bearbeitungsgeschäftes ist eine Kostenersparnis verbunden. Die postseitige Behandlung bei der Auflieferung ist dadurch einfacher gemacht, daß der Absender das Porto durch Aufkleben von Postwertzeichen zu verrechnen hat. Nur bei großen Ämtern kann die Frankierung in bar erfolgen. Außerdem besteht in Großbritannien die Einrichtung der Paketkarten nicht. Im weiteren wird für die Bestellung der Sendungen kein Bestellgeld erhoben. Das Bestellgeld ist in dem Porto einbegriffen. Durch diese Beschränkungen, den Wegfall der Paketkarten und des Bestellgeldes usw., bleibt die Verwaltung einer großen Arbeitslast enthoben, insbesondere fällt das Zuschreiben, Verrechnen und Nachprüfen des Portos und Bestellgeldes fort.

2. Tarife, Taxen.[1])

α) Post-Tarife.[2])

αα) Allgemeines.

Die deutsche Verwaltung hat zum Teil Gewichts- und Entfernungstarif, d. h. die Taxen werden entweder nach dem Gewicht und der Entfernung erhoben, oder zum Teil auch nur nach der Art der Sendungen (Postkarten und Kartenbriefe). Lediglich Gewichtstarif besteht für Briefe und Drucksachen, Geschäftspapiere und Warenproben. Im Orts- und Nachbarortsverkehr bestehen Ermäßigungen. Für Pakete und Wertsendungen ist ein Gewichts- und Entfernungstarif eingeführt. Der Tarif für Postanweisungen ist nach der Höhe des zu übermittelnden Betrages bemessen. Für Nachnahmen und Postaufträge hat Deutschland besondere Tarife für die Beförderung der Sendungen, für das Einziehungsgeschäft und die Übermittelung des eingezogenen Betrages. Außerdem

[1]) Vgl. Anl. 10.
[2]) Recueil pp. a. a. O., Post Office Guide a. a. O. und Sieblist a. a. O.

wird für Wertsendungen, Pakete und Postanweisungen im Falle der Bestellung ein Bestellgeld erhoben.

Von der russischen Verwaltung sind im allgemeinen die gleichartigen Tarife eingeführt, wie in Deutschland, abgesehen von den Ermäßigungen im Naehbarortsverkehr und davon, daß für den Ortsverkehr für Petersburg und Moskau ein höherer Tarif besteht.

Ganz anders sind die Tarife in Großbritannien. Für Briefe, Drucksachen und Pakete gibt es nur einen Gewichtstarif für das ganze vereinigte Königreich. Ermäßigungen für Orts- und Nachbarortsverkehr sind nicht eingeführt. Großbritannien besitzt sonach das einfachste Tarifsystem.

Die Höhe der Tarife sowie die Taxen für die verschiedenen Länder sind aus den Tabellen, Anl. 10, zu ersehen. Wie die Tabellen zeigen, hat Rußland die höchsten Taxen, dann folgt Großbritannien und Deutschland mit den niedrigsten.

Es soll nun der Versuch gemacht werden, die hauptsächlichsten Mehreinnahmen infolge der höheren Tarife zu schätzen.

$\beta\beta$) Gewöhnliche Tarife.

Briefverkehr[1]). Rußland. Das Porto für einen gewöhnlichen Brief bis zum Gewicht von 1 Lot ($12^3/_4$ g) beträgt im Inlandsverkehr 7 Kop. (15 Pf.), also 5 Pf. mehr als in Deutschland und rund 7 Pf. mehr als in Großbritannien. Die Zahl der portopflichtigen Inlandsbriefe ausschl. der Ortsbriefe beläuft sich nach der russischen amtlichen Statistik[2]) für 1910 auf rund 610 Millionen. Da nun das durchschnittliche Gewicht für einen portopflichtigen Brief nach der genannten Statistik auf 0,88 Lot berechnet ist, so würden für jeden Brief 7 Kop. Porto (15 Pf.) aufgekommen sein, das sind aber 5 Pf. oder 50 % mehr als in Deutschland und rund 7 Pf. oder 70 % mehr als in Großbritannien. Gegenüber der deutschen Postverwaltung hat also rechnerisch die russische

[1]) Die Statistiken kommen im allgemeinen auf Grund von Zählungen zustande, die von Zeit zu Zeit für einen kleinen Teil des Jahres (Monat, Wochen, Tage) gemacht werden, aus denen dann die Zahl für das Jahr berechnet wird, oder aber auf Grund von fortlaufenden Aufzeichnungen. Ob die russische Statistik als zuverlässig angesehen werden kann, darüber hat sich nichts ermitteln lassen.

[2]) Russ. Statistik f. 1910, a. a. O. Mitteilungen über das Gewicht der Inlandskorrespondenz.

eine Mehreinnahme von rund 30 Millionen Mark, höchstwahrscheinlich infolge der höheren Gebühren aber eine Verringerung des Verkehrs. Hierzu kommt noch eine Mehreinnahme aus Anlaß des höheren Ortsportos in Rußland von rund 6 bzw. 1,5 Pf. für das Lot. Diese ist bei dem geringen Umfang des Ortsverkehrs, es handelt sich um 48 Millionen Briefe, nicht bedeutend.

Großbritannien. Da in Großbritannien für Ortsbriefe keine Ermäßigung eingeführt ist, so hat seine Verwaltung aus diesem Grunde eine Mehreinnahme gegenüber der deutschen. Gegen die Einführung einer ermäßigten Taxe hat sich die britische Postverwaltung bisher immer gesträubt mit der Begründung, daß die Einführung einer solchen Taxe dem von der Postverwaltung seit mehr als 50 Jahren, seit der Rowland-Hillschen Porto-Reform befolgten Grundsatze, das Briefporto für den gesamten inländischen Verkehr nach einheitlichen Sätzen zu berechnen, widersprechen würde und daher nicht in Erwägung gezogen werden könne.[1]) Über den Ortsbriefverkehr ist für die deutsche Postverwaltung die letzte Statistik für die Jahre 1901 und 1902 veröffentlicht worden.[2]) Danach macht der Ortsbriefverkehr etwa den siebenten Teil des Gesamtbriefverkehrs aus. Welchen Ausfall die Einführung einer ermäßigten Ortstaxe für die britische Verwaltung allgemein zur Folge hätte, läßt sich sehwer beurteilen. Man muß sich darauf beschränken, nur für die größte Stadt, London, eine Schätzung zu machen, indem man von dem berliner Ortsverkehr auf den londoner schließt. Für den Ortsbriefverkehr im deutschen Reichspostgebiet ist im Jahre 1899 gelegentlich der Reichstagsverhandlungen bei der Beratung des Entwurfes eines Gesetzes, betr. einige Abänderungen von Bestimmungen über das Postwesen, für Berlin eine Schätzung erfolgt. Der durch Ermäßigung der Ortsbriefgebühr für Berlin von 10 Pf. auf 5 Pf. entstehende Ausfall ist auf $1^3/_4$ Millionen Mark angegeben worden.[3]) Für Großbritannien würde dieser Ausfall viel größer sein. Nimmt man für die damalige Zeit die Einwohnerzahl Berlins mit $2^1/_2$ Millionen an, so wäre bei einer doppelt so großen Einwohnerzahl Londons der Ausfall etwa $3^1/_2$ Millionen Mark. Nicht berücksichtigt ist dabei, daß der Ortsbriefverkehr durch die

[1]) Deutsche Verkehrszeitung a. a. O. 1902. S. 402.

[2]) Statistik a. a. O. 1902. S. 17.

[3]) Archiv a. a. O. 1899. S. 505.

große Zunahme des Fernsprechverkehrs im Orte eine ziemliche Abnahme erlitten hat; andererseits ist aber die Einwohnerzahl Londons bedeutend niedriger angenommen, als sie in Wirklichkeit ist.

Bezüglich der Postkarten ist darauf hinzuweisen, daß die britische Verwaltung sich bis vor kurzem den Herstellungspreis der Karten hat zahlen lassen und in Rußland für jede Inlandskarte 1,5 Pf. (33 %) mehr erhoben werden als in Deutschland.

Postanweisungsverkehr. Die Gebühren für die Postanweisungen sind in Großbritannien wie in Rußland ebenfalls höher als in Deutschland. Während wir in Deutschland die Tarifsätze 10, 20, 30, 40, 50 und 60 Pf. haben, sind die Sätze in Großbritannien mit 2, 3, 4, 6, 8 und 10 d. (16, 24, 32, 48, 64 und 82 Pf.) festgesetzt. Dabei sind die Stufen für die Postanweisungsbeträge anders abgegrenzt. Die unterste Stufe geht bis 1 £ (20,40 M.), die zweite bis 3 £ (61,20 M.), Postanweisungen über einen höheren Betrag als 3 £ kosten bereits 32 Pf., über 50 % mehr als bei uns. Wie oben schon erwähnt, muß dabei der Einlieferer den Einzahlungsschein an den Empfänger übermitteln. In Rußland ist der niedrigste Tarifsatz für Postanweisungen mit 15 Kop. (32 Pf.) bemessen für einen Betrag bis 25 Rbl. (54 M.), der nächste Satz ist 25 Kop. (54 Pf.) für einen Betrag bis 100 Rbl. (216 M.). Der Mehruntersehied gegenüber dem deutschen Tarif beläuft sich auf 50 bis 100 %. Auch bei den Postanweisungen soll die Mehreinnahme nach dem Durchsehnittsbetrage berechnet werden. In Rußland sind im Jahre 1910 befördert worden, im Inlandsverkehr, 38,8 Millionen Postanweisungen mit einem Gesamtbetrage von 2061 Mill. Rbl. Durchschnittlich lautete demnach eine Postanweisung über 38 Rbl. (82 M.). Das Porto für eine Postanweisung über diesen Betrag ist festgesetzt auf 25 Kop. (54 Pf.). Für eine Postanweisung über einen gleich hohen Betrag werden in Deutschland 20 Pf. erhoben. Eine Postanweisung über 82 M. ist also in Rußland 34 Pf. teurer als in Deutschland. Das ist für Rußland eine Mehreinnahme von rund 13 Millionen Mark.

Wertbriefverkehr. Während in Deutschland das Porto für Wertbriefe nur nach 2 Entfernungsstufen, bis 10 und über 10 geographische Meilen, auf 20 und 40 Pf. festgesetzt ist, wird in Rußland das Porto wie für gewöhnliche Briefe, nach der Höhe des Gewichts und der Entfernung, erhoben und zwar in Stufen von

1 Lot ($12^3/_4$ g) mit dem Satze von 7 Kop. (15 Pf.) im Fernverkehr und von 5 bzw. 3 Kop. im Ortsverkehr. Bei einem Durchschnittsgewicht von 2,48 Lot (im Jahre 1910) würde sich das Porto für einen Wertbrief in Rußland auf $3 \times 7 = 21$ Kop. (45 Pf.) im Fernverkehr und auf 3×5 Kop. = 15 Kop. (32 Pf.) im Ortsverkehr stellen. Der Unterschied des russischen Portos gegenüber dem deutschen ist demnach, abgesehen von den Briefen nach Orten im Umkreise von 10 geographischen Meilen, verhältnismäßig nicht groß, und die dadurch verursachte Mehreinnahme gering. Zu dem Porto kommt noch die Versicherungsgebühr, welche, wie bei dem Paketverkehr erwähnt, höher ist als die deutsche. Wenn nun auch in Rußland zur Sicherstellung des Wertbrief- und Paketverkehrs besondere Maßregeln getroffen werden müssen, und hiermit größere Kosten verknüpft sind, welche an der Mehreinnahme aus den höheren Sätzen abzuziehen sind, so dürfte gleichwohl der russischen Postverwaltung aus der höheren Versicherungsgebühr eine beträchtliche Mehreinnahme erwachsen.

Paketverkehr. Das Durchschnittsgewicht der portopflichtigen Pakete ohne Wertangabe in Rußland im Jahre 1910[1]) beträgt 6,23 Pfd. und das der Pakete mit Wertangabe 7,69 Pfd. Für ein Paket im Gewicht von 2—7 Pfd. werden in der ersten Zone im europäischen Rußland 45 Kop. (96 Pf.) erhoben. In Deutschland ist das Porto für ein gleich schweres Paket auf 50 Pf. festgesetzt, mithin 46 Pf. weniger. Für 4,5 Mill. Pakete ohne Wertangabe, welche im Jahre 1910 im Inlandsverkehr befördert worden sind, würde das ein Untersehied von rund 2 Mill. Mark ergeben. Ein höherer Betrag kann für die 5,2 Mill. portopflichtigen Pakete mit Wertangabe angenommen werden. Bei diesen kommt noch die Versicherungsgebühr hinzu. Die Gesamtwertangabe wird auf 228 Mill. Rbl. geschätzt. Ein Paket hätte also durchschnittlich einen Wertbetrag von 43 Rbl. Für diesen Betrag ist die Versicherungsgebühr festgesetzt auf 25 Kop. (54 Pf.), gegen Deutschland mehr 44 Pf. Der Mehrbetrag würde sich auf rund 2 Mill. Mark stellen.

Für Großbritannien läßt sich die Mehreinnahme nicht berechnen, da seine Postverwaltung über das Durchschnittsgewicht der beförderten Pakete keine Angaben veröffentlicht.

[1]) Russ. Statistik a. a. O. 1910. Mitteilungen über das Gewicht der Inlandskorrespondenz.

γ) Sondertarife. (Besondere Gebühren.)

Ihre Einnahmen haben sich die britische und russische Postverwaltung weiter dadurch erhöht, daß sie die Ausführung gewisser Leistungen von der Zahlung besonderer Gebühren abhängig machen.

Die britische Verwaltung hat die Zeiten, bis zu welchen Briefe usw. aufgeliefert sein müssen, um noch mit den nächsten Zügen, besonders den Abendzügen befördert zu werden, sehr früh gelegt. Zur Bearbeitung der Sendungen wird dadurch mehr Zeit gewonnen. Um nun dem Publikum entgegenzukommen, werden auch nach Eintritt der sogenannten Schlußzeit noch Sendungen zur Beförderung mit den nächsten Zügen angenommen, wenn für die Sendungen eine besondere Gebühr (late letter fee) entrichtet wird. Die Gebühr ist verschieden hoch. Sie richtet sich nach der Zeit der Auflieferung und nach der Lage des Bestimmungsortes der Sendung, je nachdem dieser im In- oder Auslande gelegen ist. Für gewöhnliche Briefe ist die Gebühr niedriger als für Einschreibbriefe. Sie schwankt zwischen $^1/_4$ d. und 1 sh. Im Falle der Nichtvorausbezahlung verdoppeln sich die Sätze. Wenn auch über die Zahl der Briefe, für welche die Spätlingsgebühren erhoben worden sind, Angaben nicht zu erhalten waren, so gelangt doch nach einer Mitteilung, welche uns aus englischen Geschäftskreisen zugegangen ist, eine ziemliche Zahl solcher Sendungen zur Auflieferung. Briefe, welche in die auf den Bahnhöfen aufgestellten Briefkasten eingelegt werden, unterliegen ebenfalls einer besonderen Gebühr von $^1/_2$ bis 1 d. Die Gebühren tragen dazu bei, den Verkehr in gewisser Hinsicht so zu regeln, wie es für die Allgemeinheit von Nutzen ist, und führen dabei der Postverwaltung eine Mehreinnahme zu für ihre besonderen Maßnahmen, die sie zu treffen hat, um die Ausführung der Leistungen sicher zu stellen.

Eine Einnahme, wie man sie in Deutschland und Rußland nicht kennt, bildet die Miete für Abholungsfächer. Die Abholung von Sendungen bei der Post wird abhängig gemacht von dem Mieten eines Faches. Die Miete beträgt zwischen 1 £ 1 sh. und 3 £ 3 sh. (in London und in den größeren Städten) und ist im voraus zu entrichten. Die Höhe der Gebühr richtet sich nach der Größe des Amtes. Wer kein Fach gemietet hat und seine Sendungen abholen will, muß — vorausgesetzt, daß er diese postlagernd

adressieren lassen darf — für jede Nachfrage 3 d. zahlen, unabhängig davon, ob Sendungen vorliegen oder nicht. Für das Zustellen in verschließbaren Taschen sind ebenfalls besondere Gebühren zu entrichten. Die Gebühren setzen sich zusammen aus der Miete für Taschen, eine Gebühr für das Überbringen der Tasche durch den Landbriefträger und unter Umständen noch aus einer Taschen- und Beförderungsgebühr, falls die Tasche mit Reit- oder Fahrgelegenheit zugestellt wird. Trotz der hohen Fachmieten und Taschengebühren wird von dem Abholen und der Zusendung mittels Taschen viel Gebrauch gemacht. Die Einnahmen aus diesen Gebühren sollen in einzelnen Städten so bedeutend sein, daß damit das ganze Ausgabe- und Bestellpersonal bezahlt werden kann. Das wird ja etwas übertrieben sein, immerhin dürfte feststehen, daß die britische Postverwaltung aus diesen Gebühren eine bedeutend größere Einnahme erzielt als die deutsche, die nur unbedeutende, verhältnismäßig billige Sondertarife hat (für dringende Pakete, Schließfächer für Abholer, Taschen, Auflieferung außerhalb der Schalterdienststunden usw.). Ferner muß darauf hingewiesen werden, daß in Großbritannien in jedem Falle für Postlagerpakete eine Gebühr in Höhe von 1 d. für jeden Tag erhoben wird, höchstens jedoch eine Gebühr von 1 sh. 5 d. In Rußland wird eine Lagergebühr von 5 Kop. für jedes Paket und jeden Tag nur für solche Pakete erhoben, welche nicht rechtzeitig abgeholt werden.

β) Telegraphen-Tarife.[1])

Wie bei den Posttarifen bestehen auch bei den Telegraphentarifen der drei Länder Verschiedenheiten, zwischen Deutschland und Großbritannien weniger groß als zwischen diesen Ländern und Rußland. In Deutschland und Großbritannien ist die Worttaxe eingeführt mit einem Mindestsatz für 10 und 12 Worte. Rußland hat neben der Wort- noch eine Grundtaxe, dagegen keinen Mindestsatz. In Deutschland und Rußland bestehen ermäßigte Sätze für Stadttelegramme, während in Großbritannien nur der Presse Ermäßigungen[2]) zugestanden worden sind.

Abgesehen vom Ortsverkehr[3]) beträgt in Deutschland die Ge-

[1]) Post Office Guide a. a. O.
[2]) The Post Office a. a. O. S. 75.
[3]) 3 Pf. und 1 Kop. (2 Pf.) für das Wort.

bühr für 1 Wort 5 Pf., in Großbritannien $^1/_2$ d. (rund 4 Pf.) und im europäischen Rußland 5 Kop. (10 Pf.), innerhalb Finnlands 10 Penni ($2^1/_2$ Kop.). Die Telegrammgebühren sind also in Deutschland und Großbritannien annähernd gleich hoch. Großbritannien hat eine kleine Mehreinnahme, welche durch das Fehlen eines ermäßigten Ortstarifs veranlaßt ist, aber wiederum eine Mindereinnahme infolge der Ermäßigung für Zeitungstelegramme, die einen Einnahmeausfall von 225000 £ verursachen soll.[1]) Die Grundtaxe in Rußland beläuft sich auf 15 Kop. (32 Pf.). Danach würde ein Telegramm von 10 Worten nach außerhalb in Deutschland 50 Pf., in Großbritannien 51 Pf. und in Rußland 65 Kop. (15+50 Kop.) (1 M. 40 Pf.) kosten. Die russischen Telegrammgebühren sind demnach über doppelt so hoch wie die deutschen und britischen. Ein Teil dieser höheren Gebühren dürfte in der geringeren Frequenz und der größeren Länge der Leitung seine Begründung finden. Der andere Teil stellt im Verhältnis zu Deutschland und Großbritannien eine Mehreinnahme dar.

In dem Unterschied zwischen dem britischen und deutschen Tarif kann bei seiner Geringfügigkeit ein wesentlicher Grund für eine größere Einnahme nicht liegen.

γ) Fernsprech-Tarife.[2])

Bei dem ganz verschiedenen Umfang des Fernsprechwesens in den drei Gebieten fällt die Höhe der Tarife weniger ins Gewicht für die Größe der Einnahme.[3]) Gerade die deutsche Verwaltung, bei welcher die Tarife am niedrigsten sind, hat die größte Ausdehnung des Fernsprechwesens (vgl. Anl. 7) und die stärkste Frequenz (vgl. Anl. 6) aufzuweisen. Dessenungeachtet ist es zur Beurteilung der Tarifsätze angebracht, auf die Art und die Normierung der Tarife kurz einzugehen. Bei den Tarifen ist zu unterscheiden zwischen den Gesprächsgebühren für die Benutzung von Verbindungsanlagen von Ort zu Ort und den Gebühren für den Anschluß eines Teilnehmers an eine Fernsprecheinrichtung. Die Sätze für die Gesprächsgebühren sind nach der Gesprächs-

[1]) The Post Office a. a. O. S. 77.

[2]) Günther, Die europäischen Fernsprechgebührentarife a. a. O.

[3]) Während in Deutschland ausschließlich Staatsbetrieb besteht, liegt der Betrieb in Großbritannien und Rußland auch in Händen von Privatgesellschaften, in Rußland überwiegend.

dauer und nach der Entfernung festgesetzt. Für die Gesprächsdauer ist das Zeitmaß (Zeiteinheit) auf 3 Minuten bemessen. Für die Entfernung sind bei der deutschen und britischen Verwaltung Stufen eingeführt, welche verschieden groß sind, während die russische Verwaltung für die ganze Fernsprechlinie eine Gebühr festgesetzt hat. Bei der ganz geringen Zahl der Linien, die Rußland besitzt, würde es zu weit führen, auf die Gebühren näher einzugehen[1]). Die deutsche Verwaltung hat verschieden große Entfernungsstufen, und zwar bis 25, 50, 100, 500, 1000 und über 1000 km (mit den Sätzen 20, 25, 50 Pf., 1 M., 1,50 M., und 2 M.). Bei der britischen Verwaltung bestehen Entfernungsstufen von 25 und 40 Meilen (40 und 64 km), für Entfernungen bis und über 100 engl. Meilen (161 km) mit den Sätzen von 3 und 6 d. (rund 25 und 51 Pf.). Mithin ist in Großbritannien der Entfernung mehr Rechnung getragen als bei uns, und außerdem sind die Sätze höher bemessen.

Bei dem Anschluß eines Teilnehmers an ein Ortsfernsprechnetz gibt es zwei Gebührenformen, eine einheitliche jährliche Pauschgebühr und eine Grund- und Gesprächsgebühr. Beide Formen sind in Großbritannien und Deutschland eingeführt. Für die Höhe der Pauschgebühr ist in Deutschland die Zahl der Fernsprechteilnehmer in dem betr. Orte ausschlaggebend, in Großbritannien hingegen die Entfernung des Hauptanschlusses vom Fernsprechamt (jährlicher Mindestsatz von 163 M. für eine Entfernung bis zu 1 Meile (1,6 km) und einem Satze von 25 M. für jede weitere Viertelmeile (0,4 km), für London jedoch 348 M. innerhalb 2 Meilen (3,2 km) und 31 M. für jede weitere Viertelmeile. Bei der deutschen Form wird also der Umfang des Betriebes und die Größe der Möglichkeit mit Teilnehmern in Verbindung zu treten zugrunde gelegt, in England jedoch ist die Entfernung für die Höhe der Sätze maßgebend. Bei der Grundgebühr ist in Deutschland ebenfalls wie bei der Pauschgebühr nur die Teilnehmerzahl des betr. Ortes bestimmend, während in Großbritannien in neuerer Zeit die Jahresgrundgebühren sich nach der Zahl der jährlichen Verbindungen richten.

Bei dem großen Unterschied in den Roheinnahmen aus dem Fernsprechbetrieb — im Jahre 1910 deutsche Reichspostverwaltung rund 127, britische 38 und russische nur 7 Mill. Mark —

[1]) Gebühren: 30 Kop. (65 Pf.) bis $1^1/_2$ Rbl. (3,24 M.).

kann die Mehreinnahme aus Anlaß höherer Gebühren bei der britischen Verwaltung gegenüber der deutschen verhältnismäßig nur gering sein.

Die Billigkeit des deutschen Tarifes hat jedenfalls zu einer größeren Ausdehnung des Fernsprechnetzes und zu einer stärkeren Frequenz beigetragen. Ob sich der hierdurch bedingte Aufwand bezahlt macht, ist eine Frage, deren Beantwortung nicht zu unserer Aufgabe gehört, ebenso wie die Frage, ob Pausch- oder Einzelgebühr das Richtige ist. Das Streben der deutschen Verwaltung geht dahin, jeden Teilnehmer möglichst in dem Maße zur Zahlung von Gebühren heranzuziehen, wie er den Fernsprecher benutzt.

3. Portofreiheiten, Portovergünstigungen und unentgeltliche Leistungen für andere Verwaltungen.

Die Portofreiheiten haben je nach ihrem Umfange für die Verwaltung einen mehr oder weniger großen Einnahmeausfall zur Folge. Portofreiheiten bestehen in den drei Ländern unserer Betrachtung, jedoch nicht in gleichem Maße. In Großbritannien steht Portofreiheit nur dem König, der Königin und der Königin-Witwe[1]) zu, in Deutschland sämtlichen regierenden Fürsten der Bundesstaaten, sowie ihren Gemahlinnen und den Witwen der Fürsten[2]). Ferner genießen die deutschen Reichsbehörden diese Vergünstigung in reinen Reichsdienstangelegenheiten. In Rußland ist bis zum Jahre 1905 außer der Korrespondenz der Fürstlichkeiten auch die gesamte Korrespondenz aller Staatsbehörden portofrei befördert worden.[3]) Von diesem Jahre ab ist die Portofreiheit etwas beschränkt worden (Wegfall der Portofreiheiten für die staatlichen Wohltätigkeits- und landwirtschaftlichen Einrichtungen und Lehranstalten).[4]) Trotzdem umfaßt das Portofreiheitswesen in Rußland immer noch einen weit größeren Kreis als in Deutschland. Über den Wert der Portofreiheiten werden von der deutschen und russischen Postverwaltung weder in den Etatsvoranschlägen noch in der Rechnung Angaben aufgenommen. In den

[1]) Hatschek Bd. 1, S. 651.

[2]) Portofreiheitsgesetz v. 5. 6. 69 (B. G. Bl. 141) u. Regulativ des vormaligen Generalpostmeisters v. 15. Dez. 1869.

[3]) Archiv 1881, a. a. O. S. 687.

[4]) Entwurf des russ. Reichsbudgets 1907, a. a. O. S. 53 und 1908 S. 52. Ges. v. 16. Juni 1905.

Jahren 1903 und 1906[1]) sind portofrei befördert worden von der deutschen Postverwaltung 58 und 69 Millionen Briefe bei einer Gesamtzahl von 1422 und 1743, von der russischen Postverwaltung dagegen 90 und 113 Millionen Briefe bei einer Gesamtzahl von 303 und 444 Millionen Briefen.[2]) Die Zahl dieser Briefe macht für Rußland im Jahre 1906 also etwa den vierten Teil aller Inlandsbriefe aus, im deutschen Reichspostgebiet den fünfundzwanzigsten. Hierzu kommt für Rußland, daß das Durchschnittsgewicht eines portofreien Briefes dreimal so groß ist als das eines portopflichtigen Briefes (2,9 gegen 0,8 Lot).[2]) Für 90 und 113 Millionen portopflichtiger Briefe in diesem Gewicht wären zu entrichten nach dem Satze von 7 Kop. (15 Pf.) für ein Lot 3×7 Kop. = 21 Kop. × 90 und 113 Millionen Kop. oder 18,9 und 23,6 Millionen Rubel (40 und 48,7 Millionen Mark). Der Wert der deutschen Portofreiheiten ist im Jahre 1905 mit 15—16 Millionen Mark geschätzt worden[3]). Angaben für spätere Jahre liegen nicht vor. Zur Schätzung des Wertes der britischen Portofreiheiten waren Unterlagen leider nicht zu erhalten, und ihr Unterschied gegenüber den deutschen und russischen ist daher in Ziffern nicht auszudrücken. Immerhin steht aber fest, daß die russische und deutsche Postverwaltung durch die Portofreiheiten ganz entschieden eine größere Mindereinnahme haben als die britische Postverwaltung.

Über die Höhe des Wertes der Vergünstigungen, welche Personen des Soldatenstandes und der Marine gewährt werden, haben sich Angaben nur für Deutschland finden lassen. Für die deutsche Postverwaltung beträgt im Frieden der Wert nach einer Schätzung von Ullrich 3 Millionen Mark.[3]) Wie hoch der zahlenmäßige Wert der in Großbritannien und Rußland bestehenden Portovergünstigungen[4]) ist, läßt sich nicht beurteilen. Mit Rücksicht auf die in Deutschland ganz bedeutend geringere Zahl der Analphabeten unter den Personen des Soldatenstandes und der damit verbundenen größeren Postfrequenz wird man aber annehmen können, daß auch der Einnahmeausfall in Deutschland

[1]) Statistik der deutschen Reichs-Post- u. Telegraphenverwaltung für 1903 und 1906 S. 13 bz. S. 15.

[2]) Statistik der russischen Post- und Telegraphenverwaltung. Mitteilungen über das Gewicht der Inlandskorrespondenz.

[3]) Ullrich S. 58. Archiv 1905 S. 175.

[4]) Archiv 1884 S. 37 Portovergünstigungen.

größer ist als in Großbritannien und Rußland. Für unsere Betrachtung müssen unter diesen Umständen die Portovergünstigungen ausscheiden.

Es bliebe nun noch auszuführen, ob die Höhe der rechnungsmäßigen Reineinnahmen der deutschen und britischen Postverwaltung durch die Leistungen berührt wird, welche unentgeltlich für andere Verwaltungen ausgeführt werden. Oben ist bereits dargelegt worden, daß der Wert dieser Leistungen bei der deutschen Postverwaltung nicht in Rechnung gestellt wird und für die britische Verwaltung bei unserem Vergleich unberücksichtigt bleibt. Hier soll nun auf den Wert, den diese Leistungen darstellen, eingegangen werden. Über den Wert, welcher auf die Mitwirkung der deutschen Postverwaltung bei der sozialen Gesetzgebung veranschlagt ist, sind u. W. Angaben amtlich nicht bekannt gegeben. Hinsichtlich des Wertes liegen nur nichtamtliche Schätzungen vor. Nach Finster belief er sich für das Jahr 1905 auf 8,9 Millionen[1]), nach Ullrich für das Jahr 1906 auf 10,9 Millionen Mark[2]). Unter Zugrundelegung der Steigerung, die in der Zeit von 1903 bis 1906 stattgefunden hat, ist der Wert für das Jahr 1910 auf rund 13 Millionen Mark zu veranschlagen. Bei der britischen Postverwaltung wird, wie oben angegeben, der Wert der Gebühren für die Leistungen, welche von ihr für andere Verwaltungen (Departments) ausgeführt werden, geschätzt. Für das Jahr 1901 ist der Wert mit 6,3 Millionen Mark angegeben. Von da ab ist der Betrag jährlich gestiegen, und zwar bis zum Jahre 1910 auf 12,2 Millionen Mark. Zu bemerken ist, daß die britische Postverwaltung in ihren jährlichen Wirtschaftsübersichten sich die Beträge in Einnahme stellt,[3]) dagegen werden die Beträge in die Rechnungen nicht aufgenommen. Über den Wert der bezeichneten Leistungen wird jährlich eine Zusammenstellung aufgestellt und den Etatsvoranschlägen beigefügt. In dieser sind etwa 70 Departments mit Beträgen von 1 £ bis 97000 £ (20,40 M. bis 1,97 Millionen Mark) aufgeführt. Die Gebühren für das Post-Sparkassen-Department und die Government Departments sind in dieser Zusammenstellung nicht enthalten, sie werden als „Appropriations in Aid" behandelt d. h. an den Ausgaben abgesetzt. Bei den Etats der einzelnen Departments wird der Wert der Leistungen der Postverwaltung nachrichtlich vermerkt.

[1]) Finster a. a. O. S. 51.
[2]) Ullrich a. a. O. S.62.
[3]) Reports a. a. O. Appendix.

Nach diesen Ausführungen wird das finanzielle Ergebnis der deutschen und russischen Postverwaltung durch die Portofreiheiten, Portovergünstigungen und unentgeltlichen Leistungen wesentlich beeinträchtigt.

B. Ursachen des Unterschiedes in der Höhe der Ausgaben.

a) Allgemeines.

Die Ausgaben setzen sich zusammen aus den Kosten für Aufwendungen, die zum Unterhalt des Betriebes notwendig sind, bei der deutschen und britischen Postverwaltung ferner aus den Pensionen, welche an die ausgeschiedenen Beamten usw. der Postverwaltung zu zahlen sind, und bei der deutschen schließlich auch aus den Witwen- und Waisengeldern.

Auf die Kosten des Betriebes können zunächst einmal Eigentümlichkeiten der allgemeinen Verkehrsverhältnisse Einfluß haben. Ferner sind die Kosten abhängig von der ganzen Organisation des Betriebes sowie von der Art und dem Umfang der Geschäfte, die von der Verwaltung zur Ausführung übernommen werden.

b) Allgemeine Verkehrsverhältnisse.

Als eine Eigentümlichkeit der allgemeinen Verkehrsverhältnisse sowohl in Großbritannien als auch in Rußland ist die Beschränkung des Geschäftslebens auf die Werktage anzusehen. Sie ist eine Folge der Sonntagsruhe. Diese hat sich in Großbritannien viel stärker entwickelt und auf weitere Kreise ausgedehnt als bei uns.[1]) Es ist daher nicht erstaunlich, daß die Postverwaltung von der größeren Sonntagsruhe auch betroffen wird. Die Leistungen, welche von der britischen Post an Sonn- und Feiertagen ausgeführt werden, sind in viel größerem Maße beschränkt als in Deutschland. Die Postschalter sind nur einmal, bei uns im allgemeinen zweimal, geöffnet und bloß für den Verkauf von Postwertzeichen, zur Annahme von Einschreibsendungen

[1]) Das erste Gesetz über Sonntagsruhe ist bereits unter Karl I. i. J. 1625 erlassen worden. (Hatschek, Bd. 2, S. 201.)

und Ausgabe von Briefen und Zeitungen.[1]) Eine Annahme von Postanweisungen findet im Gegensatz zu unserem Schalterverkehr nicht statt. In London sind die Schalter nur bei größeren Ämtern geöffnet. Auch in den Provinzstädten werden sie nur bei den Hauptämtern zeitweise offen gehalten, nicht aber bei den Town Sub-Offices. Bei den Sub-Offices in den Provinzen sind die Schalter $1^1/_2$ bis 2 Stunden vormittags geöffnet. Der Bestelldienst ist ebenfalls mehr oder weniger beschränkt. In London findet keine Briefbestellung statt, in den Provinzen meistens nur einmal. Sendungen an Bewohner auf dem Lande werden nur in vereinzelten Fällen bestellt. In Großbritannien kann übrigens jedermann verlangen, daß ihm an Sonn- und Feiertagen seine Post überhaupt nicht zugestellt wird. Über die Einrichtung und Aufhebung der Sonntagsbestellung nach Landorten haben die Gemeinden zu beschließen. Der Beschluß muß mindestens mit einer Mehrheit von zwei Drittel Stimmen gefaßt sein. Bedingung für die Ausführung der Bestellung ist, daß die Gemeinde sich verpflichtet, die Kosten der Sonntagsbestellung zu tragen.

Durch die Diensteinschränkung an Sonn- und Feiertagen werden sowohl der britischen wie der russischen Postverwaltung erhebliche Kosten hauptsächlich an Personal erspart. Die Ersparnis der russischen Verwaltung dürfte infolge der in Rußland größeren Zahl der Feiertage noch bedeutender sein, als die der britischen. Höher als diese Ersparnisse sind diejenigen, welche durch die Organisation des ganzen Betriebes erzielt werden.

c) Organisation der deutschen, britischen und russischen Postverwaltung.

1. Organisation der eigentlichen Verwaltung und des Absatzes.

Die Organisation der eigentlichen Verwaltung bei der Post und Telegraphie ist in Deutschland und Rußland etwa gleich. Unter der Zentralverwaltung haben wir in diesen Ländern sogenannte Provinzialbehörden. In Deutschland sind dies die Oberpostdirektionen und in Rußland die Post- und Telegraphendirektionen, nur mit dem Unterschied, daß die russischen Direktionen einen größeren Bezirk haben. Das deutsche Reichspostgebiet umfaßt 41, Rußland nur 29 Bezirke und je 1 selbständige

[1]) Sieblist, a. a. O. S. 98.

Stadtpost- und Stadttelegraphenverwaltung (in Petersburg und Moskau). An der Spitze der Bezirke steht in Deutschland ein Ober-Postdirektor, in Rußland ein Chef. Diesen Provinzialverwaltungen sind in beiden Ländern die Lokalanstalten unterstellt. In Großbritannien fehlt das Zwischenglied zwischen Zentralverwaltung und Lokalanstalten. Dafür sind aber in den drei Provinzial-Hauptstädten den Hauptpostämtern größere Befugnisse erteilt. In dem letztgenannten Lande sind die Postanstalten seit dem Jahre 1710 (unter der Königin Anna) dem General-Post-Office unmittelbar unterstellt.[1]) Zur Überwachung des Dienstes sind 16 Postbezirke eingerichtet für je einen sogenannten „Surveyor". Da die britische Post in Europa seit dem obengenannten Jahr dasselbe Gebiet umschließt, also keine Gebietserweiterung zu verzeichnen hat, im Gegensatz zu der deutschen Post, welche 14 verschiedene Postverwaltungen in sich aufgenommen hat, und ihr Betrieb in der Hauptsache nur den Briefverkehr umfaßt, zu dem später Postanweisungs- und Paketverkehr hinzugekommen sind, scheint es natürlich, daß sie keinen so großen Verwaltungsapparat erfordert und daher weniger Kosten verursacht, als die deutsche und russische. Wieviel die Ersparnis, die auf diese Weise erreicht wird, ausmacht, kann auch nicht schätzungsweise angegeben werden, da die Kosten für die Verwaltung und den Betrieb in der britischen Wirtschaftsübersicht[2]) nicht getrennt angegeben werden und weder aus den Voranschlägen, noch aus der Hauptrechnung zu ersehen sind.

Mehr als durch die Verwaltungsorganisation dürfte durch die Organisation des Absatzes (Organisation der Lokalanstalten) an Kosten gespart werden, sowohl von der britischen als auch von der russischen Verwaltung. Wie im gewöhnlichen Leben größere Fabriken und Geschäfte an ihrem Wohnsitz, oder an anderen Plätzen teils eigene Niederlagen teils nur Vertretungen haben und diese bald durch Angestellte verwalten lassen oder ihre Verwaltung an andere Personen, die ein eigenes Geschäft betreiben oder einem anderen Berufe nachgehen, übertragen haben, so lassen auch die Postverwaltungen ihre Anstalten entweder durch eigene Beamte verwalten, oder sie haben die Verwaltung an andere Personen übertragen, die der Verwaltung

[1]) Stephan, Geschichte der preuß. Post, a. a. O. S. 610.
[2]) Appendix z. d. Reports a. a. O.

fernstehen und die Geschäfte der Post im Nebenamte besorgen. Je einfacher die Geschäfte sind, mit welchen sich die betr. Postverwaltung befaßt, in desto größerem Maßstabe wird sich die Heranziehung von Nichtberufsbeamten zur Verwaltung von Anstalten ermöglichen lassen. Es ist daher erklärlich, daß in Großbritannien, wo in früherer Zeit nur Brief- und Postanweisungsverkehr eingeführt war und erst in den achtziger Jahren der Paketverkehr hinzugetreten ist, und die Geschäfte somit einfacher sind als in Deutschland und Rußland, die Zahl der Anstalten, welche von Nichtberufsbeamten verwaltet werden, größer ist als in Deutschland und Rußland.

In Deutschland werden die Anstalten eingeteilt in Post-, Telegraphen- und Fernsprechämter, sowie in Postagenturen.[1]) Eine weitere Art von Einrichtungen, die Posthilfstellen, welche nicht als eigentliche Postanstalten von der Postverwaltung betrachtet werden, kann bei unserer Betrachtung ausscheiden. Die Postämter werden von Berufsbeamten verwaltet. Die Verwaltung der Postagenturen ist Nichtberufsbeamten übertragen. Diesen, welche die Bezeichnung „Postagenten“ führen, wird eine Vergütung für ihre Mühewaltung gewährt, welche gleichzeitig eine Entschädigung für die mit dem Amte verbundenen Dienstausgaben sein soll. Die Postagenturen vermitteln den gesamten Post-, Telegraphen- und Fernsprechdienst. Sie sind Postämtern, Abrechnungspostanstalten, unterstellt. Diese besorgen für die Agenturen die Abrechnungsgeschäfte. Die Postagenturen bestehen erst seit 1871. Bis dahin gab es nur Ämter und Expeditionen. Neben den Postämtern und Postagenturen gibt es noch Zweigämter, die nur Geschäftstellen der Postämter sind.

In Großbritannien bestehen drei Arten von Postanstalten (Post Offices), Hauptämter (Head Offices), Unterämter (Sub-Offices), die im Bezirke eines Hauptamtes liegen und diesem unterstellt sind, und Zweigpostanstalten (Branch Post Offices). Außer diesen Anstalten sind noch Sortierpostämter (Sorting-Offices) eingerichtet. Diese haben keinen Annahmedienst. Sie besorgen nur die Bearbeitung der aufgelieferten und eingegangenen Sendungen einschließlich deren Bestellung. Den Sortierpostämtern ist ein Briefkasten-Leerungsbezirk zugeteilt. Innerhalb ihres Bezirkes wird von ihnen aus auch die Leerung der Briefkasten der Unter-

[1]) Allgem. Dienst-Anw. Abschn. I. a. a. O.

ämter und der Zweiganstalten bewirkt. Am Postanweisungs-, Sparkassen- und Telegraphendienst nehmen nicht alle Anstalten teil. Unsere Postagenturen aber haben, wie vorher gesagt, sämtlich Postanweisungs- und Telegraphendienst. Der Dienst bei den Hauptämtern, den Zweigämtern und den Sortierämtern wird von Berufsbeamten versehen.

Auf die Einrichtung der Sub-Offices soll etwas näher eingegangen werden.

Die Sub-Offices[1]) sind Postanstalten ähnlich unseren Postagenturen. Ihr Vorsteher ist kein Fachbeamter; er versieht den Postdienst im Nebenamte und widmet nur einen Teil des Tages dem Postdienst. Die Verwaltung einer Sub-Office wird für gewöhnlich einem Kaufmann, Papierwarenhändler usw. oder einem Gewerbetreibenden übertragen, niemals aber einem Gastwirt. Von der Einrichtung von Sub-Offices macht die britische Verwaltung einen viel größeren Gebrauch, als die Reichspostverwaltung von der Einrichtung der Postagenturen. Viele Sub-Offices bestehen in Städten,[2]) bei uns befinden sich die Postagenturen zum allergrößten Teil auf dem Lande. Die Sub-Offices befassen sich nur mit dem Annahme- und zum Teil auch mit Telegraphendienst, nicht aber mit dem Abfertigungs-, Entkartungs- und Bestellungsdienst. Postanweisungs- und Sparkassendienst hat nur ein Teil von ihnen. Sie haben also einen bedeutend geringeren Geschäftsumfang als unsere Postagenturen. Wie schon erwähnt, sind die Sub-Offices einem Haupt-Postamt, Head Office, unterstellt.

Die Vorsteher der Sub-Offices, Sub-Postmaster, beziehen eine feste Vergütung, aus der sie auch etwaige Hilfskräfte zu bezahlen haben. Die Höhe der Vergütung wird alljährlich nach einer nicht veröffentlichten Skala bemessen, jedoch nicht nur nach dem Umsatz, sondern auch nach den wirklichen Leistungen, und zwar nach Einheiten berechnet. Die Vergütung wird gewährt für die Annahme von eingeschriebenen Sendungen, den Verkauf von Postwertzeichen, Stempelbogen und Scheinen zur Erhebung der Inland Revenue (Jagdscheine usw., den sogenannten Lizenzen), die Annahme von Paketen, die Verpflichtung zur Hergabe von Räumen und Möbeln sowie von Licht und Feuerung. Neben

[1]) Journal officiel a. a. O. p. 297—299.

[2]) In London bestanden im Jahre 1910 900 Sub-Offices.

der festen Vergütung werden den Unterpostmeistern nach bestimmten Sätzen Vergütungen für die anderen Dienstzweige (Postanweisungs- und Postsparkassendienst sowie für den Telegraphendienst) gewährt.

Den Unterpostmeistern, welche zum allergrößten Teil Geschäftsleute sind, bietet sich noch der Vorteil, daß sie durch den Postbetrieb gewissermaßen Reklame machen, (zumal da bekannt ist, daß sie der Postverwaltung Kaution stellen müssen), ihren Kundenkreis erweitern und damit ihren Absatz vergrößern können. Daher kann bei ihnen auch kein Bestreben aufkommen, festbesoldete Beamte zu werden, wie bei unseren Postagenten.

Die Unterpostmeister haben, wie oben erwähnt, für Diensträume, Möbel und auch für die Hilfskräfte zu sorgen. Die Postverwaltung erspart sich infolgedessen nicht allein Kosten (Anlage- und Unterhaltungskosten, Löhne für Hilfskräfte), sondern, was noch höher zu schätzen ist, auch die ganze Arbeit, die damit zusammenhängt.

Die Ersparnis, welche von der britischen Verwaltung auf diese Weise erreicht wird, läßt sich nicht bestimmt beurteilen. Jedenfalls ist sie aber bedeutend. Soweit das Personal in Betracht kommt, kann man sich eine Vorstellung machen, wenn man bedenkt, daß nach einer Erhebung vom 1. Dezember 1893 in London bei den Sub-Offices 2340 Personen beschäftigt waren, für welche die Verwaltung nicht zu sorgen hatte. Darunter waren 1457 durch die Unterpostmeister angenommene Personen (386 männl. und 1071 weibl.) und 883 Unterpostmeister.

Zur Beurteilung der Leistungen der Sub-Offices in London ist einiges Material, allerdings etwas älteres aus dem Jahre 1893 vorhanden. Es rührt aus einem Berichte her, welcher im Jahre 1898 der französischen Kammer vorgelegt wurde.[1]) Damals gab es in London 107 Ämter und 883 Sub-Offices. Bei diesen wurden aufgegeben und zwar

	bei den staatl. Ämtern	bei den Sub-Offices
Sendungen	259 Millionen	240 Millionen
Postkarten	14 „	72 „

Die Sub-Offices haben sonach einen ganz bedeutenden Anteil von dem Verkehr bewältigt. Wenn aber dieser Anteil für London schon groß ist, so darf man wohl daraus schließen, daß

[1]) Journal officiel 1898 a. a. O. Annexe No. 19. p. 297—299.

sie auch in den Provinzen einen bedeutenden Teil des Verkehrs abwickeln.

Rußland hat für den Verkehr mit dem Publikum zunächst Post- und Telegraphenanstalten (Postämter, Zweigämter und Postfuhrstationen), bei denen der Dienst von Berufsbeamten usw. versehen wird (im Jahre 1910 5739). Neben diesen Anstalten bestehen noch Einrichtungen, ähnlich, wie die Postagenturen in Deutschland und die Sub-Offices in Großbritannien. In Rußland sind nämlich die Geschäfte der Postanstalten teilweise auch den Gemeinde- und Kosaken-Dorfverwaltungen sowie Eisenbahnstationen übertragen. Im Jahre 1910 bestanden über 7300 solcher Anstalten.[1]) Von diesen Ablagen befaßt sich ein Teil mit der Annahme und Ausgabe der Postsendungen jeder Art unter Einschränkung für Wertsendungen und Postanweisungen, ein anderer Teil darf nur die einfache Korrespondenz annehmen. Die Zahl der Anstalten der ersten Art beläuft sich auf über 1900, die der zweiten Art auf 5400. Das Eigentümliche bei diesen Anstalten ist, daß für die Ausgabe der Sendungen eine besondere Gebühr von dem Empfänger erhoben wird. Bei den Dorfverwaltungen wird die Höhe dieser Gebühr von den Gemeindevertretungen festgesetzt. Die Gebühr darf nicht mehr als 3 Kop. betragen für Briefe und Postkarten.[2]) Für Drucksachen ist sie auf 1 Kop. und für Zeitungen auf monatlich 5 Kop., jährlich 60 Kop. bemessen. Bei den Eisenbahnstationen wird eine Gebühr von 3 Kop. erhoben, die Ausgabe von Zeitungen erfolgt unentgeltlich. Die Kosten der Unterhaltung dieser Anstalten sind sonach von den Empfängern zu tragen, dabei müssen diese sich aber noch zur Postanstalt bemühen und ihre Sendungen abholen. Auch die russische Verwaltung hat es also verstanden, sich die Kosten für die Unterhaltung der Postanstalten möglichst gering zu gestalten.

Um beurteilen zu können, in welchem Umfange Nichtberufsbeamte an der Verwaltung von Postanstalten in den drei Ländern beteiligt sind, seien noch einige Angaben gemacht. In dem deutschen Reichspost- und Telegraphenbetrieb gab es im Jahre 1910 34417 Postanstalten,[3]) darunter waren 18868

[1]) Russ. Post- u. Telegr. Stat. 1910. a. a. O.

[2]) Sieblist, a. a. O. S. 262—270.

[3]) Statistik der deutsch. Reichs-, Post- u. Telegr.-Verwaltung 1910. a. a O. S. 9.

Hilfstellen. Von den 15549 eigentlichen Postanstalten wurden 5236 durch Berufsbeamte und 10313 durch Postagenten verwaltet. In Großbritannien waren um dieselbe Zeit 24042 Postanstalten vorhanden; 1659 von diesen hatten Berufsbeamte als Vorsteher, und von 22383 war die Verwaltung an Nichtberufsbeamte übertragen (6,9 und 93,1%). Die Prozentsätze für Deutschland sind 33 und 66,4. Die russische Postverwaltung hatte im Jahre 1901 43,5% Anstalten durch Berufsbeamte und 56,4% durch andere Personen verwalten lassen, im Jahre 1910 43,2 und 56,2%.

Die britische Postverwaltung hat also bedeutend mehr Nichtberufsbeamte zur Verwaltung ihrer Verkehrsanstalten herangezogen wie die deutsche und russische und hat infolgedessen auch weniger Ausgaben für die Einrichtung und Unterhaltung der Postanstalten.

2. Organisation des Betriebes.

a) Bedeutung der Art der Geschäfte für die Einrichtung des Betriebes.

Bei dem Betrieb kommt es vor allem auf die Leistungen an, die auszuführen sind. Wie wir oben gesehen haben, hat die schwierigsten Geschäfte die deutsche Postverwaltung, weniger schwierig sind die Geschäfte der russischen und am einfachsten sind die Geschäfte der britischen Postverwaltung. Bei dieser ist das bei weitem bedeutendste Geschäft der Briefverkehr. Ihre anderen Geschäfte sind durch gewisse Beschränkungen weniger umständlich und damit leichter ausführbar gemacht worden. Es sei nochmals hingewiesen auf das niedrige Meistgewicht der Drucksachen und Pakete, auf die größere Begrenzung des Umfangs der Pakete, auf das Fehlen der Paketkarten, auf das Bekleben der Pakete mit Wertzeichen durch den Aufliefer, auf die Ausscheidung kleinerer Beträge aus dem Postanweisungsverkehr durch die Einführung der Postal Orders, den Wegfall des Bestellgeldes bei den Paketen, und endlich auf die Verpflichtung für den Absender, die Gebühren für Inlandstelegramme durch Postwertzeichen zu verrechnen.[1]) Infolge der größeren Einfachheit der Geschäfte und dieser Beschränkungen ist die britische Postverwaltung instand gesetzt, zur Ausführung der Leistungen mehr Kräfte zu verwenden, an die hinsichtlich ihrer Vorbildung, Leistungsfähigkeit und Kenntnisse geringere Anforderungen gestellt zu werden brauchen. Solche Kräfte sind billiger. Der britischen Verwaltung kommt ferner zu statten, daß in ihrem Gebiete im Verhältnis zu Deutschland und Rußland die Zahl der in Städten ansässigen Bewohner größer ist. In Großbritannien kommen 69,7% Einwohner auf Städte, auf Dörfer 10,4% und 19,8% auf das Land, in Deutschland auf Städte 56,7% und 43,3% auf das Land, in Rußland 13,5% und 86,5%. Diese größere Ansiedlung in Städten hat wieder ein Zusammenfließen des Verkehrs in einem stärkeren Maße als in Deutschland und Rußland zur Folge.

[1]) Archiv 1894. a. a. O. S. 747.

Neben dieser Konzentration in den Städten hat aber auch die Organisation der Lokalanstalten mit der Einrichtung der großen Zahl der durch Nichtberufsbeamte verwalteten Sub-Offices eine Zentralisierung herbeigeführt, denn die Bearbeitung der abzusendenden und ankommenden Sendungen ist Ämtern mit Berufsbeamten übertragen. Durch die Zentralisierung wiederum werden mehr gleichartige Leistungen geschaffen, leichtere und schwierigere können besser getrennt werden. Mit dieser Trennung wird eine bessere Arbeitsteilung erreicht. Diese läßt eine passendere Verwendung und hinreichendere Ausnutzung der Kräfte zu. Damit aber stellen sich auch die Kosten billiger. Bei einem zentralisierten Betrieb entstehen außerdem viele Leistungen, zu deren Ausführung technische Einrichtungen geschaffen und Maschinen verwendet werden können. Die Folge hiervon sind größere Gleichmäßigkeit in der Ausführung, größere Sicherheit und Leistungsfähigkeit. Wenn in Großbritannien die Zentralisation des Betriebes in einem größeren Maße besteht, wie bei uns und in Rußland, so ergibt sich das unseres Erachtens aus der früheren Entwicklung des Verkehrs, des Handels und der Industrie und aus der größeren Konzentrierung der Bevölkerung in den Städten. Es sei daran erinnert, daß London schon eine Millionenstadt war, (im Jahre 1870 hatte Groß-London bereits eine Bevölkerung von 3,7 Millionen, im Jahre 1829 1,7 Millionen), als Berlin erst anfing, sich zur Hauptstadt des deutschen Reiches und zu einer Millionenstadt zu entwickeln. Waren ferner in Großbritannien fast alle Verkehrsbeziehungen seit langem schon nach der Hauptstadt gerichtet, so mußten diese im deutschen Reiche nach der Hauptstadt erst geschaffen werden. Das war

aber mit Schwierigkeiten verbunden, die in der Hauptsache darin lagen, daß die Verkehrsbeziehungen bis dahin zunächst nach den Hauptstädten der Bundesstaaten und Provinzen gingen. Die Zentralisation des Betriebes in London hat in den Dienstgebäuden zum Teil eine große Beamtenanhäufung zur Folge. In den sieben großen neuzeitlich eingerichteten Gebäuden, General Post Office North, General Post Office West, General Post Office South, King Edward's Building, Mount Pleasant, West Kensington, Studd Str. (London N) sind 20000 Beamte beschäftigt, davon 4300 im King Edward's Gebäude. In diesem Gebäude sind zur Zeit des stärksten Verkehrs, gegen Abend, etwa 2300 Beamte anwesend.[1])

β) Auswahl und Höhe der Bezahlung der Arbeitskräfte.

αα) Kräfte mit geringerer Bezahlung.

Die Einfachheit des Geschäftsumfanges, die größere Konzentration der Bevölkerung in den Städten sowie die zum Teil sich von selbst ergebende Zentralisation des Betriebes haben der britischen Postverwaltung Gelegenheit gegeben, Kräfte einzustellen, für die eine geringere Bezahlung erfolgen konnte. Hiermit war für diese Verwaltung im Vergleich zu Deutschland und Rußland eine Verbilligung der Betriebskosten erreicht. Billigere Kräfte sind von der genannten britischen Verwaltung in jugendlichen Personen sowie in weiblichen und in nicht angestellten, oft nur für Stunden beschäftigten, Personen gefunden worden.

Jugendliche Personen. Jugendliche Personen verwendet die britische Postverwaltung bereits im Alter zwischen 13 und 15 Jahren.[2]) Von der deutschen Postverwaltung werden abgesehen von der geringen Zahl von sogenannten Beklebeknaben, welche bei den Paketannahmestellen größerer Ämter eingestellt sind, nur jugendliche Personen beschäftigt, die bei der Annahme mindestens 16 Jahre alt sein müssen und in der Regel das 18. Lebensjahr nicht überschritten haben sollen. Unter einem Gesamtpersonal von 207947 Personen der britischen Postverwaltung im Jahre 1908 waren rund 18000 jugendlich männliche Personen, das sind 8,6%. Die Zahl der in diesem Jahre bei der deutschen Postverwaltung eingestellten jugendlichen Personen belief sich auf rund 2800 bei einem Gesamtpersonal von 243500

[1]) Deutsche Verkehrszeitung 1911. a. a. O. S. 501.

[2]) Deutsche Verkehrszeitung 1911. a. a. O. S. 531 f. und 1913, S. 183 f.

Köpfen, das sind 1,1%. Die russische Postverwaltung beschäftigt, soweit bekannt, nur wenige jugendliche Personen; ihre Zahl ist aus der Statistik nicht zu ersehen. Unter den 18000 jugendlichen Personen der britischen Verwaltung befinden sich 2000, die zur Erledigung von Schreibarbeiten, Boy Clerks, und zur Erlernung sowie für die Wahrnehmung des leichteren technischen Dienstes verwendet werden, Male Learners. Die übrigen 16000 versehen Dienst als Telegrammbesteller, Eilboten, Bureaudiener und einfache Boten, die keine besondere Verantwortung haben.

Von der deutschen Postverwaltung werden, abgesehen von den wenigen Beklebeknaben, jugendliche Personen nur im Telegrammbestelldienst und als Eilboten beschäftigt.

Das Leistungsmaß der jugendlichen Besteller, Boy Messengers, ist in Großbritannien allgemein auf 50, das der Boy Clerks und Male Learners auf 39 und 48 Dienststunden wöchentlich festgesetzt, während in Deutschland Kinder im Alter über 13 Jahren nur 6 Stunden werktäglich beschäftigt werden dürfen und auch nur dann, wenn sie nicht mehr schulpflichtig sind. Bei der deutschen Postverwaltung beträgt die wöchentliche Dienststundenzahl 60. Die Boy Messengers erhalten einen Anfangswochenlohn von 7 sh. mit einer Zulage von jährlich 1 sh., höchstens jedoch 11 sh. für die Woche, die Boy Clerks einen Wochenlohn von 15—16 sh., die Male Learners einen solchen von 8 sh. Bei der deutschen Verwaltung werden die jugendlichen Besteller von Anfang ihrer Beschäftigung an nach ihren tatsächlichen Leistungen bezahlt. Die Boy Clerks und Male Learners haben Aussicht auf dauernde Anstellung. Von den Boy Messengers wird nur ein sehr geringer Teil in den eigentlichen Postdienst übernommen. Die übrigen müssen sich dann eine Beschäftigung suchen und bleiben unter Umständen stellenlos. Im Jahre 1909 sind von 15790 Boy Messengers 6782 ausgeschieden, darunter wegen Untauglichkeit entlassen 696, nur 1615 sind in etatsmäßige Stellen übernommen worden; 2881 sind in Privatbetrieb gegangen und 1590 blieben stellenlos. Die Zahl der jährlich verfügbar werdenden Jungen wird auf etwa 7900 geschätzt. Da die Boy Messengers nur im Alter von 14 bis 16 Jahren beschäftigt werden, so wird ihr Personal alle zwei Jahre erneuert. Die Boy Messengers können demnach nur als Aushilfen angesehen werden. Erwähnt sei noch, daß für sie eine zwangsweise Ausbildung ihrer körperlichen und geistigen

Kräfte besteht. Was will das aber heißen, wenn für etwa den fünften Teil von ihnen die Aussicht besteht, brotlos zu werden.

Als Ersatz für Boys sind von der britischen Postverwaltung wenige junge Mädchen eingestellt worden, weil ihr die Zahl der Boys zu groß wurde und sie, wie wir gesehen haben, später nur einen sehr geringen Teil von ihnen in etatsmäßigen Stellen unterbringen konnte: ein Beweis dafür, daß man die Verwendung jugendlicher Personen nicht beschränken will.

Weibliche Kräfte. Als weitere sogenannte billigere Kräfte, die von den Postverwaltungen in ihrem Betrieb verwendet werden und für die Gestaltung der Einnahmen von Bedeutung sind, kommen weibliche Personen in Betracht. Ob und inwieweit die Verwendung der Frauen wirklich mit geringeren Kosten verknüpft ist, wenn alle Momente, welche bei der Beurteilung dieser Frage in Betracht kommen, wie z. B. die in der Natur der Frau liegende auf die Dauer geringere Widerstandsfähigkeit und infolgedessen frühere Abnutzung und zeitigere Pensionierung und die häufigeren Erkrankungen berücksichtigt werden, soll hier nicht erörtert werden. Wir möchten im vorliegenden Fall nur damit rechnen, daß im großen und ganzen die Arbeitsleistungen einer Frau, da diese weniger Bedürfnisse hat als der Mann und auch keine Familie zu ernähren hat, nicht in demselben Maße entlohnt zu werden pflegen wie bei einer männlichen Kraft. Dieser Umstand berechtigt zu der Annahme, daß eine ausgedehntere Verwendung von weiblichen Kräften in einem Betriebe für die finanzielle Gestaltung der Betriebsergebnisse von Vorteil ist.

Bei dem Versuch, einen Vergleich anzustellen, welche von unseren drei Postverwaltungen die meisten weiblichen Kräfte beschäftigt, ist zu berücksichtigen, daß die britische Postverwaltung in ihren Übersichten „Staff of Officers“[1]) keinen Unterschied zwischen Beamten und Unterbeamten macht. Es kann mithin bei der deutschen und russischen Verwaltung nicht das Verhältnis der Zahl der Beamten zu der Zahl der weiblichen Kräfte und bei der britischen Postverwaltung dagegen das Verhältnis der weiblichen Kräfte zu der Gesamtzahl des Personals genommen werden. Das würde kein richtiges Bild geben. Es ist daher zweckmäßiger, die Gesamtzahl des Personals bei den drei Verwaltungen zum Vergleich zu stellen.

[1]) Reports a. a. O., Appendix.

Von der deutschen Postverwaltung sind in den Jahren 1904, 1907 und 1910 bei einem Gesamtpersonal von rund 191000, 233300 und 243500 Köpfen 9100, 15800 und 19400 weibliche Kräfte beschäftigt worden,[1]) 4,7, 6,7 und 7,9 %. Die britische Verwaltung hatte unter einem Gesamtpersonal von 192400, 203500 und 212800 in den Jahren 1904, 1907 und 1910 40180, 43730 und 46740 weibliche Kräfte, 20,8, 21,4 und 21,9 %. Bei der russischen Postverwaltung haben in diesen Jahren bei 47750, 50940 und 67400 Kräften 1900, 4400 und 5900 weibliche Kräfte, 3,9 7,9 und 8,7 %, Verwendung gefunden.[2])

Zu bemerken ist hierbei noch, daß bei der britischen Postverwaltung in den Jahren bis 1910 der größte Teil der weiblichen Kräfte im Post- und Telegraphendienste eingestellt war, der geringere im Fernsprechdienst. Das kommt daher, weil der Fernsprechdienst in diesen Jahren noch nicht in vollem Umfange in den Händen des Staates war. In Deutschland befinden sich die meisten Beamtinnen im Fernsprechdienst. Sicher ist, daß die Zahl der weiblichen Beamten bei der britischen Verwaltung nach der Übernahme des gesamten Fernsprechdienstes sich noch bedeutend steigern wird. Am 31. März 1912 waren unter einem Gesamtpersonal von 233811 Personen bereits 56433 weibliche.

An dieser Stelle möchten wir noch auf eine von der britischen Postverwaltung getroffene Einrichtung zu sprechen kommen, die für die Beteiligten sich als eine Wohltat erweist, der Verwaltung zur Verjüngung des weiblichen Personals verhilft und gleichzeitig unter Umständen auch die Personalkosten verringert. Es ist dies die Einrichtung der Marriage Gratuities, Heiratsgratifikationen[3]). Allen fest angestellten Beamtinnen, welche im Falle ihrer Verheiratung aus dem Dienste ausscheiden müssen, wird nämlich nach einer mindestens sechsjährigen Dienstzeit eine einmalige Entschädigung gewährt und zwar für jedes Dienstjahr nach der festen Anstellung eine Monatsbesoldung. Diese Heiratsgratifikationen haben im Jahre 1910 einen Gesamtbetrag von rund 25000 £ (0,5 Mill. M.)[4]) ausgemacht. Der Betrag be-

[1]) Statistiken der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung. a. a. O. 1904, 1907 u. 1910.

[2]) Russ. Statistik a. a. O. 1904, 1907 u. 1910.

[3]) Wagner, O., Die Frau usw. S. 165.

[4]) Appropriation accounts a. a. O. Estimates a. a. O.

lief sich im Jahre 1901 noch auf 4000 £ und ist in den folgenden Jahren auf 10000, 12000 und 15000 £ usw. gestiegen. Über die Zahl der infolge Verheiratung ausgeschiedenen weiblichen Kräfte war leider nichts zu ermitteln. Es läßt sich daher auch nicht sagen, welche Wirkung das Ausscheiden dieser Kräfte auf das Aufsteigen des übrigen Personals gehabt hat, und inwieweit dadurch die Notwendigkeit hervorgetreten ist, jüngere Kräfte anzunehmen, mit deren Einstellung eine Kostenersparnis verbunden ist.

Der Unterschied in der Bezahlung männlicher und weiblicher Kräfte ist in Deutschland, Großbritannien und Rußland verschieden groß. In diesem Lande ist er geringer als in den beiden anderen Ländern.

Sonach kann es als einwandfrei feststehend angesehen werden, daß die britische Postverwaltung durch die größere Verwendung von weiblichem Personal und dem dabei angewandten Verfahren einen wirtschaftlichen Vorteil erreicht hat.

Verwendung von nicht angestellten Personen. Unterlagen, aus denen der Umfang der Verwendung der nicht angestellten Personen zu ersehen ist, waren nur für die britische und deutsche Postverwaltung zu erhalten, doch kann mit Sicherheit angenommen werden, daß auch bei der russischen Verwaltung eine Verwendung von nicht angestellten Personen erfolgt. Bei der Größe der Vorteile, welche die russische Postverwaltung bereits in anderer Hinsicht hat, z. B. hinsichtlich der Tarife, und bei der an und für sich im allgemeinen geringeren Bezahlung des Personals dürfte der Vorteil, den sie aus der Verwendung von nicht angestellten Personen zieht, kaum von Belang sein.

Unter dem Gesamtpersonal der britischen Postverwaltung befanden sich in den Jahren 1901, 1904, 1907 und 1910 unter rund 179000, 192400, 203500 und 213800 Personen, abgesehen von den Unterpostmeistern, 51, 50, 49 und 47,6 % nicht angestellte Personen.[1]) Diese Personen setzen sich zusammen aus Hilfen der Postmeister und Unterpostmeister, dem Personal bei den Sub-Offices, Aushilfskräften, jugendlichen Personen, Scheuerfrauen, Arbeitern usw. Unter ihnen befinden sich auch Kräfte, die nur stundenweise beschäftigt werden. Der größte Teil dieser Personen, etwa $^7/_9$, fällt auf England und Wales. Die Zahl der

[1]) Reports a. a. O. Appendix. Staff of Officers.

weiblichen Personen unter den nicht angestellten macht etwa den vierten Teil aus und ist seit dem Jahre 1901 etwa um den fünften Teil gestiegen. Bei der deutschen Postverwaltung waren bei einer Gesamtzahl von rund 166700, 203700 und 219000 mittleren Beamten und Unterbeamten der eigentlichen Betriebsverwaltung sowie Personen, welche außerhalb des Beamtenverhältnisses stehen, in den Jahren 1904, 1908 und 1910 36, 38 und 36 % nicht angestellte Personen. Davon ist etwa der vierte Teil weiblichen Geschlechts. Nach der Zahl der nicht angestellten außerhalb des Beamtenverhältnisses stehenden Personen, die von der britischen Postverwaltung eingestellt sind, darf wohl geschlossen werden, daß diese Verwaltung entweder durch die Eigenart des Verkehrs, durch zeitweise Arbeitsanhäufung genötigt ist, Kräfte aushilfsweise in großer Zahl zu beschäftigen, oder aber daß sie aus finanziellen Gründen zu der Verwendung solcher Kräfte greift. Darin besteht eine gewisse Ähnlichkeit mit der Verwendung jugendlicher Personen, von denen viele für zwei Jahre eingestellt und dann wieder entlassen werden.

Wie bei den jugendlichen und weiblichen Personen hat die britische Postverwaltung auch aus der Verwendung einer größeren Zahl von nicht angestellten Personen vor der deutschen und russischen einen finanziellen Vorteil.

ββ) Niedrigere Ausgaben infolge geringerer Besoldung des Personals.

Bei einer Gegenüberstellung der für die drei Verwaltungen bestehenden Besoldungsordnungen fallen sofort die niedrigen Sätze der russischen Postverwaltung[1]) gegenüber denen der deutschen und britischen in die Augen (vgl. Anl. 11).

Eine Untersuchung darüber, ob die Gehälter mit Recht oder Unrecht zu hoch oder zu niedrig bemessen sind, gehört nicht in den Rahmen dieser Arbeit. Bei einer solchen müßte man auf die allgemeinen Preisverhältnisse in dem betreffenden Lande, also auf die Preise für Lebensmittel, Gebrauchsgegenstände, die Höhe der Wohnungsmieten und alle anderen Kosten, die für den Lebensunterhalt als notwendig betrachtet werden, zurückgreifen.

[1]) Von 17900 Beamten bezogen im Jahre 1908 7700 ein Gehalt von 300 Rbl., 4700 ein solches von 450 Rbl. und nur 12 % ein Gehalt in der Höhe von 1000 Rbl. jährlich. Vgl. Petersburger Zeitung a. a. O. Nr. 69 v. 15./18. April 1908. Statistik der russ. Postverwaltung a. a. O. 1908. S. XVIII.

Bei unserer Betrachtung kommt es darauf an, abgesehen von den Kosten für Besoldungen im Verhältnis zu den Einnahmen, festzustellen, wie die in Frage kommenden Verwaltungen für eine Beamtengruppe, welcher ungefähr die gleichen Leistungen übertragen sind, die Besoldung bemessen haben. Diese Feststellung wird wieder dadurch erschwert, daß die britische Postverwaltung, wie schon angeführt, eine Trennung des Personals in Beamte und Unterbeamte nicht hat. Hierzu kommt, daß nur ein Teil der Beamtenklassen bei den drei Verwaltungen dieselben Arbeiten auszuführen hat, wie z. B. die Telegraphisten, Schalterbeamten, Telegraphen- und Fernsprechgehilfinnen. Die Besoldungen dieser lassen aber auch nur einigermaßen einen Vergleich zu, denn es muß immer noch die Schwere der Leistungen in Rechnung gezogen werden. Die Leistungen schließlich, welche das Personal der britischen Postverwaltung auszuführen hat, sind infolge des ganzen Geschäftsumfanges, welcher sich doch in der Hauptsache auf den Briefverkehr erstreckt viel weniger vielseitig als die bei der deutschen und russischen Postverwaltung. Im großen und ganzen wird man sagen können, daß die Besoldungen des britischen Personals niedriger sind als die des deutschen. Besonders ist auch darauf hinzuweisen, daß bei einer ganzen Reihe von Beamten das Aufrücken in eine höhere Gehaltsstufe bei einem bestimmten Gehaltssatze von dem Bestehen einer Prüfung abhängig gemacht wird.

d) Die hauptsächlichsten Ausgaben.

1. Ausgaben für Personal.

Die mehr oder weniger hohe Bezahlung des Personals ist natürlich auch für die gesamten Personalausgaben bestimmend. Die geringsten Personalausgaben hat die russische Postverwaltung, die höchsten die deutsche.

Für Besoldungen sind gezahlt worden von der

	deutschen	britischen Postverwaltung	russischen
im Jahre		Millionen Mark	
1901	209	183,6	35
1904	246	199,9	40,6
1910	394,6	255	66,8
Mithin im Jahre 1910 mehr als im Jahre 1901	88,5 %	39,3 %	90 %

Um über die Ursache der Steigerung urteilen zu können, ist bei der Gegenüberstellung der Beträge für die einzelnen Jahre die Stärke des Personals in Betracht zu ziehen. Mangels ausreichender Unterlagen kann der Vergleich für die Zunahme des Personals erst von dem Jahre 1904 ab gemacht werden.

Das Gesamtpersonal umfaßte für die

	deutsche	britische Postverwaltung	russische
im Jahre		Köpfe	
1904	191000	192400	47700
1910	243500	213800	67400
Mehr gegen das Jahr 1904	26 %	10,2 %	41 %

Die Ausgaben für das Personal haben betragen

	deutsche		britische Postverwaltung		russische	
	Millionen Mark					
		(pro Kopf)		(pro Kopf)		(pro Kopf)
1904	246	(1287 M.)	199,9	(1038 M.)	40,6	(829 M.)
1910	394,6	(1621 M.)	255	(1201 M.)	66,8	(990 M.)
Mehr gegen das Jahr 1904	148		55,1		26,2	oder
mithin	60 %		27 %		64,5 %	

Aus der ungleichen Zunahme des Personals und der Ausgaben ist zu entnehmen, daß die Steigerung der Ausgaben nicht bloß durch die Vermehrung des Personals, sondern auch durch eine höhere Bezahlung veranlaßt ist. Je geringer die Zunahme an Personal und je größer der Aufwand dafür ist, desto höher sind die Besoldungen.

Bei der deutschen Verwaltung ist die Zunahme der Ausgaben um 34 % größer als die des Personals, bei der russischen um 23,52 und bei der britischen Verwaltung um 16,8 %. Für die Aufbesserung der Einkommensverhältnisse des Personals hat demnach die deutsche Postverwaltung am meisten getan und bei ihr hat das finanzielle Ergebnis unter der Zunahme der Ausgaben am stärksten zu leiden. Der Betrag, welcher zur Besoldungsaufbesserung in den Jahren 1907—1910 bei der deutschen Verwaltung verwendet worden ist, beläuft sich auf 185 Millionen.[1])

[1]) Bericht über die Ergebnisse der Reichs-Post- u. Telegraphenverwaltung während der Rechnungsjahre 1906—1910 a. a. O. S. 119.

2. Kosten für die Landpostbestellung.

Die ganz verschiedenartige Entwicklung und der ungleiche Umfang des Landpostwesens bedingt bei den drei Verwaltungen einen mehr oder weniger verschiedenen Kostenaufwand.

Wie in Deutschland bis zum Jahre 1871 die Landpostbestellung in den einzelnen Staaten in ganz verschiedener Weise ausgeführt worden ist,[1]) so bestehen in den Gebieten der deutschen, britischen und russischen Verwaltung große Verschiedenheiten; insbesondere ist das Landpostwesen in Großbritannien und Rußland nicht so entwickelt wie bei uns. Seine hohe Entwicklung in Deutschland[2]) erfordert einen verhältnismäßig bedeutenden Kostenaufwand, einen bei weitem größeren als das Landpostwesen in den beiden anderen Staaten. Im Jahre 1900 haben sich die Kosten auf 22 und im Jahre 1905 auf 25 Millionen Mark belaufen.[3]) Über die Kosten des Landbestellwesens in Großbritannien und Rußland waren leider keine Angaben zu erlangen. In beiden Ländern ist man noch nicht so weit vorgeschritten, daß sich, wie bei uns, die große Mehrzahl der Landbewohner im Genuß einer täglich mehrmaligen Bestellung befindet. Nach vielen Wohnstätten in diesen Ländern findet überhaupt keine Bestellung statt. In Großbritannien werden Wohnstätten, Häuser, die abseits von geschlossenen Orten liegen, wie z. B. Forsthäuser usw. nicht von der Bestellung erfaßt.[4]) Personen, welche in einem so gelegenen Hause wohnen, müssen eine Person in einer der benachbarten Ortschaften bezeichnen, bei welcher die für sie bestimmten Briefe abzugeben sind, oder sie müssen die Briefe bei der Postanstalt abholen. Sonntags findet eine Landbestellung nur nach einer Anzahl von Landorten statt; es kann jedoch auf Verlangen der Empfänger die Bestellung der Sendungen in diesen Orten auch unterbleiben. Über die Einrichtung und Aufhebung der Sonntagsbestellungen nach Landorten beschließen die Gemeindebehörden.

Noch schlechter als in Großbritannien steht es mit der Landbestellung in Rußland. In diesem Lande vermitteln zum größten Teil die Amtsverwaltungen, Gemeindebehörden und

[1]) Jung a. a. O. S. 42.

[2]) Deutsche Verkehrszeitung a. a. O. 1907. S. 345 u. S. 346, 1908 S. 403 u. 449.

[3]) Nach Jürgensohn a. a. O. S. 99 beträgt das Defizit der Post auf dem Lande 100 Mill. M.

[4]) Archiv a. a. O. 1899 S. 950. — Sieblist a. a. O. S. 94.

Polizeibehörden die Bestellung oder sogar besondere Lokalposten, die von den landschaftlichen Behörden, semstwos, eingerichtet sind und für Rechnung dieser unterhalten werden. Eine solche Übertragung von Postleistungen auf andere Körperschaften und deren Beauftragte ist einesteils durch die geographische Lage der Ortschaften, andernteils auch durch die schlechten Straßenverbindungen gerechtfertigt. Durch diese Übertragung von Leistungen, die eigentlich der Post zufallen, bleiben der russischen Postverwaltung wesentliche Kosten erspart.

Für die britische wie die russische Verwaltung stellen sich infolge dieser noch wenig oder garnicht entwickelten Landbestellung die Betriebsausgaben ganz bedeutend niedriger, als für die deutsche Verwaltung.

3. Beförderungskosten.

α) Kosten aus Anlaß der Beförderung von Postsendungen zu Lande.

αα) Mit der Eisenbahn.

Die deutsche Postverwaltung hat das Recht, gewisse Leistungen der Eisenbahn unentgeltlich zu beanspruchen.[1]) Diese Leistungen sind als Ersatz für den Wegfall der gesetzlichen Vorrechte, welche sich auf die Personenbeförderung und auf die Beförderung der Postsendungen bezogen, und als Gegenwert für den auf diese Weise entgangenen Gewinn aufzufassen. Der Wert dieser unentgeltlichen Leistungen würde für das Jahr 1906 nach der von der Eisenbahn aufgestellten Rechnung für die Postverwaltung 41,6 Millionen Mark[2]) betragen.

In Großbritannien[3]) hat die Postverwaltung für alle Leistungen der Eisenbahngesellschaften ein Entgelt zu zahlen, das entweder durch gütliche Vereinbarung oder, wenn dies nicht möglich ist, durch Entscheidung des Reichseisenbahnamts festzustellen ist. Für die Beförderung der Pakete erhalten die Eisenbahngesellschaften eine Entschädigung, die für jedes Paket 55% des erhobenen Portos beträgt. Die britische Postverwaltung

[1]) Gesetz, betr. die Abänderungen des § 4 des Postges. v. 28. Okt. 1871, vom 20. Dezbr. 1875.

[2]) Nach Ullrich ist diese Schätzung zu hoch gegriffen und nur mit 13,7 Millionen Mark anzunehmen. Ullrich a. a. O. S. 54 u. 58.

[3]) L'union postale a. a. O. 1881 u. 1882. Die Verhältnisse der Post zu den Eisenbahnen.

mußte daher bestrebt sein, durch zweckmäßige, nicht so häufige Verbindungen die Kosten für die Beförderung in möglichst geringer Höhe zu halten. Es ist das dadurch von ihr erreicht worden, daß sie besondere Postzüge eingerichtet hat und auf den meisten Linien nur zweimal täglich, morgens und abends, Postverbindung unterhält. Außerdem werden die Eisenbahnen zur Beförderung von Paketen möglichst wenig benutzt. Hiernach stellen sich die Beförderungskosten der britischen Postverwaltung höher als die der deutschen Postverwaltung.

Von der deutschen Postverwaltung sind an Beförderungskosten in den Jahren 1901—1910 im Durchschnitt jährlich 13 Millionen Mark gezahlt worden, von der britischen Postverwaltung 31 Millonen Mark. Das ergibt einen jährlichen Unterschied von 19 Millionen Mark. Dieser wird aber, wie wir oben gesehen haben, durch die unentgeltlichen Leistungen, die von der deutschen Postverwaltung auszuführen sind, wieder ausgeglichen.

Die russische Postverwaltung hat für die Beförderung der Postsendungen auch nur geringe Kosten. In Rußland werden nämlich die Postsendungen mit den Personenzügen unentgeltlich und nur mit den Güterzügen gegen eine Entschädigung befördert, welche auf $^1/_{18}$ Kop. für 1 Pud (40 russische Pfd.) und 1 Werst (1,06 km) festgesetzt ist. Für die begleitenden Personen wird im ersten Falle keine Vergütung, im zweiten dagegen das Personengeld 3. Klasse gezahlt.

Welchen Betrag die russische Postverwaltung für Beförderung der Sendungen auf den Eisenbahnen in den Jahren 1901 bis 1910 verausgabt hat, war leider nicht zu ermitteln. Da aber nach der Berner Statistik von der russischen Postverwaltung die gesamten Beförderungskosten im Durchschnitt jährlich nur etwa 8 Millionen Mark betragen haben, und die Kosten für die Beförderung der Sendungen auf den Eisenbahnen nur einen Teil von diesem Betrage ausmachen, so sind die Kosten jedenfalls geringer als die der deutschen Postverwaltung.

ββ) Eigene Beförderungsgelegenheiten.[1])

Während die deutsche und russische Postverwaltung zur Beförderung ihrer Sendungen die Eisenbahnen in einer sehr ausgedehnten Weise benutzen können und eigentlich nur in Gegenden, wo es noch keine Eisenbahnen gibt, eigene Beförderungsgelegenheiten (Per-

[1]) Reports a. a. O. Home Mail Services. Use of Motor Vans usw.

sonen-, Güter-, Landposten usw.) einrichteten, teilweise unter Verwendung bestehender Verbindungen, war die britische Postverwaltung infolge der hohen Kosten, die aus der Beförderung der Sendungen mit der Eisenbahn entstehen würden, genötigt, wenigstens für einen Teil ihrer Sendungen eigene Beförderungsgelegenheiten zu schaffen. Sie tat dies zunächst mit Postwagen, unter Verwendung von Pferdekräften; später ging sie dazu über, Kraftwagen zu verwenden und strebte danach, für ihre Sendungen Frachtführer zu werden, um sich auf diese Weise die Zahlung der Beförderungskosten an die Eisenbahnen möglichst zu ersparen. Es wurden Kraftwagenkurse zwischen größeren Orten eingerichtet. Die Zahl dieser Kraftwagenkurse ist von 10 im Jahre 1900 auf 100 im Jahre 1910 gestiegen bei einer Länge der einzelnen Kurse von 70—80 km. Über die Gesamtlänge aller Kurse waren Angaben nicht zu bekommen. Nur für die Stärke ihrer Benutzung haben wir aus der Verhältniszahl der auf den Landstraßen beförderten Pakete einen Anhalt finden können. Der Prozentsatz dieser Pakete ist von 13,96 im Jahre 1901 auf 19,11 im Jahre 1910, also um 50 % gewachsen. Die Gesamtzahl der Pakete hat in diesem Zeitraum eine Steigerung von 90 auf 121 Millionen, 34 % aufzuweisen. An die Eisenbahngesellschaften waren für die Paketbeförderung zu zahlen, im Jahre 1901 0,85 und im Jahre 1910 1,1 Millionen £, was eine Zunahme von etwa 30 % ausmacht. Die Kosten sind also um 20 % weniger gestiegen, als die Gesamtzahl der Pakete. Zu der Minderausgabe, welche dadurch erreicht wird, daß die britische Postverwaltung die Beförderung der Pakete von Ort zu Ort übernommen hat, kommt noch eine weitere Ersparnis der Kosten, die durch die Beförderung der Pakete zwischen den Postanstalten und den Bahnhöfen sowie durch das Umladen auf den Bahnhöfen entstehen würden. Außer zur Beförderung von Paketen werden die Kraftwagenkurse auch für Briefsendungen benutzt.

β) Kosten aus Anlaß der Beförderung von Postsendungen über See.[1])

Für die Beförderung der Postsendungen über See werden auf Grund besonderer Verträge entweder Entschädigungen oder Subventionen an die Dampfergesellschaften gezahlt. In früheren

[1]) Deutsche Verkehrszeitung a. a. O. 1903 S. 64, 1909 S. 567, 1910 S. 169. — Reports a. a. O. Foreign and Colonial Packet Services (App. D.).

Jahren wurden von der preußischen und russischen Postverwaltung Postdampfschiffe unterhalten, welche Eigentum des Staates waren.[1]) In Großbritannien ist die Beförderung der Postsendungen von vornherein auf Grund von Verträgen an Dampfergesellschaften übergeben worden. Die Kosten hierfür wurden von Großbritannien früher in das Budget der Flotte übernommen.

In Deutschland und Rußland werden die Kosten zum vollen Betrage, in Großbritannien aber nur zu etwa $^4/_7$ auf den Etat der Post übernommen. Der Rest von den jährlich ungefähr 0,7 Millionen £ betragenden Gesamtkosten wird zum kleineren Teil, 0,13 Millionen £, durch Kontributionen der Kolonien gedeckt, zum größeren Teil 0,17 Millionen £ in dem Etat der Kolonialverwaltungen verrechnet.

Um diesen Restbetrag von rund 0,3 Millionen £ werden die Reineinnahmen der britischen Postverwaltung vergrößert, der ohne dies schon infolge der größeren Zahl der Sendungen, welche sie für andere Postverwaltungen im Transit befördert, eine größere Einnahme zufließt.[2])

4. Kosten des Telegraphen- und Fernsprechbetriebes (Telegraphen- und Fernsprechbau- sowie Unterhaltungskosten).

Wie bereits früher ausgeführt, ist der Telegraphen- und Fernsprechbetrieb bei den drei Verwaltungen mit der Post vereinigt und die Ausgaben werden zusammen verrechnet. Es können daher hier nur die Ausgaben, welche sich für die beiden Betriebe erkennen lassen, betrachtet werden. Eine weitere Schwierigkeit ergibt sich daraus, daß bei der deutschen und britischen Verwaltung die Ausgaben nicht in gleicher Weise zusammengefaßt, sondern verschieden rubriziert sind. Ferner sind in den russischen Berichten die Ausgaben für Telegraphen- und Fernsprechbetrieb gemeinschaftlich verrechnet und bloß in Ausgaben für Reparaturen der Telegraphen- und Telephonlinien sowie für Erweiterung des Telegraphen- und Telephonnetzes getrennt. Sollen also die Ausgaben für den Telegraphen- und Fernsprechbetrieb der drei Verwaltungen verglichen werden, so müssen wir auch die der beiden anderen Verwaltungen zusammenfassen, soweit das nicht schon geschehen ist. Weiter

[1]) Stephan a. a. O. Geschichte der preuß. Post. S. 767 f.

[2]) Im Jahre 1910 8,8 Millionen Mark. Statistique générale a. a. O. Résultats financiers.

kommt in Betracht, daß auch bei der deutschen und britischen Verwaltung die Kosten für die Erweiterung der Telegraphen- und Fernsprechanlagen nicht getrennt, sondern gemeinschaftlich verrechnet werden.

Bis zum Jahre 1908 sind im deutschen Budget, wie oben bereits ausgeführt, sämtliche Telegraphen- und Fernsprechbaukosten auf den laufenden Etat genommen worden. Erst von da ab werden die Ausgaben für größere Fernsprechanlagen besonders verausgabt und verrechnet. In Großbritannien hingegen sind die Mittel für diesen Zweck getrennt von den fortlaufenden Ausgaben bewilligt worden.

Bei der Beurteilung der Höhe der Ausgaben darf nicht außer acht gelassen werden, daß die Betriebe ganz verschieden groß sind, daß ihre Frequenz nicht gleich stark ist und infolgedessen ihre Einrichtungen auch nicht eine annähernd gleiche Inanspruchnahme und Abnutzung haben. Es tritt ferner hinzu die große Verschiedenheit in den Arbeitslöhnen und Materialpreisen. Infolgedessen kann aus der Höhe der Kosten an und für sich nicht auf eine größere oder geringere Wirtschaftlichkeit geschlossen werden.

Aus der beigefügten Zusammenstellung für die Jahre 1901 bis 1910, Anlage 12, ersehen wir, daß die russische Verwaltung die geringsten Sätze ihrer Einnahmen für Telegraphen- und Fernsprechbau sowie Unterhaltung aufwendet, die deutsche Postverwaltung die höchsten. Bei der russischen Postverwaltung bewegen sich die Sätze zwischen 11 und 18 %, bei der deutschen zwischen 63 und 27 %. Die Sätze der deutschen Verwaltung sind gefallen, die der russischen gestiegen. Auch bei der britischen Verwaltung sind die Sätze von 23 auf 20 % gesunken. Aus der Zusammenstellung ergibt sich weiter, daß im Jahre 1910 die Verhältniszahlen der deutschen Verwaltung gegenüber denen der britischen um 7 und denen der russischen um 9 höher waren. Vor dem Jahre 1908 war das Verhältnis für die deutsche Verwaltung noch ungünstiger, und zwar aus dem Grunde, weil bis zu diesem Jahre, wie früher angeführt, auch die Kosten für Erweiterung usw. durch den laufenden Etat gezogen wurden. Hieraus geht hervor, daß die höheren Telegraphen- und Fernsprechbau- sowie Unterhaltungskosten der deutschen Verwaltung zu dem geringeren Reinertrag ihren Teil beigetragen haben.

5. Baukosten sowie Kosten für die Ausstattung und Bureaumaterialien.

Daß die Bauangelegenheiten der britischen Postverwaltung bei dem Staatsbautenamt erledigt, und die Kosten bei dem Etat dieses Amtes verrechnet werden,[1]) ist bereits oben etwas ausführlicher erörtert worden.

In Großbritannien wie in Rußland haben die Bauangelegenheiten der Postverwaltung nicht die Bedeutung wie in Deutschland. In Großbritannien gibt es verhältnismäßig wenig Dienstgebäude, weil durch die Einrichtung der Sub-Offices die Postverwaltung für eine sehr große Anzahl von Diensträumen nicht zu sorgen hat. Die Diensträume der Sub-Offices sind bekanntlich von den Unterpostmeistern zu stellen. Auch in Rußland ist die Zahl der Anstalten, für welche die Postverwaltung die Räume zu beschaffen hat, gering. Die Dienstgebäude in beiden Staaten sind sehr einfach gehalten.[2]) Sie enthalten in der Hauptsache nur große Diensträume, in welchen oft viele Dienststellen untergebracht sind. Infolgedessen sind natürlich auch die Bau- und Unterhaltungskosten geringer als bei der deutschen Postverwaltung. Dieser Umstand dürfte daher ebenfalls zu der Mehreinnahme beitragen, welche die genannten Verwaltungen haben.

Mag aber die deutsche Postverwaltung immerhin durch die größeren Aufwendungen für Gebäude usw. geringere Reineinnahmen gehabt haben, so ist doch mit den hierfür verausgabten Summen einem idealen Zwecke gedient worden. Nur so war es möglich, Gebäude zu errichten, die, dem Stile der Gegend oder auch des Ortes angepaßt, dazu wie geschaffen waren, den Gedanken der Reichseinheit in alle Lande des Reiches zu tragen.

Bezüglich der Mobiliar-Ausstattung kann die britische Postverwaltung auch billiger als die deutsche und russische wirtschaften. Für das Mobiliar hat die britische Postverwaltung bei einem großen Teil der Postanstalten, den Sub-Offices überhaupt nicht zu sorgen, und für die übrigen Postanstalten wird ihr das Mobiliar vom Staatsbautenamt gestellt.[3]) Dieses vergibt die Lieferung an wenige große Unternehmer, die billiger liefern können

[1]) Gneist a. a. O., Bd. 2, S. 663.
[2]) Archiv a. a. O. 1895 S. 648.
[3]) Hatscheck, a. a. O. Bd. 1 S. 86 u. 87.

als die kleinen Handwerker. Im Gegensatz zu der britischen Postverwaltung ist die deutsche stets bestrebt, bei ihren Lieferungen den kleinen Handwerker nach Möglichkeit zu berücksichtigen und auf diese Weise, wenn auch nur in geringem Maße, zur Hebung des Handwerkerstandes beizutragen und nicht die großen Unternehmer auf Kosten der kleinen Handwerker zu bereichern.

Die britische Postverwaltung hat endlich auch geringere Ausgaben, da ihr die Bureaumaterialien und Druckformulare von einem staatlichen Amte, dem Office of Stationery, das im Jahre 1786 eigens für diese Zwecke eingerichtet wurde, geliefert werden.[1]) Diese Behörde kauft die Materialien im großen ein, läßt Druckformulare herstellen und Buchbinderarbeiten ausführen und hat auch die Verwaltung der amtlichen Drucksachen.

e) Pensionen, Witwen- und Waisengelder.

Die Pensionen erreichen in Großbritannien einen Höchstsatz von $^{40}/_{60}$[2]) des zuletzt bezogenen Gehalts. Der Höchstsatz in Deutschland beträgt $^{45}/_{60}$, mithin $^{1}/_{12}$ mehr als in Großbritannien. Zur Berechnung des gesamten Unterschiedes müßte bekannt sein, wieviel Personen den Höchstsatz bei den beiden Verwaltungen beziehen. In den britischen Voranschlägen zu dem Etat[3]) werden zwar alljährlich Einzelheiten über die zu zahlenden Pensionen veröffentlicht. Es werden in einer besonderen Zusammenstellung die Namen, die Stellung, das Dienstalter, das zuletzt bezogene Gehalt, die Ursachen der Pensionierung und die Pension angegeben, da aber von der deutschen Postverwaltung eine solche Statistik nicht veröffentlicht wird, so wäre es eine zwecklose Arbeit gewesen, die Höchstbeträge aus dieser Zusammenstellung herauszuziehen und den Gesamtbetrag zu ermitteln. Es bleibt daher nur übrig, zu vergleichen, welchen Gesamtbetrag an Pensionen die beiden Verwaltungen in den einzelnen Jahren gezahlt haben. Diese Beträge sind aus der Übersicht, Anlage 4, zu ersehen.

Der an Pensionen gezahlte Betrag ist in den Jahren 1901 bis 1910 bei der deutschen Postverwaltung von 15,7 auf 24,3 und bei der britischen von 8,1 und 16,2 Millionen Mark ge-

[1]) Gneist, Bd. 2 a. a. O. S. 659.
[2]) Sieblist a. a. O. S. 87.
[3]) Estimates a. a. O.

stiegen. In % ausgedrückt ist das eine Steigerung von 54 und rund 100 %. Die Pensionen haben in den Jahren 1901, 1904, 1907 und 1910 bei der erstgenannten Verwaltung 7,5, 7,1, 6,4 und 6,1, bei der letztgenannten 4,4, 4,8, 4,9 und 6,3 % der Gesamtausgabe für Besoldungen ausgemacht. Hierbei muß aber in Betracht gezogen werden, daß die für Besoldungen gezahlten Beträge in den Jahren 1901 bis 1910 bei der deutschen Postverwaltung um 88 und bei der britischen Postverwaltung nur um 39 % gestiegen sind. Während in den früheren Jahren von der britischen Postverwaltung im Vergleich zu dem für Besoldungen verausgabten Betrag weniger als von der deutschen Verwaltung gezahlt worden ist, hat sich später das Verhältnis so geändert, daß im Jahre 1910 beide Verwaltungen einen verhältnismäßig etwa gleich hohen Betrag gezahlt haben.[1])

Vergleiche hinsichtlich der an Beamte der russischen Postverwaltung gezahlten Pensionen haben leider nicht angestellt werden können, da Angaben hierüber nicht zu erhalten waren.

Außer den Pensionen ist auch die Einrichtung der Witwen- und Waisengelder daran schuld, daß die deutsche Postverwaltung im Vergleich zu der britischen und russischen eine verhältnismäßig geringere Reineinnahme hat. Die an Angehörige der deutschen Postverwaltung zu zahlenden Beträge an Witwen- und Waisengeld werden auf den Etat der Postverwaltung übernommen und durch diesen verrechnet. In Großbritannien und Rußland besteht keine Hinterbliebenen-Fürsorge wie bei uns. Die Beträge, die für diesen Zweck von der deutschen Postverwaltung gezahlt werden, sind ziemlich bedeutend. In den Jahren 1901—1910 ist von ihr an Witwen- und Waisengeldern der Betrag von etwa 70 Millionen Mark gezahlt worden, mithin durchschnittlich 7 Millionen Mark in einem Jahre. Der jährlich gezahlte Betrag ist in dem genannten Zeitraum von 5,1 auf 9,3 Millionen Mark gestiegen. Um welchen Betrag die Reineinnahmen der deutschen Verwaltung in den einzelnen Jahren durch die Zahlung der Witwen- und Waisengelder verringert worden sind, läßt sich aus der erwähnten Anlage ersehen.

[1]) Worauf die Steigerung bei den von der britischen Postverwaltung gezahlten Beträgen für Pensionen zurückzuführen ist, war leider nicht zu ermitteln.

Ergebnis.

Das Ergebnis der Untersuchung ist, wie folgt, kurz zusammenzufassen:

1. Bei der Gegenüberstellung der Reineinnahmen der verschiedenen Post- und Telegraphenverwaltungen muß der Wert der Leistungen, welche von der britischen Postverwaltung für andere Verwaltungen ihres Landes ausgeführt werden, unberücksichtigt bleiben, denn die deutsche und russische Postverwaltung schätzen den Wert ihrer unentgeltlichen Leistungen nicht.

2. Unter dem Etat der britischen Postverwaltung werden nicht alle Ausgaben, die sie betreffen, verrechnet, einige Ausgaben werden in den Etat anderer Verwaltungen aufgenommen.

3. Der Unterschied zwischen den rechnungsmäßigen Reineinnahmen der deutschen und britischen Postverwaltung unter Berücksichtigung der Ausgaben, welche bei anderen Verwaltungen verrechnet werden, ist in den Jahren 1901—1910 keineswegs so hoch, wie für gewöhnlich angenommen wird. Während dieses Zeitraumes haben allerdings in den beiden ersten und den drei späteren Jahren 1907—1909 die Reineinnahmen der deutschen Postverwaltung unter 10 % der Gesamteinnahmen gegen 15 % bei der britischen betragen. Für die anderen Jahre sind jedoch die deutschen Verhältniszahlen wesentlich höher, ferner sind die Zahlen für die britische Postverwaltung seit dem Jahre 1907 bis auf 13,3 %, im Jahre 1910 gefallen, gegenüber 12,2 % bei der deutschen. Die russischen Zahlen liegen durchweg über 31.

4. Der Grund für den Unterschied der Einnahmen beruht zunächst in der großen Verschiedenheit der ganzen wirtschaftlichen Verfassung und des Verkehrslebens der Länder. Im weiteren sind aber die Ursachen des Unterschiedes auch auf

andere Umstände zurückzuführen. Als solche sind anzusehen die Frequenz, der Tätigkeitsbereich, die Höhe der Tarife, die Wirtschaftlichkeit bei der ganzen Betriebsführung, die Organisation der Verwaltung und des Betriebes, die Höhe der Besoldungen, die Kosten für die Unterhaltung der Postverbindungen u. a. m.

5. Wenn auch hinsichtlich der Gesamtfrequenz die deutsche Postverwaltung an erster Stelle steht, so ist doch ihre Frequenz im eigentlichen Briefverkehr, welcher die hauptsächlichste Einnahmequelle der Post bildet, geringer als die der britischen Verwaltung.

6. Die britische Post hat keinen so umfangreichen Tätigkeitsbereich wie die deutsche und russische. Von ihr wird nur Brief-, Postanweisungs-, Paket- sowie Telegramm- und Fernsprechverkehr vermittelt. Abgesehen von dem letztgenannten Verkehr gestaltet sich die Abwicklung ihrer Geschäfte ziemlich einfach und verhältnismäßig wenig kostspielig. Von der deutschen und russischen Postverwaltung sind dagegen auch andere Geschäfte übernommen worden, die nicht so leicht zu erledigen sind, als die vorgenannten und daher auch größere Kosten verursachen. Es sind dies die Beförderung von Wertsendungen und Postreisenden sowie der Nachnahmeverkehr. Hierzu kommt für die deutsche Post noch der Zeitungsvertrieb, der Postauftrags-, der Postüberweisungs- und Scheckverkehr sowie das Postprotestverfahren u. a. m. Durch die hiermit verbundenen größeren Ausgaben wird auch das finanzielle Ergebnis weniger günstig gestaltet.

7. Die Mehreinnahme, welche die russische Postverwaltung im Vergleich zu der deutschen und britischen hat, ist zurückzuführen auf

a) die fast durchweg höheren Tarife, hauptsächlich die für Briefe, Pakete, Postanweisungen, die höhere Versicherungsgebühr für Wertsendungen sowie den höheren Telegraphen- und Fernsprechtarif,

b) die geringeren Betriebskosten infolge

1. der allgemeinen in Rußland bestehenden niedrigeren Preisverhältnisse und der geringeren Ausgaben für die Besoldungen entsprechend der Bewertung der Leistungen,

2. der Absatzorganisation und der Übertragung eines großen Teils der Unterhaltungskosten der Postanstalten auf die Empfänger und der unbedeutenden Aufwendungen für das Landbestellwesen durch Übertragung von Leistungen auf die Semstwos und Gemeinden sowie infolge der äußerst niedrigen Kosten für die Beförderung der Sendungen auf den Eisenbahnen.

c) das Fehlen der Ausgaben für Pensionen, Witwen- und Waisengelder, weil erstere bei dem allgemeinen Pensionsfonds verrechnet und letztere nicht gezahlt werden.

8. Bei der britischen Postverwaltung haben die Mehreinnahmen gegenüber der deutschen ferner noch im folgenden ihren Grund:

a) In der Beschränkung des Höchstgewichts für Drucksachen und Pakete sowie des Postanweisungsverkehrs.

b) In den Tarifen: Keine Portoermäßigung für Briefe im Orts- und Nachbarortsverkehr sowie für Pakete auf kleinere Entfernungen, höhere Tarife für Pakete, Postanweisungen sowie den Fernsprechverkehr und Sondertarif für Leistungen, die nicht der Allgemeinheit, sondern nur einzelnen zugutekommen (Spätlingsgebühren, Fachmieten usw.).

c) In der Organisation des Absatzes: Bedeutend größere Zahl von Postanstalten, die durch Nichtberufsbeamte verwaltet werden. Annahme von Postanweisungen nur bei einem Teil der Postanstalten. Beschränkung der Annahmezeiten für die Sendungen.

d) In den geringeren Betriebskosten infolge der

1. größeren Zentralisation des Betriebes vor allem in London, der Einrichtung der Sub-Offices und der geringeren Ausdehnung des Landbestellwesens,

2. Verwendung jugendlicher, weiblicher und nicht angestellter Personen in größtem Umfange nach Art der britischen Unternehmungen (Fabriken, Geschäfte usw.) bei geringerer Bezahlung,

3. Beförderung eines großen Teils der Postsendungen mit eigenen Beförderungsmitteln (Einrichtung von

Automobilkursen auch auf weitere Entfernungen) und der Übernahme eines großen Teiles der Dampfersubventionen durch die Kolonien usw. und

4. Ausscheidung der Kosten für Erweiterung der Telegraphen- und Fernsprechanlagen aus den fortlaufenden Ausgaben und dem laufenden Etat der Post.

c) In den geringeren Zahlungen an Pensionen (niedrigerer Höchstsatz) und dem Fehlen einer Hinterbliebenenfürsorge in Gestalt von Witwen- und Waisengeld und schließlich

f) in der größeren Zahl der Sendungen, welche von der britischen Postverwaltung für fremde Postverwaltungen im Transit befördert werden, und in der dadurch bedingten höheren Einnahme.

9. Dadurch, daß die Zahl der deutschen Postanstalten um rund 10000 und 20000 größer ist als die der britischen und russischen, hat die deutsche Postverwaltung bedeutend mehr Kosten.

10. Die höheren Besoldungen des Personals der deutschen Postverwaltung beeinträchtigen das finanzielle Ergebnis. Allein in den Jahren 1906—1910 sind für die Gehaltsaufbesserung des Personals rund 185 Millionen Mark verausgabt worden. In den Jahren 1901—1910 sind die Personalausgaben um 88 % gestiegen.

11. In Deutschland ist das Landbestellwesen, wie oben angeführt, wesentlich ausgedehnter als in Großbritannien und Rußland. Die hierdurch bedingten größeren Kosten wirken nachteilig auf das finanzielle Ergebnis.

12. Die unentgeltlichen Leistungen der deutschen Postverwaltung für andere Verwaltungen belasten den Etat in hohem Maße und werden nur zum Teil durch die Leistungen der Eisenbahnverwaltung aufgewogen.

Die deutsche Postverwaltung steht hinsichtlich des finanziellen Ergebnisses nicht so günstig da, wie die britische und russische. In dem zehnjährigen Zeitraum hat sich aber das

finanzielle Ergebnis der deutschen Postverwaltung wesentlich gebessert. Ihre Reineinnahmen sind um 256 % gestiegen, während die Roheinnahmen eine Zunahme von nur 70 % zeigen. Von den drei Verwaltungen hat die deutsche bei den Reineinnahmen die größte Steigerung. Diese ist eine Folge davon, daß die Ausgaben weniger angewachsen sind, als die Roheinnahmen, obwohl sehr hohe Mehrausgaben infolge der Gehaltsaufbesserung entstanden sind. Die verhältnismäßige Abnahme der Ausgaben kann nur als ein Beweis für eine wirtschaftlichere Einrichtung des Betriebes angesehen werden. Sie ist erreicht worden durch bessere Arbeitsteilung, Vereinfachungen im technischen Dienste und durch vermehrte Verwendung von Maschinen.

Bei der Beurteilung des finanziellen Ergebnisses verdienen aber auch die Leistungen der Post und die Bedeutung der Leistungen für das wirtschaftliche Leben in Betracht gezogen zu werden. Von den drei Verwaltungen hat die deutsche den größten Tätigkeitsbereich und die größten Leistungen aufzuweisen. Hinsichtlich der Frequenz nimmt die deutsche Verwaltung den ersten Platz ein.

Die Millionen, die von der deutschen Postverwaltung für den Betrieb im Verhältnis mehr verausgabt worden sind, haben sich durchaus bezahlt gemacht. Durch die Aufwendung dieser Millionen ist es möglich geworden, weiteren Kreisen Gelegenheit zu geben, die Post leichter zu benutzen und die Annehmlichkeiten der postalischen Einrichtungen zu genießen, mit der Außenwelt in Verbindung zu treten und von dort Anregung zu erhalten. Nur so gelang es abseits gelegenen Orten, an Handel und Gewerbe teilzunehmen und sich Absatzgebiete für ihre Produkte zu verschaffen. Auf diese Weise half man die agrarische Basis der Volkswirtschaft in einem Maße erweitern, wie sie für die Entwicklung des wirtschaftlichen Lebens und den Wohlstand unseres Landes nur von Vorteil sein kann.

Den Leistungen der deutschen Post, die auch bei der Ausführung der Versicherungsgesetze in großem Umfange mitwirkt, wird daher im Vergleich zu der britischen und russischen auch der größte volkswirtschaftliche Wert zugesprochen werden müssen.

Man kann nur wünschen, daß sich die Einnahmen und Ausgaben der deutschen Postverwaltung in derselben Weise

weiter entwickeln, wie in dem ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts, und daß es ihr gelingt, das Verhältnis der Ausgaben zu den Einnahmen noch günstiger zu gestalten und so auf höhere Reineinnahmen hinzuarbeiten, ohne dabei die Interessen der Allgemeinheit außer acht zu lassen und die Interessen des Einzelnen mehr, als sich der Allgemeinheit gegenüber vertreten läßt, zu berücksichtigen. Ob dann später einmal zu hohe Reineinnahmen Grund zu Tarifermäßigungen bieten, das ist eine Frage, deren Beantwortung außerhalb des Rahmens dieser Untersuchung fällt.

Literatur-Verzeichnis.

Allgemeine Dienstanweisung für Post und Telegraphie.
Appropriation Accounts. 1901—1908.
Archiv für Post und Telegraphie.
Berichte des russ. Finanzministers über das Reichsbudget. 1901—1912.
Berichte über die Ergebnisse der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung während der Rechnungsjahre 1901—1905 und 1906—1910.
Blätter für Post und Telegraphie.
Boas, Dr. A. Staatsbetrieb oder Privatbetrieb im Fernsprechwesen. Berlin 1912.
van der Borght, Dr. R. Das Verkehrswesen. Leipzig 1912.
— Die Entwicklung der Reichsfinanzen. Leipzig 1908.
Cohn, G. System der Finanzwirtschaft. Stuttgart 1889.
— Eisenbahnen, Wasserstraßen in dem preuß. Staatshaushalt (Schmollers Jahrbuch 1894).
v. Czörnig. Das österreichische Budget. Wien 1862.
Denkschrift zur Reichsfinanzvorlage. Berlin 1908.
Deutsche Verkehrs-Zeitung.
Entwürfe des russ. Reichsbudgets der Einnahmen und Ausgaben. 1907—1912.
Estimates for Revenue Departments. 1901—1910.
Finance Accounts of the united Kingdom. 1901—1910.
Finster, Dr. Die deutsche Reichspost im Dienste der Arbeiterversicherung. Berlin 1905.
Gneist, Rud. Das englische Verwaltungsrecht. Berlin 1883.
Golowin, K. Rußlands Finanzpolitik und die Aufgaben der Zukunft. Leipzig 1900.
Gribowski, Dr. Das Staatsrecht des russischen Reiches. Tübingen 1912.
Grunzel, Dr. J. System der Verkehrspolitik. Leipzig 1908.
Günther, Dr. E. Die europäischen Fernsprechgebührentarife. Jena 1910.
Haß, Fr. Die Post und der Charakter ihrer Einkünfte. Stuttgart 1890.
Handbuch der politischen Ökonomie. Finanzwissenschaft und Verwaltungslehre. Tübingen 1897.
Handwörterbuch der Staatswissenschaften. 3. Aufl. Jena 1913.
Hatschek, Dr. J. Englisches Staatsrecht. Tübingen 1906.
— Das Staatsrecht des vereinigten Königreichs Großbritannien und Irland. Tübingen 1914.
v. Heckel, M. Das Budget. Leipzig 1898.
Hull, Ch. H. Die deutsche Reichspaketpost. Jena 1892.
Journal officiel de la république française. Paris 1897.
Jung, J. Die Entwicklung des deutschen Post- und Telegraphenwesens. Leipzig 1893.
Jürgensohn, A. Weltportoreform. Berlin 1909.
Lowell A. Lawrence. Die englische Verfassung. Autor. deutsche Ausgabe. Leipzig 1913.

La Russie à la fin du 19e Siècle. Paris 1900.
(publié sous la Direction de M. W. de Kovalewsky. Adjoint du Ministre des Finances de Russie.)
Palme, Dr. A. Die russische Verfassung. Berlin 1910.
Poppe, Dr. F. Die finanziellen Beziehungen zwischen Post und Eisenbahnen in Deutschland. Berlin 1911.
Post Office Guide 1910. London.
Rau, K. H. Lehrbuch der politischen Ökonomie. Bd. 3. Finanzwissenschaft 5. Aufl. Leipzig und Heidelberg 1864.
Recueil de renseignements sur l'organisation des administrations de l'union et sur leurs services internes. Lausanne 1911.
Reports of the Postmaster General. 1901—1910. London.
v. Riecke, K. V. Die internationale Statistik, ihre Ziele und ihre Grenzen. Stuttgart 1876.
Roscher. Die Nationalökonomik des Handels und Gewerbefleißes. 7. Aufl. Stuttgart 1899.
Rußlands Kultur und Volkswirtschaft. Berlin 1913.
Russische Post- und Telegraphenstatistik. 1901—1910. St. Petersburg (in russischer Sprache).
Sax, Dr. E. Die Verkehrsmittel in Volks- und Staatswirtschaft. Wien 1878.
Schwaighofer, Dr. H. Die Grundlagen der Preisbildung im elektrischen Nachrichtenverkehr. München 1902.
Schwarz, O. Die Finanzsysteme der Großmächte. Berlin 1909.
Sieblist, O. Die Post im Auslande. Berlin 1909.
St. Petersburger Zeitung. 1908—1912.
Statistisches Jahrbuch für das deutsche Reich. 1901—1912.
Statistik der Reichspost- und Telegraphenverwaltung. 1901—1908 und 1910.
Statistique générale du service postal, — de la télégraphie, — de la téléphonie. Berne.
Stephan, H. Geschichte der preuß. Post. Berlin 1856.
The Post Office. London. August 1911.
The Statesmans Year Book. London 1911.
Triest, Dr. W. Die Podbielskischen Postreformen und ihre finanzielle Bedeutung. Leipzig 1904.
Tugan, — Baranowsky, M. Geschichte der russischen Fabrik. Berlin 1900.
Ullrich, Dr. P. Die Finanzen der Reichspost- und Telegraphenverwaltung. Stettin 1909.
Übersichten über die Einnahmen und Ausgaben des Deutschen Reiches. 1901—1910.
L'union postale. Berne.
Wagner, Dr. A. Finanzwissenschaft. Leipzig 1890.
— Theoretische Sozialökonomik I. Leipzig 1907.
— O. Die Frau im Dienste der Reichspost- und Telegraphenverwaltung. Leipzig 1913.
Frhr. zu Weichs-Glon, Fr. Das finanzielle und soziale Wesen der modernen Verkehrsmittel. Tübingen 1894.
Willgren, Dr. K. Das Staatsbudget, dessen Aufbau und Verhältnis zur Staatsrechnung. Helsingfors 1899.

Anlagen.

1. Rechnungsmäßige Einnahmen und Ausgaben der deutschen, britischen und russischen Postverwaltung.
2. Rechnungsmäßige Reineinnahmen.
3. Die Verhältniszahlen für die Gesamtausgaben, Reineinnahmen sowie die Ausgaben für Besoldungen und Ruhegehälter.
4. Ausgaben für Besoldungen, Ruhegehälter sowie Witwen- und Waisengelder.
5. a) Die für die britische Postverwaltung verausgabten Beträge, welche nicht bei dem Etat der Post, sondern bei dem Etat anderer Verwaltungen verrechnet werden.
   b) Die an Fernsprechbaukosten aufgewendeten und nicht auf den Etat der britischen Post übernommenen Beträge.
6. Zahl der in Deutschland, Großbritannien und Rußland auf einen Einwohner entfallenden aufgelieferten Sendungen.
7. Verkehrsdichte der deutschen, britischen und russischen Post.
8. Übersicht über die Erwerbs- und Berufstätigkeit.
9. Geschäftsumfang der deutschen, britischen und russischen Postverwaltung.
10. Die wichtigsten Porto-Tarife. a) Briefe usw. b) Postanweisungen. c) Briefe mit Wertangabe. d) Pakete. e) Zeitungen. f) Sondertarife (besondere Gebühren) der britischen Post. g) Gebühren für den Anschluß an Ortsfernsprechnetze.
11. Übersicht über die Besoldungssätze der bei den Post- und Telegraphenämtern angestellten Beamten, Beamtinnen und Unterbeamten.
12. Die Einnahmen an Telegraphen- und Fernsprechgebühren, die Ausgaben für Telegraphen- und Fernsprechbau- sowie Unterhaltungskosten im laufenden Etat der deutschen, britischen und russischen Postverwaltung.

Anlage 1.

Rechnungsmäßige Einnahmen und Ausgaben.

Im Jahre	Deutsche Post- und Telegraphen-Verwaltung. Millionen M.			Im Jahre	Deutsche Post- und Telegraphenverwaltung. Millionen M.				Russische
	1. Einnahmen:				2. Ausgaben:				
						Hiervon betragen die einmaligen Ausgaben:		Hiervon sind bei dem Titel anderer Verwaltungen berechnet:	
1901	413,6	361,0	112,4	1901	393,3	19,3	305,7	9,9	76,4
1902	437,0	373,3	117,8	1902	394,5	12,1	314,7	10,8	79,9
1903	465,1	391,6	126,1	1903	413,0	11,8	331,6	13,4	84,0
1904	487,7	403,9	143,6	1904	434,0	12,9	339,8	15,5	87,0
1905	526,9	426,3	154,1	1905	467,9	14,1	351,6	17,1	93,9
1906	564,6	436,5	160,8	1906	505,3	14,7	360,0	15,3	98,9
1907	597,1	452,8	165,5	1907	559,8	35,8	383,9	16,7	100,1
1908	623,3	454,9	172,6	1908	576,5	35,2	—[1]	—	108,1
1909	667,8	471,2	189,8	1909	660,6	49,7	—	—	120,8
1910	705,7	493,6	205,7	1910	633,4	15,7	426,9	16,9	130,5

[1]) Die Angaben waren nicht zu erhalten, da die Parlamentspapiere für diese Jahre nach Deutschland noch nicht geliefert waren.

Anlage 2.

Rechnungsmäßige Reineinnahmen.

Im Jahre	Deutsche Post- und Telegraphenverwaltung. Millionen M.		Britische Post- und Telegraphenverwaltung. Millionen M.		Russische Post- und Telegraphenverwaltung. Millionen M.
		Wenn die einmaligen Ausgaben nicht berücksichtigt werden:		Wenn die bei dem Titel anderer Verwaltungen verausgabten Beträge nicht berücksichtigt werden:	
1901	20,2	39,6	55,3	65,2	35,8
1902	42,4	54,6	58,6	69,4	37,8
1903	51,9	63,8	60,0	73,4	42,7
1904	53,6	66,5	64,1	79,6	55,4
1905	59,3	73,5	74,7	91,8	58,8
1906	59,2	74,0	76,5	91,8	60,4
1907	37,2[1])	73,0	68,9	85,6	64,3
1908	46,7	82,0	—[3])	—[3])	63,0
1909	4,2[2])	54,0	—[3])	—[3])	67,5
1910	72,1	87,9	66,7	83,6	73,7

Auf den Kopf der Bevölkerung entfallen Mark

	im Reichspostgebiet:		in Großbritannien:		in Rußland:
1901	0,41	0,82	1,3	1,5	0,28
1905	1,1	1,4	1,7	2,1	0,4
1910	1,2	1,58	1,4	1,8	0,4

Einwohnerzahlen

	im Reichpostgebiet:	in Großbritannien:	in Rußland:
1901	48,0	41,6	129
1905	51,7	43,3	151
1910	55,5	45,1	165

[1]) Abnahme infolge außergewöhnlicher Ausgaben (einmalige Beihilfen an Beamte und Unterbeamte) 18.5 Mill. M.

[2]) Abnahme infolge außergewöhnlicher Ausgaben (Nachzahlung an Gehalt für 1908 19,7 Mill. M., aus Anlaß der Besoldungsaufbesserung 53,7 Mill. M. abzüglich der für 1908 bereits im Vorjahre gezahlten Beihilfen, so daß für 1909 33,9 Mill. M. zu verausgaben waren.

[3]) Vgl. Anm. Anlage 1.

Anlage 3.

Die Verhältniszahlen

für die Gesamtausgaben, Reineinnahmen sowie die Ausgaben für Besoldungen und Ruhegehälter.

1. Von der Gesamteinnahme der

Im Jahre	deutschen	britischen	russischen	deutschen	britischen	russischen	deutschen	britischen	russischen
	Post- und Telegraphenverwaltung betragen die								
	Ausgaben			Reineinnahmen			Besoldungen		
	Prozent								
1901	95[1])	84[1])	68,1	4,8[1])	15,2[1])	31,8	50,5[1])	50[1])	31,2
1902	90	84	67,9	9,7	15,5	32,1	50,6	50	31,1
1903	88	84,6	67,1	11,1	15,3	34,6	49,8	49	30,8
1904	89	84,1	60,6	11	15,8	39,5	50,4	49	28,4
1905	88	82,3	60,9	11,2	17,3	38,1	49,8	49	28,1
1906	84	82,5	61,5	14,9	17,4	38,5	50,8	50	28,6
1907	93[2])	84,7	60,0	6,2[2])	15,0	38,8	50,1	51	30,2
1908	92[2])	—[3])	62,7	7,4[2])	—[3])	36,5	53,6	—[3])	31,3
1909	91	—[3])	63,5	0,6	—[3])	35,5	—[4])	—[3])	32
1910	89	86,3	63,4	12,2	13,3	36,2	55,7	51	32,4

2. Von der Gesamtausgabe der

Im Jahre	deutschen	britischen	russischen	deutschen	britischen
	Post- und Telegraphenverwaltung betragen die				
	Besoldungen			Ruhegehälter	
	Prozent				
1901	53[1])	60[1])	45,8	3,9[1])	2,6[1])
1902	56	60	45,8	4,1	2,6
1903	55	58	45,0	4,1	2,7
1904	56	58	44,1	4,0	2,8
1905	56	60	46,7	3,8	2,8
1906	56	60	46,8	3,7	2,9
1907	54	60	50,0	3,5	3,0
1908	56	—[3])	54,0	3,4	—[3])
1909	—[4])	—[3])	53	—	—[3])
1910	62	59	51	3,8	3,8

[1]) Bei der deutschen Postverwaltung sind die einmaligen Ausgaben und bei der britischen Postverwaltung die bei dem Titel anderer Verwaltungen verrechneten Beträge berücksichtigt.

[2]) Steigerung bez. Abnahme infolge außergewöhnlicher Ausgaben vgl. Anm. 1 und 2, Anlage 2.

[3]) Vgl. Anm. Anlage 1.

[4]) Für 1909 sind keine Angaben veröffentlicht.

Anlage 4. **Ausgaben für Besoldungen, Ruhegehälter, sowie Witwen- und Waisengelder.**

Im Jahre	Deutsche Post- und Telegraphenverwaltung. Millionen M.	Britische Post- und Telegraphenverwaltung. Millionen M.	Russische Post- und Telegraphenverwaltung. Millionen M.
	a) Besoldungen.		
1901	200,0	35,0	15,7
1902	221,3	36,5	16,4
1903	234,6	38,4	17,0
1904	249,2	40,6	17,5
1905	262,5	43,8	18,2
1906	285,9	46,4	18,8
1907	307,0	48,2	19,8
1908	324,3	50,0	20,1
1909		54,1	24,3
1910	391,6	60,8	—
		66,8	16,2
	b) Ruhegehälter.		
1901			8,1[1])
1902			8,4
1903			9,1
1904			9,6
1905			10,1
1906			10,9
1907			11,5
1908			12,1
1909			—
1910			16,2

[1]) Weniger als von der deutschen Post- und Telegraphenverwaltung:

Im Jahre:	1901	1902	1903	1904	1905	1906	1907	1908	1910
	7,5	8,0	7,9	7,9	8,1	7,9	8,3	8,0	8,1 Millionen M.

Anlage 5.

a) Die für die britische Post- und Telegraphenverwaltung veransgabten Beträge, welche nicht bei dem Etat der Post, sondern bei dem Etat anderer Verwaltungen verrechnet werden.

Im Jahre	Gesamtbetrag der bei dem Etat anderer Verwaltungen verrechneten Kosten[1])	Hiervon befinden sich: Bankosten	Abgaben	Bureaukosten
		Millionen M.		
1901	9,9	5,3	1,4	2,8
1902	10,8	5,9	1,4	2,8
1903	13,4	8,5	1,5	2,9
1904	15,5	10,4	1,6	2,9
1905	17,1	11,6	1,7	3,1
1906	15,3	10,3	1,9	2,9
1907	16,7	10,9	1,9	3,3
1908	—	—	—	—[2])
1909	—	—	—	—[2])
1910	16,9	11,1	2,2	2,8

[1]) Aus der Zusammenstellung in den Appropriations. [2]) Die Parlamentsdrucksachen waren noch nicht geliefert.

b) Die an Fernsprech-Baukosten aufgewendeten und nicht auf den Etat der Post übernommenen Beträge.

Im Jahre	Millionen M.
1901	20,4
1902	16,7
1903	13,9
1904	14,4
1905	15,5
1906	26,1
1907	21,8
1908	26,1
1909	18,5
1910	16,3

c) Witwen- und Waisengelder der deutschen Post- und Telegraphenverwaltung.

Im Jahre	Millionen M.	
1901	5,1	In Großbritannien und Rußland werden Witwen- und Waisengelder nicht gezahlt.
1902	5,5	
1903	5,9	
1904	6,3	
1905	6,8	
1906	7,2	
1907	7,6	
1908	8,1	
1909		
1910	9,3	

Anlage 6. **Zahl der in Deutschland, Großbritannien und Rußland auf einen Einwohner entfallenden aufgelieferten Sendungen für die Jahre 1901, 1905 und 1910[1]).**

Im Jahre	Deutschland	Großbritannien	Rußland	Deutschland	Großbritannien	Rußland
	I. Postverkehr.					
	1. Briefe und Postkarten.			2. Drucksachen, Geschäftspapiere, Warenproben, Zeitungsnummern.		
1901	48,9	69,9	3,7	42,8	22,5	2,6
1905	56,2	81,0	5,3	50,1	24,9	3,7
1910	66,2	84,9	7,8	58,9	27,0	3,9
	3. Pakete, Wertsendungen, Postanweisungen, Postnachnahmebriefsendungen, Postauftragsbriefe.			4. Postsendungen überhaupt.		
1901	6,3	4,3	0,2	98	96,7	6,5
1905	7,0	4,7	0,3	113,3	110,6	9,3
1910	8,1	5,5	0,4	133,2	117,4	12,1
	II. Telegrammverkehr.			III. Fernsprechverkehr.		
	Aufgegebene Telegramme entfallen auf 100 Einwohner			Zahl der Gespräche in 1000 St.		
1901	66,9	212,5	12,9	692687	—	102796
(1903)	—	—	—	—	483014	
1905	68,4	202	15,4	1081169	544353	258447
1910	71,4	186	18,6	1664663	685098	431022

[1]) Statistik der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung und Statistique générale du service postal, de la télégraphie, de la téléphonie a. a. O.

Anlage 7. **Verkehrsdichte der deutschen, britischen und russischen Post in den Jahren 1901, 1905 und 1910.**

Im Jahre	Einwohner auf 1 qkm D.[1])	B.[1])	R.[1])	Zahl der Postanstalten D.	B.	R.	Eine Postanstalt entfällt auf qkm D.	B.	R.	Einwohner D.	B.	R.
	A. Postwesen.											
1901	108	129	6	32162	22189	11244	13,8	14,3	1995	1492	1847	11492
1905	116	135	6	32923	23068	12620	13,5	13,7	1777	1572	1859	10697
1910	125	143	6	34417	23925	14481	12,9	13,1	1549	1615	1886	10013
	B. Telegraphenwesen.											
				Zahl d. Telegraphenanstalten			Eine Telegraphenanstalt auf					
1901				17073	9171	2798	26,1	27,5	3875	2813	3561	22320
1905				22246	10333	3227	20,0	25,0	3181	2328	3380	19143
1910				30366	11350	3783	14,7	22,8	2821	1831	3270	18237
	C. Fernsprechwesen.											
				Zahl d. Fernsprechanstalten			Eine Fernsprechanstalt auf					
1901				15179	—	91	29,3	—	246520	3164	—	1,4 Mill.
1905				21449	232	97	20,8	1365	281273	2415	184480	1,3 „
1910				29881	506	110	14,9	621	198530	1860	88420	1,2 „
				Zahl der Ortsfernsprechnetze			Eine Sprechstelle entfällt auf qkm			Einwohner		
				Sprechstellen								
1901	Ortsfernsprechnetze			2952	—	91	1,5	—	567	164	—	3261
	Sprechstellen			291835		39557						
1905	Ortsfernsprechnetze			4062	1096	97	0,8	0,76	332	101,3	103	2002
	Sprechstellen			510831	412727	67406						
1910	Ortsfernsprechnetze			5343	1838	110	0,4	0,5	197	61	75	1276
	Sprechstellen			907767	587703	113583						

[1]) D., B., R. bedeutet deutsche, britische, russische Postverwaltung.

Anlage 8.

Übersicht über die Erwerbs- und Berufstätigkeit.[1])

1. Die Erwerbstätigen unter der Gesamtbevölkerung.

	Jahr	Gesamtbevölkerung	Erwerbstätig	Erwerbstätig in Prozent
Deutsches Reich	1907	61720529	28092117	45,5
Großbritannien und Irland	1911	45221615	20146806	44,6
Rußland	1897	125640021	31271349[2])	24,9

2. Die Erwerbstätigen nach Berufsabteilungen.

	Land- u. Forstwirtschaft, Fischerei	Industrie, Bergbau	Handel und Verkehr	Armee und Marine	Sonstiger öffentlicher Dienst u. Berufe	Häusliche (persönl.) Dienstboten	Sonstige Erwerbstätige
Deutsches Reich	35,2	40,0	12,4	2,3	3,9	4,5	1,7
Großbritannien und Irland . .	12	44,9	24,2	1,2	5,6	8,5	3,6
Rußland	58,3	17,9	7,1	3,6	3,8	5,2	4,1

[1]) Stat. Jahrbuch für das Deutsche Reich. Internationale Übersichten.
[2]) Ausschließlich der unselbständigen erwerbstätigen Angehörigen.

Anlage 9.

Geschäftsumfang der deutschen, britischen und russischen Postverwaltung.[1])

Geschäftszweige	Deutsche Postverwaltung	Britische Postverwaltung	Russische Postverwaltung	Bemerkungen
1. Briefpost	ja	ja	ja	
2. Zeitungsvertrieb	ja	nein	nein	
3. Pakete	bis 50 kg	bis 11 Pfd.	bis 3 Pud	
4. Wertbriefe	ja	nein	ja	
5. Postanweisungen	ja	ja	ja	
6. Postaufträge	ja	nein	nein	
7. Nachnahmesendungen .	ja	nein	eingeschriebene Briefe	
8. Zahlkarten, Zahlungsanweisungen, Kassenschecks	ja	nein	nein	
9. Reisende	ja	nein	ja	unbedeutend
10. Postsparkasse	nein	ja	nur in Finnland	
11. Lebensversicherung, Leibrenten	nein	ja	nein	
12. Mitwirkung bei Ausführung von Gesetzen f. and. Verwaltungen	ja	ja	nein	
13. Telegraphie	ja	ja	ja	
14. Fernsprechverkehr . . .	ja	ja	ja	
15. Postausweis und Postlagerkarten	ja	nein	nein	
16. Postprotest-Verfahren .	ja	nein	nein	

[1]) Recueil, S. 588—616 Großbritannien, S. 1271—1284 Rußland, und Sieblist, S. 88—107, S. 271—282. — Post Office Guide 1910, p. 4—16.

Anlage 10a.

Die wichtigsten Porto-Tarife.[1])

Deutsche Postverwaltung	Britische Postverwaltung	Russische Postverwaltung
a) Briefe, Kartenbriefe usw.		
1. Briefe:		
bis 20 g 10 Pf. über 20—25 g 20 „	bis 4 Uz. (113 g) 1 d. (8 Pf.), für jede weiteren 2 Uz. (56,5 g) 2 d. (17 Pf.).	für jedes Lot (12,75 g) 7 Kop. (15 Pf.).
Zuschlag für unfrankierte Briefe 10 Pf.	Unfrankiert oder unzureichend frankiert das Doppelte des fehlenden Frankos.	Unfrankiert: Doppelte Brieftaxe abzüglich des Wertes der verklebten Wertzeichen.
Ortsbriefe bis 250 g 5 Pf.		Ortsbriefe bis 1 Pfd. (409 g) 3 Kop. (6,5 Pf.),
Unfrankiert 10 „		in Petersburg und Moskau 5 Kop. (11 Pf.).
2. Kartenbriefe:		
10 Pf.	1 d. (8 Pf.), mit Zuschlag für Herstellungskosten für 2 Stück $^1/_4$ d (2 Pf.).	für den Ort 5 Kop. (11 Pf.), für das Inland 7 Kop. (15 Pf.).
3. Postkarten:		
5 Pf.	$^1/_2$ d. (4 Pf.), mit Zuschlag für Herstellungskosten.	3 Kop. (6,5 Pf.).
4. Drucksachen:		
bis 50 g 3 Pf. „ 100 „ 5 „ „ 250 „ 10 „ „ 500 „ 20 „ „ 1 kg — „ 30 „ (Meistgewicht.)	bis 4 Uz. (113 g) $^1/_2$ d. (4 Pf.). Unfrankiert 1 d. (8 Pf.). [2])	für je 4 Lot (51 g) 2 Kop. (4 Pf.). Ortssendungen: bis 1 L. (12,75 g) 1 Kop. (2 Pf.), für weitere je 8 L. (102 g) 2 Kop. (4 Pf.). [2]) [3]) Meistgewicht 156 L. (2 kg), für Ortssendungen 32 L. (409 g).
5. Geschäftspapiere:		
bis 250 g 10 Pf. „ 500 „ 20 „ „ 1 kg — „ 30 „		bis 12 Lot (143 g) 7 Kop. (15 Pf.), bis 16 Lot (204 g) 8 Kop. (18 Pf.), für weitere je 4 Lot mehr 2 Kop. (4 Pf.). Ortssendungen: für je 4 Lot (51 g) 2 Kop. (4 Pf.), mindestens 3 Kop. (6,5 Pf.), in Petersburg und Moskau [2]) [3]) 5 Kop. (11 Pf.).

[1]) Die wichtigsten Telegraphentarife und die Gesprächsgebührentarife sind, da sie im Text der Arbeit angegeben, hier nicht aufgenommen.
[2]) Unzureichend frankiert: Das Doppelte des fehlenden Portos.
[3]) Unfrankiert nicht zugelassen.

Anlage 10a, b u. c.

Deutsche	Britische	Russische
	Postverwaltung	
6. Warenproben:		
bis 250 g 10 Pf. „ 350 „ 20 „		für je 4 Lot (51 g) 2 Kop. (4 Pf.), mindestens 3 Kop. (6,5 Pf.). [1] [2]
b) Postanweisungen.		
bis 5 M. 10 Pf. „ 100 „ 20 „ „ 200 „ 30 „ „ 400 „ 40 „ „ 600 „ 50 „ „ 800 „ 60 „	bis 1 £ (20,4 M.) 2 d. (16 Pf.) „ 3 „ (61,2 „) 3 „ (24 „) „ 10 „ (204,0 „) 4 „ (32 „) „ 20 „ (408,0 „) 6 „ (48 „) „ 30 „ (612,0 „) 8 „ (64 „) „ 40 „ (816,0 „) 10 „ (82 „)	bis 25 Rbl. (54 M.) 15 Kop. (32 Pf.), bis 100 Rbl. (216 M.) 25 Kop. (54 Pf.), über 100 Rbl. für die ersten 25 Rbl. mehr 15 Kop. (32 Pf.), für die weiteren 75 Rbl. eines Hunderts mehr 10 Kop. (21 Pf.), bis 5000 Rbl.
	Keine Bestellung.	Bestellung nur auf Verlangen in Orten, wo Briefe mit Wertangabe bis 500 Rbl. bestellt werden.
	Postal Orders.	
	Die Postal Orders lauten auf 41 feste, durch 6 d. teilbare Beträge von 6 d. bis 1 £ sowie 1 £ 1 d. Gebühren: bis 2½ sh. ½ d. (4 Pf.), 3 bis 15 sh. 1 d. (8 Pf.), für höhere Beträge 1½ d. (12 Pf.). Die Beträge müssen bei dem Postamt abgehoben werden.	
	c) Briefe mit Wertangabe.	
1. Porto bis 10 geogr. Meilen 20 Pf., über 10 geogr. Meilen 40 Pf., für unfrankierte Briefe Zuschlag 10 Pf.		1. Porto wie für gewöhnliche Briefe. Meistgewicht 20 Pfd. (8 kg 180 g), im Orte 1 Pfd. (409 g).
2. Versicherungsgebühr für je 300 M. oder einen Teil von 300 M. 5 Pf., mindestens 10 Pf.		2. Versicherungsgebühr bis 10 Rbl. (21 M.) 10 Kop. (21 Pf.), bis 100 Rbl. (216 M.) 25 Kop. (54 Pf.), über 100 Rbl. für die ersten 100 Rbl. 25 Kop. (54 Pf.), für je weitere 100 Rbl. 15 Kop. (32 Pf.).
Unfrankiert: Zuschlag 10 Pf.		Frankierungszwang.

[1] Unzureichend frankiert: Das Doppelte des fehlenden Portos.
[2] Unfrankiert nicht zugelassen.

Anlage 10d.

Deutsche	Britische	Russische
	Postverwaltung	
d) Pakete.		
1. bis zum Gewicht von		
5 kg	11 Pfd. (4,98 kg)	12 Pfd. (4,9 kg)
nach Orten in einer Entfernung bis 10 geogr. Meilen (74,2 km) 25 Pf., über 10 geogr. Meilen (74,2 km) 50 Pf.	bis 1 Pfd. (453 g) 3 d. (24 Pf.), bis 2 Pfd. (906 g) 4 d. (32 Pf.), für jedes weitere Pfd. 1 d. (8 Pf.) mehr bis 11 Pfd. (4,98 kg) 11 d. (94 Pf.).	nach Orten im europäischen Rußland mit Transkaukasien bis 2 Pfd. (818 g) 25 Kop. (54 Pf.), bis 7 Pfd. (2,8 kg) 45 Kop. (96 Pf.), bis 12 Pfd. (4,9 kg) 65 Kop. (1,4 M.). Bei den 3 Gewichtsstufen mehr nach dem westl. Sibirien 10 20 30 Kop. (21 Pf.) (43 Pf.) (65 Pf.). nach dem östl. Sibirien 20 40 60 Kop. (43 Pf.) (86 Pf.) (1,30 M.).
Unfrankiert: Zuschlag 10 Pf.	Frankozwang.	Frankozwang.
2. im Gewicht über		
5 kg	11 Pfd. nicht zugelassen.	12 Pfd.
Für die ersten 5 kg und 12 Pfd. (4,9 kg) den oben angegebenen Satz, für jedes weitere		
kg nach Orten in einer Entfernung bis 10 geogr. Meilen (74,2 km) 5 Pf. über 10—20 geogr. Meilen (— 148 km) 10 Pf. 20—50 geogr. Meilen (— 371 km) 20 Pf. 50—100 geogr. Meilen (— 742 km) 30 Pf. 100—150 geogr. Meilen (— 1113 km) 40 Pf. 150 geogr. Meilen (— 1113 km) 50 Pf.		Pfd. (0,4 kg) nach Orten in einer Entfernung bis 500 Werst (533 km) 5 Kop. (11 Pf.), 1000 Werst (1067 km) 10 Kop. (22 Pf.), 2000 Werst (2134 km) 20 Kop. (44 Pf.), für 1000 Werst (1067 km) mehr 5 Kop. (11 Pf.). Für Pakete, die im Aufgabe-Gouvernement verbleiben, im europäischen Rußland (mit Transkaukasien) und in einigen Gebieten vom asiatischen Rußland 5 Kop. (11 Pf.) und im übrigen asiatischen Rußland 10 Kop. (22 Pf.) für jedes Pfund über 12 Pfd.
Für unfrankierte Pakete kein Portozuschlag. Zulässig bis zu 50 kg.		Frankozwang. Zulässig bis 3 Pud oder 120 Pfd. (49 kg).

Für Wertpakete: Porto für gewöhnliche Pakete und Versicherungsgebühr wie für Briefe mit Wertangabe.

Anlage 10e.

Zeitungen und Zeitschriften.

1. Deutsche Postverwaltung.

a) 2 Pf. für jeden Monat der Bezugszeit.

b) 15 Pf. für das wöchentlich einmalige oder seltenere Erscheinen sowie 15 Pf. jährlich für jede weitere Ausgabe in der Woche.

c) 10 Pf. jährlich für jedes Kilogramm des Jahresgewichts unter Gewährung eines Freigewichts von je 1 kg jährlich für soviel Ausgaben, wie der Gebühr unter b) unterliegen.

2. Britische Postverwaltung.

a) Beim General-Postamt zur Versendung angemeldete und eingetragene Zeitungen usw. (registered newspapers).

Für die Eintragung jährlich 5 sh.

Für jede Zeitungsnummer (mit Beilage) $^1/_2$ d.

Unzureichend frankiert oder unfrankiert das Doppelte des fehlenden Portos.

Pakete bis 5 Pfd. zugelassen. Ausdehnung $2 \times 1 \times 1$ Fuß.

b) Nicht den Bestimmungen entsprechende Zeitungspakete bis 8 Unzen unterliegen der Taxe für unfrankierte Briefe, Pakete im Gewicht über 8 Unzen werden als Pakete behandelt und taxiert mit einer Zuschlagtaxe von 1 d.

Nicht angemeldete Zeitungen werden als Halfpennypakete taxiert.

3. Russische Postverwaltung.

Annahme der Bestellungen bei den Verlegern.

Es sind zu entrichten für Zeitungen, welche erscheinen

	jährlich	monatlich		wöchentlich		täglich		
nicht mehr als:	6	1	2	1	2	1	2	mal
Meistgewicht für eine Nummer Lot:	64 (816 g)	64 (816 g)	48 (612 g)	24 (306 g)	16 (204 g)	8 (102 g)	4 (51 g)	
% des Preises Kop.:	8	10	12	14	16	18	20	
Mindestgebühr:	40 Kop. (86 Pf.)	60 Kop. (1,30 M.)	80 Kop. (1,73 M.)	1 Rbl. (2,16 M.)	1 Rbl. 20 Kop. (2,59 M.)	1 Rbl. 40 Kop (3,02 M.)		

Bei Übergewicht für 1 Lot $^1/_4$ Kop. Zuschlag.

Die Zeitungen müssen, mit Aufschrift (Empfänger usw.) versehen unter Streifband aufgeliefert werden.

Anlage 10f.

Sondertarife (besondere Gebühren) der britischen Post.[1])

1. Spätlingsgebühr.

a) Für gewöhnliche Briefsendungen, nach Eintritt der Schlußzeit (in London bei den Postämtern in der Mitte der Stadt zwischen 6 und $7^1/_2$ Uhr nachmittags bei den übrigen Postanstalten früher) aufgeliefert, in die Bahnhofsbriefkasten und Sonntags in die hierzu bestimmten Briefkasten eingelegt $^1/_2$ d., für Halfpenny-Pakete und Zeitungen $^1/_4$—$^1/_2$ d., für Briefe nach dem Auslande 1—4 d.

b) Für Einschreibebriefe 2—6 d., je nach der Lage des Postamts, der Schluß- und der Auflieferungszeit 2—6 d. und sogar 1 sh. (General Post Office 7—$7^1/_2$ Uhr nachmittags).

c) Für Einschreibbriefe aus den Briefkasten.

2. Miete für Abholungsfächer.

Bei den Hauptämtern und Zweigpostanstalten Londons 3 £ 3 sh., bei den Hauptämtern der übrigen Orte 2 £ 2 sh., bei den Sub-Offices 1 £ 1 sh.

3. Gebühr für das Abholen von Sendungen für Personen ohne Abholungsfach.

a) Für einzelne gewöhnliche Sendungen für jede Nachfrage 3 d.

b) Für Einschreibsendungen für jede werktäglich einmalige Nachfrage $10^1/_2$ sh., bei täglich öfterem Nachfragen 1 £ 1 sh. Jahresgebühr.

c) Für das Abholen an Sonntagen $^2/_3$, seitens Personen, die in einem Landorte ohne Sonntagsbestellung wohnen, $^1/_3$ der gewöhnlichen Miete.

4. Gebühr für das regelmäßige Abholen der Pakete vom Postamt.

Miete eines Abholungsfaches wie für Briefe.

5. Gebühr für Postlagerpakete.

Für jeden Tag 1 d. Aufbewahrung bis 3 Wochen.

Lagergebühr: Höchstens 1 sh. 5 d.

6. Zustellung der Sendungen mittels verschließbarer Taschen.

Miete der Tasche 1 £ 1 sh. jährlich. Taschengebühr für das Überbringen der Tasche durch den Landbriefträger usw. 1. Taschengebühr nach dem Gewicht der leeren Tasche für jede Absendung 1 £ 1 sh. — 2 £ 2 sh. jährlich. 2. Beförderungsgebühr 15 sh. — 2 £ sh. jährlich.

---

[1]) Die deutsche Postverwaltung hat nur verhältnismäßig unbedeutende Sondertarife für dringende Pakete, Schließfächer für Abholer, Taschen, Auflieferung außerhalb der Schalterdienststunden usw.

Anlage 10g.

Gebühren für den Anschluß an Ortsfernsprechnetze.

Deutsche Postverwaltung	Britische Postverwaltung	Russische Postverwaltung
I. Pauschalgebühr.		
In Ortsfernsprechnetzen bis zu 50 Anschl. jährl. 80 M. mit 51— 100 „ „ 100 „ „ 101— 200 „ „ 120 „ „ 201— 500 „ „ 140 „ „ 501— 1000 „ „ 150 „ „ 1001— 5000 „ „ 160 „ „ 5001—20000 „ „ 170 „ „ mehr als 20000 „ „ 180 „	1. London. 1 Hauptanschluß innerhalb 2 Meilen (3,2 km) jährl. 17 £ (347 M.), für jede weitere 1/4 Meile (0,4 km) mehr jährl. 1 1/2 £ (31 M.). 2. Provinz. Bis 1907. 1 Privatanschluß bis 1/2 Meile (0,8 km) Doppelltg. jährl. 7 £ (143 M.), bis 3/4 Meile (1,2 km) Doppelltg. jährl. 8 £ (163 M.), bis 1 Meile (1,6 km) Doppelltg. jährl. 9 £ (184 M.). Bei mehr als 1 Meile Doppelleitung Berechnung der Pauschalgebühr nach der wirklichen Leitungslänge. Für 1 Geschäftsanschluß mehr 1 £ (20,4 M.). Seit 1907. 1 Hauptanschluß innerhalb 1 Meile (1,6 km) jährl. 8 £ (163 M.), für jede weitere 1/4 Meile (0,4 km) mehr jährl. 1 1/4 £ (25 M.).	1. Lodz. 1 Hauptanschluß jährl. 100 Rbl. (216 M.). 2. In den übrigen Netzen. 1 Hauptanschluß bis 2 Werst (2,1 km) jährl. 75 Rbl. (162 M.), für jede weitere Werst (1,6 km) mehr jährl. 15 Rbl. (32 M.).
II. Grundgebühr.		
In Ortsfernsprechnetzen bis zu 1000 Anschl. jährl. 60 M. mit 1001— 5000 „ „ 75 „ „ 5001—20000 „ „ 90 „ „ mehr als 20000 „ „ 100 „ Gesprächsgebühr 5 Pf.	1. London. Hauptanschluß jährl. 5 £ (102 M.). Für jede Verbindung 1 d (8 Pf.). 2. Provinz. Die Jahresgrundgebühr richtet sich nach der Zahl der Verbindungen: bis 500 Vbdgn. 5 £ (102 M.), „ 750 „ 6 „ (122 „), „ 1000 „ 7 „ (143 „), über 1000—2000 Vbdgn. für je 250 Vbdgn. 3/4 £ (15 M.) mehr, über 2000—4500 Vbdgn. für je 500 Vbdgn. 1 £ (20,4 M.) mehr. Für jede weitere Vbdg. bis 1250 2 d (17 Pf.) mehr, „ „ „ Vbdg. über 1250 bis 4500: 1 d (8 Pf.) mehr.	—

Anlage 11.

Übersicht

über die Besoldungssätze der bei den Post- und Telegraphenämtern usw. angestellten Beamten, Beamtinnen und Unterbeamten der deutschen, britischen und russischen Postverwaltung.

Deutsche Postverwaltung				Britische Postverwaltung			Russische Postverwaltung				
Dienststellung	Gehalt von / bis Mark		Wohnungsgeldzuschuß jährlich Mark	Dienststellung	Gehalt von / bis Mark		Dienststellung	Gehalt von / bis Mark		Tischgeld von / bis Mark	Wohnungsgeld Mark
Landbriefträger . .	1100	1400		Postmen, Porters .	800	1866	Diener, Boten u. die entsprech. Arbeiter	389	778	— —	3 Klassen
Postschaffner	1100	1700					Postillione, Jüngere	518	907	— —	I: 103
Kanzleidiener	1400	2000	150 480				ältere .	648	1036	— —	II: 77
Gehobene Unterbeamte	1400	2100					Inhaber von Postablagen mit Telegraphenbetrieb .	778	—	194 —	III: 51
Mechaniker	1400	3000		Mechaniker	1279	2345					—
Post und Telegraphengehilfinnen .	1300	1800	220 570	Weibliche Beamte	640	2132	Weibliche Beamte	774	1290	— —	20—30 % d. Gehalts
				„ Clerks	1333	2870	(6., 5. u. 4. Rangkl.)				
Post- und Telegraphenassistenten, Ober-Post- u. Telegraphen-Assistenten, Postverwalter	1800	3300		Tracers, Sorters, Bagmen, Sorters-Tracers, Sorting Clerks u. Telegraphists, Counter Clerks, Telegraphists			Beamte der 5. Rangklasse	778	—	— —	—
Post- u. Telegraphen-Sekretäre	1800	4200	330 800		746	3465	Beamte der 5. bis 1. Rangklasse . .	778	1728	194 864	—
Ober-Post- und Telegraphen-Sekretäre	2100	4500									
Postmeister, Oberpostpraktikanten	2100	4500	630 1300	Clerks	1333	6355	Geschäftsführer, Buchhalter . . .	1100	1540	950 1425	—
Post- u. Telegraphen-Inspektoren. . . .	2500	5000									
Post- u. Telegraphen-Direktoren	3000	7200	630 1300	Postmasters . . .	5956 im Durchschn.		Vorsteher, 5 Klass.	1080	2592	540 1296	freie Wohnung

Anlage 12.

Die Einnahmen an Telegraphen- und Fernsprechgebühren, die Ausgaben für Telegraphen- und Fernsprechbau- sowie Unterhaltungskosten im laufenden Etat der deutschen, britischen und russischen Postverwaltung in den Jahren 1901 bis 1910.

1. Einnahmen.

Im Jahre	a) Telegraphen-Gebühren			b) Fernsprech-Gebühren.			c) Insgesamt		
	D.[1])	B.[1])	R.[1])	D.	B.	R.	D.	B.	R.
	Millionen M.			Millionen M.			Millionen M.		
1901	32,6	69,3	39,4	39,2	Keine Angaben! In den Telegraphengebühren enthalten;	4,0	71,8	69,3	43,3
1902	32,6	73,4	40,0	45,3		3,8	77,9	73,4	43,8
1903	33,2	73,4	41,9	50,9		4,3	84,1	73,4	46,2
1904	36,2	77,5	49,9	60,5		4,9	96,7	77,5	54,8
1905	39,5	81,6	55,3	69,5		4,9	109,0	81,6	60,2
1906	41,7	85,6	55,3	80,2		5,3	122,0	85,6	60,6
1907	43,0	61,2	52,2	92,1	26,5	5,8	135,1	87,7	58
1908	42,2	61,2	51,8	102,2	30,6	6,4	144,4	91,8	58,2
1909	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1910	46,3	63,2	59,3	127,2	38,7	7,9	173,5	101,9	67,2

2. Telegraphen- und Fernsprechbau- sowie Unterhaltungskosten.

Im Jahre	Millionen Mark.			Prozent der Einnahme an Telegr.- u. Fernsprechgebühren.		
	D.	B.	R.	D.	B.	R.
1901	45,9	16[2])	7,7	63	23[2])	17
1902	38,3	16	7,7	49	21	17
1903	42,4	20	7,0	50	27	15
1904	38,3	18	7,3	45	23	13
1905	42,0	18	7,5	43	22	12
1906	46,7	18	6,8	42	22	11
1907	48,7	20	6,8	39	23	11
1908	43,1	22	7,9	31	23	13
1909	—	—	—	—	—	—
1910	39,1	27	12,2	27	20	18

3. Es betragen die Telegraphen- bez. Fernsprechgebühren:

Prozent der Gesamteinnahme.			
D.		B.	R.
Telegr. **7,8**		**19,1**	**35**
Fernspr. 9,4			3,5
Telegr. **7,5**		**19,1**	**35,8**
Fernspr. 13,2			3,2
Telegr. **6,6**		**12,8**	**28,8**
Fernspr. 18		7,8	3,9

[1]) Vgl. Anm. Anlage 7.

[2]) Die Fernsprechbaukosten, welche nicht auf den Etat der britischen Postverwaltung übernommen werden, sind hier nicht inbegriffen. Vgl. Anl. 5.

Vorstehende Arbeit wurde auf gütigen Rat des Herrn Geheimen Regierungsrats Professor Dr. Sering von mir ausgeführt. Es sei mir gestattet, auch an dieser Stelle dem genannten Herrn meinen aufrichtigen Dank hierfür auszusprechen sowie für das mir stets entgegengebrachte Wohlwollen bei der Ausführung der Arbeit. Auch Seiner Exzellenz dem Wirklichen Geheimen Regierungsrat Herrn Professor Dr. Ad. Wagner bin ich zu Dank verpflichtet, denn durch seine Vorlesungen und Übungen erhielt ich zunächst Anregung zum wissenschaftlichen Arbeiten; Exzellenz Wagner möchte ich daher ebenfalls aufrichtig danken.

Lebenslauf.

Am 17. September 1862 bin ich, Karl Friedrich Brust, Postdirektor, zur Zeit Hauptmann, zu Darmstadt geboren, als Sohn des Bibliothekbeamten Heinrich Brust und seiner Ehefrau Sophie, geb. Stephan, beide verstorben im Jahre 1871 und 1872. Ich besuchte das Gymnasium meiner Vaterstadt, bestand im März 1882 die Reifeprüfung und trat anfangs April dieses Jahres in den Postdienst ein. Die höhere Verwaltungsprüfung für Post und Telegraphie ist von mir am 5. November 1892 abgelegt worden. Nach Beschäftigung in Durchgangsstellen in den Ober-Postdirektionsbezirken Darmstadt, Frankfurt (Oder), Frankfurt (Main), Minden und Aachen wurde ich im April 1904 Postdirektor in Eydtkuhnen. Gleichzeitig ist mir vom Auswärtigen Amte die Ausführung von Kurierreisen nach St. Petersburg in Vertretung des Feldjägers bei der dortigen Botschaft übertragen worden. Bei den Kurierreisen war mir Gelegenheit gegeben, die russischen Verhältnisse näher kennen zu lernen als an der Grenze. Meine Betätigung bei der Unterbrechung der Post- und Telegraphenverbindungen während der russischen Wirren im Jahre 1905 hat Anerkennung gefunden u. a. durch Verleihung mehrerer Orden. Im Frühjahr 1909 erfolgte meine Versetzung nach Zehlendorf (Wannseebahn). Hier nahm ich die Gelegenheit wahr, in meiner dienstfreien Zeit Vorlesungen an der Universität Berlin zu hören, wonach ich seit Jahren gestrebt hatte. Vorlesungen habe ich gehört aus dem Gebiete der Rechts- und Staatswissenschaften, theoretischen und praktischen Volkswirtschaft, Statistik, Geschichte und Philosophie bei den Herren Professoren Anschütz, Ballod, Bornhak, v. Bortkiewicz, Dessoir, Eberstadt, Gierke, Hintze, Jastrow, v. Schmoller, Sering, Ad. Wagner und Zimmermann. Ich nahm auch im staatswissenschaftlichen Seminar an Übungen der Herren Professoren Sering und Ad. Wagner teil.

Seit Februar 1915 bin ich zum Heeresdienst einberufen, stand zunächst bei dem Landsturm-Inf.-Ersatz-Bat. Braunschweig III und Hameln II bis April 1916 und stehe seitdem bei der Prüfungsstelle des X. Armeekorps in Hannover.

Die Promotionsprüfung wurde am 6. Mai 1915 bestanden.

MSH 27803

END OF
TITLE